ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Konjunktur aktuell: Deutsche Wirtschaft weiter von Konsum und Bau beflügelt

Konjunktur aktuell

Provided in Cooperation with:
Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2016) : Konjunktur aktuell: Deutsche Wirtschaft weiter von Konsum und Bau beflügelt, Konjunktur aktuell, ISSN 2195-8319, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 4, Iss. 4, pp. 112-154

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/149356

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Konjunktur aktuell: Deutsche Wirtschaft weiter von Konsum und Bau beflügelt*

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Die deutsche Konjunktur bleibt aufgrund der starken Binnennachfrage recht kräftig. Im Jahr 2017 wird die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts nach der neuen IWH-Prognose 1,3% betragen. Sie fällt damit etwa einen halben Prozentpunkt geringer aus als im Jahr 2016, dies liegt an einer geringeren Anzahl an Arbeitstagen und an einem negativen Wachstumsbeitrag des Außenhandels. Die Verbraucherpreisinflation bleibt mit 1,3% mäßig. Die Arbeitslosigkeit nimmt wohl etwas zu, dazu trägt bei, dass die Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt langwierig ist.

Tabelle
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2016 bis 2018

	2015	2016	2017	2018
		reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
private Konsumausgaben	2,0	1,9	1,3	1,4
Staatskonsum	2,7	4,2	2,6	1,6
Anlageinvestitionen	1,7	2,1	1,5	2,8
Ausrüstungen	3,7	1,2	1,0	3,7
Bauten	0,3	2,5	1,6	2,4
sonstige Anlagen	1,9	2,7	2,5	2,6
Vorratsinvestitionen[a]	−0,5	−0,3	0,0	0,0
Inlandsverwendung	1,6	2,1	1,6	1,7
Außenbeitrag[a]	0,2	−0,1	−0,3	−0,1
Exporte	5,2	2,5	2,9	4,0
Importe	5,5	3,2	4,4	5,0
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,9	1,3	1,5
nachrichtlich: Weltproduktion	2,9	2,5	2,9	2,9
USA	2,6	1,6	2,4	2,5
Euroraum	2,0	1,7	1,6	1,4
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Arbeitsvolumen, geleistet	0,9	0,6	0,4	0,8
Tariflöhne je Stunde	2,4	2,1	2,1	2,2
Effektivlöhne je Stunde	2,6	2,8	2,7	2,4
Lohnstückkosten[b]	1,5	1,4	1,8	1,7
Verbraucherpreisindex	0,2	0,4	1,3	1,5
		in 1 000 Personen		
Erwerbstätige (Inland)	43 057	43 496	43 755	44 043
Arbeitslose[c]	2 795	2 692	2 706	2 863
		in %		
Arbeitslosenquote[d]	6,1	5,8	5,8	6,1
Arbeitslosenquote BA[e]	6,4	6,1	6,1	6,4
		% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt		
Finanzierungssaldo des Staates	0,7	0,6	0,4	0,1
Leistungsbilanzsaldo	8,3	9,0	8,6	8,5

[a] Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponente). – [b] Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – [c] Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – [d] Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – [e] Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; Bureau of Economic Analysis; ab 2016: Prognose des IWH (Stand: 14.12.2016)

JEL-Klassifikation: E17, E27, E37, E50, E53, E60, E66, H68
Schlagwörter: Konjunktur, Prognose, öffentliche Finanzen, Weltwirtschaft, Deutschland, Arbeitsmarkt

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 50/2016 am 14. Dezember 2016 veröffentlicht.

Internationale Konjunktur

Belebung der internationalen Konjunktur trotz hoher politischer Risiken

Im Sommer und im Herbst 2016 kam es zu zwei wichtigen Wahlentscheidungen, mit denen im Vorfeld nicht viele gerechnet hatten: Im Juni entschieden sich die Briten für einen Austritt ihres Landes aus der Europäischen Union, und im November gewann ein erklärter Gegner des Freihandels die Präsidentschaftswahlen in den USA. Beide Entscheidungen haben das Potenzial, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf kurz oder lang zu beeinträchtigen. Gleichwohl hat sich die zuvor recht schwache Weltkonjunktur im Herbst belebt. In den USA expandierte die Produktion im dritten Quartal zum ersten Mal seit einem Jahr wieder schneller als im Trend, und in Japan ließen steigende Exporte das Bruttoinlandsprodukt beschleunigt steigen. In China hat die Produktion, gestützt durch hohe öffentliche Infrastrukturinvestitionen und einen kräftigen privaten Verbrauch, nun schon vier Quartale hintereinander mit den von der Regierung anvisierten Jahresraten zwischen 6,5% und 7% zugelegt. Dank wieder gestiegener Rohstoffpreise dürfte die russische Wirtschaft seit dem Sommer nicht mehr schrumpfen. Die Rezession in Brasilien hält allerdings vorerst an. Erstaunlich robust ist die Konjunktur in Großbritannien, wo die Produktion auch im ersten Quartal nach dem Brexit-Entscheid mit auf Jahresrate hochgerechneten 2% und damit ungefähr so rasch wie im Trend der vergangenen Jahre expandiert. Die Wirtschaft des Euroraums ist mit einem annualisierten Zuwachs von knapp 1½% weiter auf einem zögerlichen Erholungskurs. Der weltweite Handel mit Waren, der im ersten Halbjahr 2016 sogar leicht zurückgegangen war, ist im dritten Quartal wieder gestiegen, mit auf Jahresrate hochgerechneten knapp 2% allerdings wohl langsamer als die Weltproduktion. Schließlich sprechen die Preise auf den Energie- und Rohstoffmärkten für eine etwas kräftigere realwirtschaftliche Aktivität: Sie sind im Jahresverlauf moderat gestiegen und damit zum ersten Mal über einen längeren Zeitraum seit dem Jahr 2011.

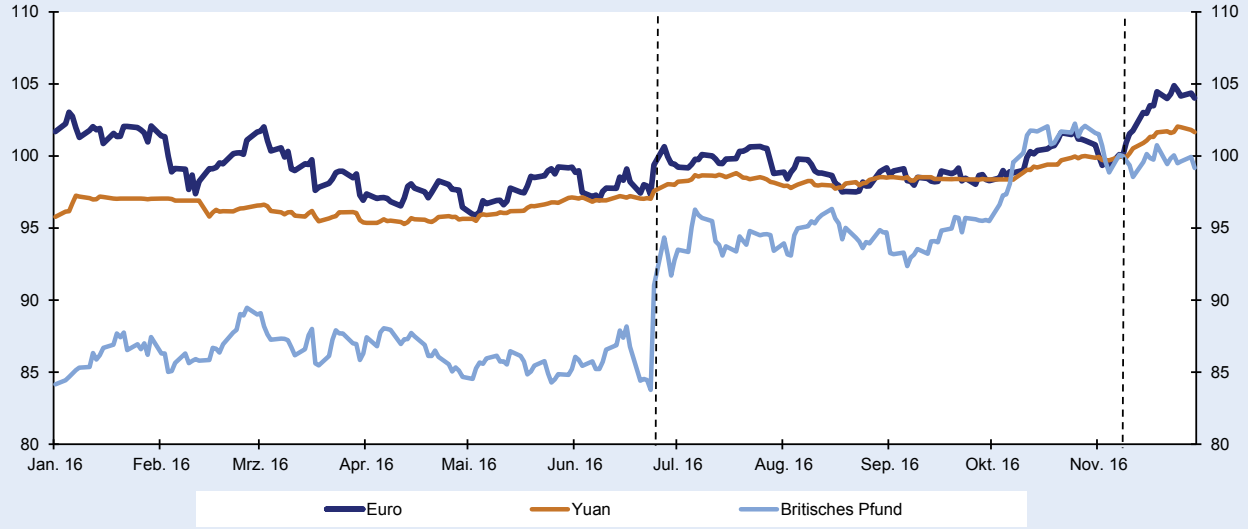
Kein Pessimismus auf den Finanzmärkten nach Brexit-Entscheid und Präsidentschaftswahlen

Dass die Weltkonjunktur im Herbst trotz der überraschenden politischen Ereignisse etwas an Schwung gewonnen hat, ist nicht einfach damit zu erklären, dass Neuigkeiten auf die realwirtschaftliche Aktivität mit einiger Verzögerung durchschlagen. Denn auch an den Börsen herrscht alles in allem Zuversicht. Allerdings hat das Britische Pfund nach dem Brexit-Entscheid deutlich an Wert verloren, nominal effektiv um über 10%. Darin dürfte zum Ausdruck kommen, dass die Finanzmärkte die langfristigen wirtschaftlichen Aussichten für Großbritannien deutlich zurückgestuft haben. Die Präsidentenwahlen in den USA haben den Dollar dagegen gestärkt, insbesondere gegenüber dem Euro (vgl. Abbildung 1). Auch die Aktienkurse sind in den USA deutlich gestiegen (vgl. Abbildung 2). Gleichzeitig

Abbildung 1

Dollar-Wechselkurse

Nationale Währung in Relation zum Dollar; 8. November 2016 = 100

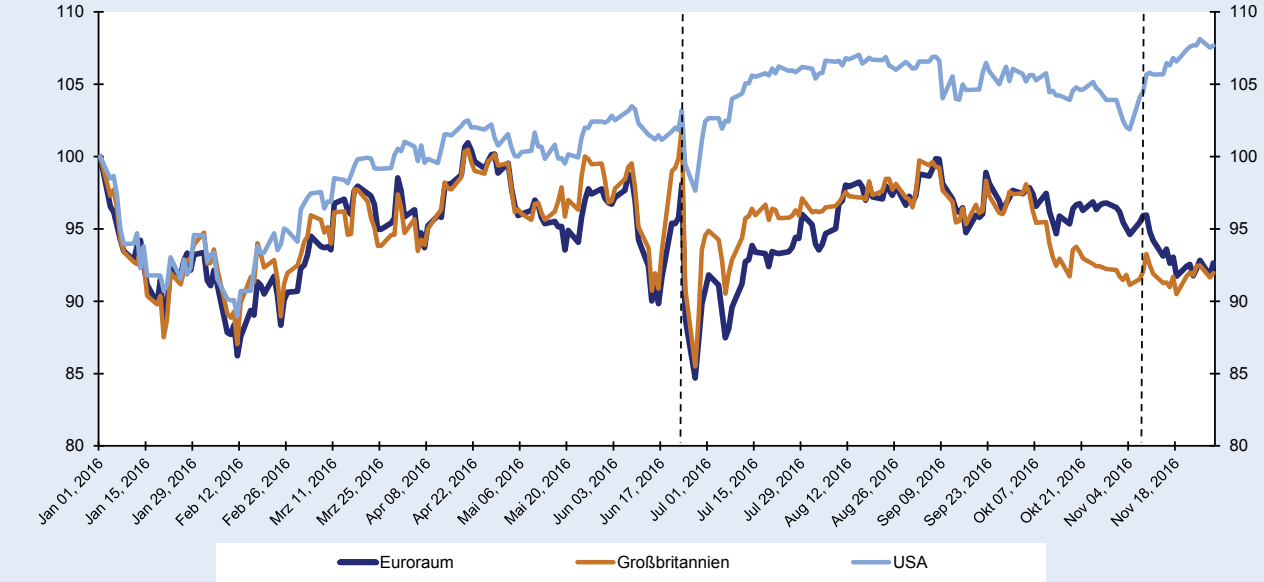


Quellen: WM/Reuters; Darstellung des IWH.

Abbildung 2

Aktienindizes

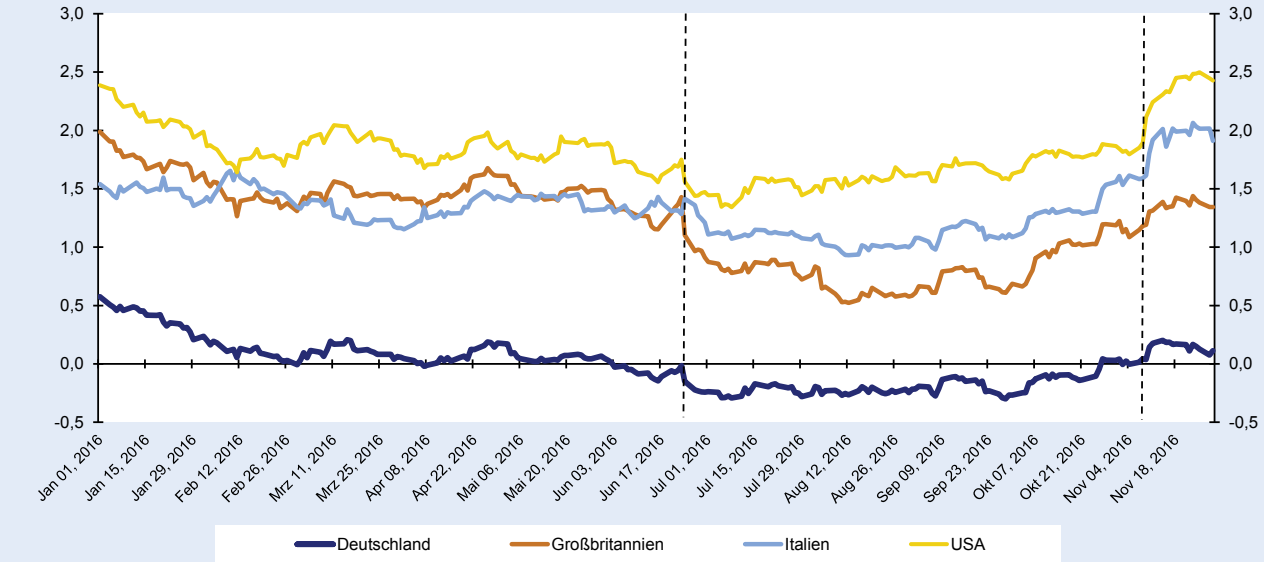
MSCI, in heimischer Währung; 01.01.2016 = 100



Quellen: MSCI; Darstellung des IWH.

Abbildung 3

Renditen von Staatstiteln mit zehnjähriger Laufzeit



Quellen: Datastream; Darstellung des IWH.

haben Renditen festverzinslicher Wertpapiere deutlich zugelegt, in den USA selbst (um 0,6 Prozentpunkte), aber auch weltweit (vgl. Abbildung 3). Offenbar wird an den Finanzmärkten damit gerechnet, dass von den Wahlkampfversprechen vornehmlich eine Deregulierung der Finanzmärkte, Steuersenkungen (nicht zuletzt für Unternehmen) und Infrastrukturprogramme verwirklicht werden, und dass diese Maßnahmen die US-Konjunktur zumindest für die nächste Zeit stärken und die US-Inflation steigen lassen werden. All dies spräche für einen schnelleren künftigen Anstieg der Leitzinsen in den USA, den die Märkte schon jetzt einpreisen. Diese rechnen gegenwärtig mit einem Dreimonatszins von etwa 1,4% für Ende 2017; vor der Präsidentschaftswahl war noch etwa 1% erwartet worden.

Wirtschaftspolitischer Fokus schwenkt von der Geld- auf die Finanzpolitik

Die US-Notenbank dürfte einer Leitzinsanhebung im Dezember 2016 im Jahr darauf zwei weitere (um wiederum jeweils 0,25 Prozentpunkte) folgen lassen. Denn schon jetzt befindet sich die Verbraucherpreisinflation mit 1,7% (Deflator der Konsumausgaben ohne

Energie und Nahrungsmittel) nahe am Inflationsziel des Federal Reserve Board. In Japan ist hingegen die Preisdynamik – auch wegen der Aufwertung des Yen seit Sommer vergangenen Jahres – trotz der starken Ausweitung der Geldmenge wieder nahezu zum Stillstand gekommen. Im September hat die Bank von Japan reagiert, indem sie unter anderem die in ihrer geldpolitischen Strategie angegebenen Instrumente um die Kontrolle des langfristigen Zinssatzes erweiterte. Die Europäische Zentralbank (EZB) und die Bank von England haben im Herbst eine abwartende Haltung eingenommen. Die EZB hat im Dezember ihre Ankaufprogramme bis Ende 2017 verlängert.

Vielerorts soll die Konjunktur gegenwärtig durch Maßnahmen der Finanzpolitik gestützt werden. In den USA dürfte es allerding s noch bis zur zweiten Jahreshälfte 2017 dauern, bis die Vorhaben der künftigen Administration in einen spürbaren finanzpolitischen Impuls umgesetzt werden können. In Japan wirkt dagegen das im August verkündete Konjunkturpaket im ganzen Jahr 2017. Die Finanzpolitik ist auch im Euroraum expansiv ausgerichtet, allerdings nur leicht und auch etwas schwächer als im Jahr 2016. Die britische Regierung hat sich im Herbst für ihren Haushalt neue mittelfristige und weniger ehrgeizige Zielgrößen gesetzt, weil die alten aufgrund der zu erwartenden Belastungen durch den Brexit nicht mehr erreichbar scheinen. Am Konsolidierungskurs wird aber dort im Prinzip auch kurzfristig festgehalten.

Die stärksten Impulse setzt wohl derzeit und auch im kommenden Jahr die Wirtschaftspolitik in China. Es ist wenig hilfreich, sie in geld- und finanzpolitische Elemente zu unterteilen, denn der ordnungspolitische Rahmen in China unterscheidet sich immer noch erheblich von dem in ausgereiften Marktwirtschaften. So wird die chinesische Konjunktur gegenwärtig vor allem durch hohe Investitionen von Unternehmen getrieben, die unter öffentlicher Kontrolle stehen und sich besonders günstig finanzieren können.

Weltwirtschaftliche Expansion gegenwärtig nicht außergewöhnlich schwach

Finanzpolitische Impulse werden gegenwärtig von den wichtigsten supranationalen Institutionen empfohlen, und zwar mit dem Hinweis darauf, dass die Weltwirtschaft in keiner guten Verfassung sei.[1] Die OECD spricht von *low-growth trap*. Die Europäische Kommission bezeichnet das Wachstum im Euroraum als langsam, und die Wachstumsperspektiven außerhalb der Europäischen Union als gedämpft und unsicher. Der IWF verweist darauf, dass die Kapazitäten in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften nach wie vor unterausgelastet und die Lohn- und Preisdynamik gering seien und spricht ebenfalls von einer nach wie vor schwachen und labilen Erholung der Weltwirtschaft.

Betrachtet man das weltwirtschaftliche Wachstum aus historischer Perspektive, scheint die Schwäche allerdings nicht dramatisch: Das durchschnittliche Wachstum betrug (nach Daten des IWF) seit dem Jahr 1990 2,7%, ab 2011 lag es einen zehntel Prozentpunkt darunter. Dass der Unterschied trotz einer vielerorts tatsächlich nachlassenden Wachstumsdynamik insgesamt so gering ausfällt, liegt zu einem erheblichen Teil an einem Kompositionseffekt: Rasch wachsende Schwellenländer, allen voran China, haben Jahr für Jahr ein größeres Gewicht. Obwohl sich gerade ihr Wachstum deutlich verlangsamt, ist es immer noch weit höher als das der meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Würde die Gewichtung der einzelnen Volkswirtschaften etwa seit der Jahrtausendwende künstlich konstant gehalten, wäre eine Verlangsamung viel augenfälliger (vgl. Abbildung 4). Das ist an sich nicht überraschend: Schwellenländer wie China konnten in früheren Phasen ihrer Integration in die Weltwirtschaft nur deshalb so viel rascher wachsen, weil noch große Effizienzgewinne der fortschreitenden Arbeitsteilung erzielt wurden. Ebenso profitierten davon die fortgeschrittenen Volkswirtschaften, auch wenn es dort – wie anderswo – auch Gruppen von Globalisierungsverlierern gab. Mittlerweile sind aber die Integrationsprozesse insbesondere in Asien weit vorangeschritten, und die Effizienzgewinne weiterer weltwirtschaftlicher Verflechtung werden kleiner. Dies ist wohl ein wichtiger Grund für eine vielerorts nachlassende Dynamik der Produktion. Für diesen Zusammenhang spricht auch die seit einigen Jahren ausgeprägte Schwäche des Welthandels. Solche strukturellen Bremsfaktoren können mit nachfrageorientierter Geld- oder Finanzpolitik nicht beseitigt werden.

Ausblick: leicht erhöhte weltwirtschaftliche Expansion im Jahr 2017

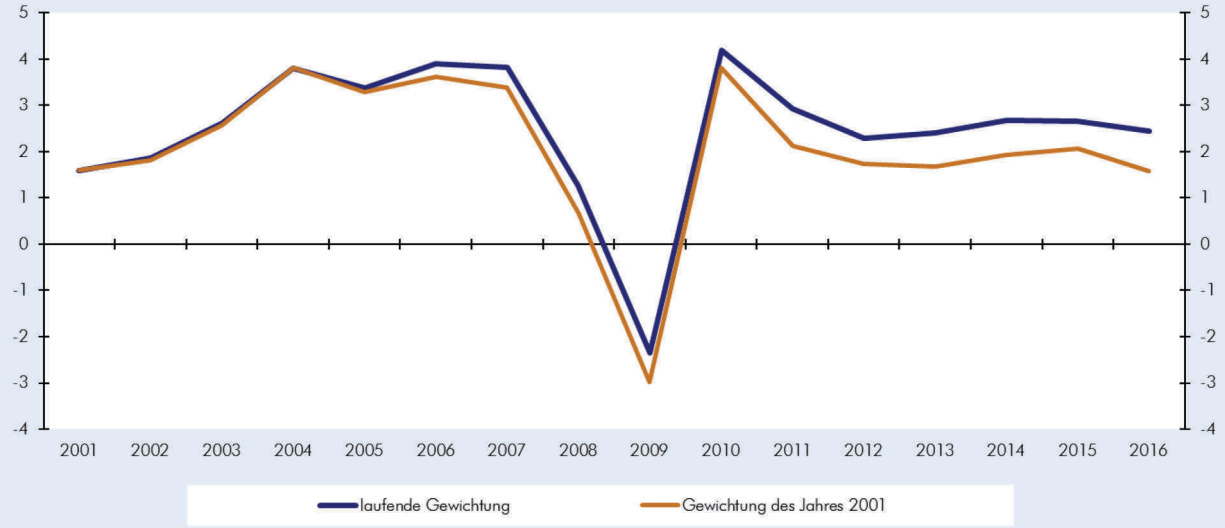
Die jüngsten Stimmungsindikatoren deuten darauf hin, dass die Weltproduktion den im dritten Quartal aufgenommenen Schwung ins Winterhalbjahr 2016/2017 mitnimmt. Für eine etwas gemächlichere Expansion

[1] Zum Folgenden vgl. *OECD:* Economic Outlook, November 2016, 9-11. – *IMF:* World Economic Outlook, XIV. – *European Commission, Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions:* Towards a Positive Fiscal Stance for the Euro Area, 2.

Abbildung 4

Zuwachsraten der Weltproduktion

Gewichtung der Produktion in den Ländern mithilfe von Devisenmarkt-Wechselkursen



Quelle: IMF world economic outlook data base.

der weltwirtschaftlichen Nachfrage im weiteren Verlauf des Jahres 2017 spricht allerdings, dass in den Energieimportländern die Effekte der Realeinkommensgewinne aus dem Ölpreiseinbruch 2014/2015 auslaufen.[2] Die Preise für Öl und auch für Industriemetalle haben jüngst sogar recht stark angezogen. Von den zu erwartenden expansiven Maßnahmen der neuen US-Administration sind positive Effekte für die Konjunktur in den USA ab der zweiten Hälfte des kommenden Jahres zu erwarten. In China wird das zuletzt recht hohe Expansionstempo nicht das ganze Jahr 2017 über aufrechtzuerhalten sein, denn es geht mit immer höherer Verschuldung des Unternehmenssektors einher. Die britische Konjunktur wird im Jahr 2017 durch die anhaltende Unsicherheit über die Konsequenzen des Brexit und durch die Realeinkommenseinbußen infolge der Pfundabwertung deutlich gedämpft werden, und damit freilich viel später als von den meisten Prognostikern noch bis vor kurzem vorausgesagt. Die Erholung im Euroraum dürfte sich in etwa unverändertem Tempo fortsetzen. Während die russische Wirtschaft im Jahr 2017 wieder expandieren dürfte, ist ein Ende der Wirtschaftskrise in Brasilien immer noch kaum abzusehen.

Alles in allem expandiert die Weltproduktion nach vorliegender Prognose im Jahr 2016 um 2,5% und in den Jahren 2017 und 2018 um jeweils 2,9%.[3] Der Welthandel (Waren) legt im Jahr 2016 deutlich langsamer zu als die Weltproduktion (vgl. Tabelle 1); für das Jahr 2017 beinhaltet die vorliegende Prognose einen Zuwachs von 2%. Die Preise ziehen im Jahr 2017 vielerorts deutlich an, vor allem weil Energie und Rohstoffe etwas teurer werden, statt wie in den letzten Jahren im Preis zu sinken. In den USA dürfte aber auch die um Energiepreise bereinigte Inflation deutlich anziehen, denn dort dürfte ein wirtschaftspolitisch angestoßener Nachfrageanstieg auf nahezu ausgelastete Kapazitäten treffen.

Risiken

Das Hauptrisiko für die Weltwirtschaft ist gegenwärtig – und wohl auch für längere Zeit – die Möglichkeit, dass weltwirtschaftliche Integrationsprozesse von politscher Seite gebremst werden, oder dass es gar zu ihrer Rückabwicklung kommt. So ist es etwa denkbar, dass die neue US-Regierung im Wahlkampf vertretene protektionistische Positionen rasch in wirtschaftspolitische Maßnahmen umsetzt, welche Exporte in die USA erschweren. Wahrscheinlicher ist allerdings, dass im Wesentlichen lediglich das transpazifische Handelsabkommen nicht ratifiziert und Verhandlungen über

[2] Die Einkommensgewinne auf Seiten der Energieexporteure dürften weniger nachfragewirksam sein, weil die Ausgabenneigung in diesen Ländern geringer ist.

[3] Die Rate bezieht sich auf den auch von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose betrachteten Länderkreis, wobei die Zuwachsraten mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2015 auf der Basis von Marktwechselkursen gewichtet wurden. Bei Gewichtung mit Kaufkraftparitäten ergeben sich Zuwächse von 2,9% für 2016 und 3,2% für 2017 und 2018.

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	(BIP)	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
	in %	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
Europa[a]	29,9	1,9	1,6	1,7	1,6	1,4	1,1	2,1	1,9				
EU 28[a]	25,1	2,2	1,8	1,6	1,5	0,0	0,5	1,4	1,5	9,5	8,6	8,2	8,1
Schweiz	1,0	0,8	1,3	1,2	1,2	−1,1	−0,4	0,3	0,5	3,2	3,5	3,4	3,4
Norwegen	0,6	1,6	0,7	1,2	1,6	2,2	3,6	2,4	1,9	4,4	4,7	4,5	4,3
Türkei	1,1	6,1	2,1	3,2	3,3	7,7	8,0	7,6	7,7				
Russland	2,0	−3,7	−0,4	1,5	2,0	15,5	7,2	5,5	4,5				
Amerika	36,8	1,9	1,0	2,2	2,4								
USA	27,8	2,6	1,6	2,4	2,5	0,1	1,3	2,3	2,5	5,3	4,9	4,8	4,7
Kanada	2,4	1,1	1,4	2,2	2,2	1,1	1,5	1,8	2,0	6,9	7,0	6,8	6,5
Lateinamerika[a]	6,6	−0,6	−1,5	1,2	1,9								
Asien	33,3	5,0	5,0	4,9	4,7								
Japan	6,4	0,5	1,0	1,1	0,6	0,8	-0,3	0,3	0,7	3,4	3,2	3,2	3,2
China ohne Hongkong	17,0	6,9	6,7	6,5	6,1								
Südkorea	2,1	2,6	2,8	2,6	2,7	0,7	0,9	1,5	1,9	3,6	3,8	3,7	3,7
Indien	3,2	7,6	7,2	6,9	7,4								
Ostasien ohne China[b]	4,6	3,4	3,4	3,6	4,0								
insgesamt[c]	100,0	2,9	2,5	2,9	2,9								
fortgeschrittene Volkswirtschaften[d]	67,1	2,1	1,6	1,9	1,9	0,2	0,8	1,8	1,9	6,6	6,0	5,8	5,8
Schwellenländer[e]	32,9	4,6	4,3	4,9	4,9								
nachrichtlich:													
exportgewichtet[f]	100,0	2,6	2,1	2,4	2,3								
gewichtet nach Kaufkraftparitäten[g]	100,0	3,3	2,9	3,2	3,2								
Welthandel[i]	-	2,0	1,0	2,0	2,9								

[a] Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Kolumbien, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2015 in US-Dollar. – [b] Gewichteter Durchschnitt aus: Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2015 in US-Dollar. – [c] Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2015 in US-Dollar. – [d] EU 28, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur. – [e] Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika. – [f] Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2015. – [g] Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, April 2016. – [h] Realer Güterhandel. Wert für 2015 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; Prognose des IWH.

das transatlantische Abkommen erst einmal beendet werden. Dies dürfte den langfristigen Trend von Welthandel und Weltproduktion abflachen, die konjunkturellen Folgen wären aber wohl gering. Größere Risiken für den Prognosezeitraum ergeben sich aus dem beabsichtigten finanzpolitischen Impuls in den USA. Die Chancen für eine Belebung der Nachfrage stehen im Land selbst zwar gut. Andere Volkswirtschaften könnten aber durch eine weitere Dollaraufwertung, steigende Finanzierungskosten und den Abzug von Kapital in Richtung USA vor erhebliche Probleme gestellt werden.[4]

Besondere Risiken bestehen für den Euroraum: Die Schulden- und Vertrauenskrise droht, in einige Mitgliedstaaten zurückzukehren, auch weil Wahlen den Einfluss von europa-kritischen Parteien stärken könnten. Besonders bedrohlich ist eine solche Möglichkeit in Italien, wo zudem eine Schieflage des Bankensektors droht. Dort haben eine seit vielen Jahren stagnierende Realwirtschaft und der große Umfang notleidender Kredite die Ertragslage wichtiger Banken unterminiert. Falls eine Sanierung solcher Banken mithilfe öffentlicher Gelder notwendig würde, scheint ungewiss, ob sie entsprechend der EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Finanzinstituten politisch durchsetzbar wäre, denn dies würde eine Beteiligung von privaten Gläubigern an den Kosten der Sanierung bedeuten.

[4] So sah sich schon im November die türkische Zentralbank aufgrund der Schwäche der türkischen Lira gezwungen, ihre Leitzinsen zu erhöhen.

US-amerikanische Wirtschaftspolitik vor Neuausrichtung unter dem zukünftigen Präsidenten

Nach einem schwachen Winterhalbjahr 2015/2016 hat die wirtschaftliche Expansion in den USA zuletzt spürbar an Dynamik gewonnen. So stieg das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal mit einer auf das Jahr hochgerechneten Rate von 3,2% und damit so schnell wie seit zwei Jahren nicht mehr. Allerdings dürfte dieser Wert die konjunkturelle Dynamik etwas überschätzen, denn neben dem robusten privaten Konsum und Vorratsveränderungen trugen insbesondere stark gestiegene Exporte zur Expansion bei. Diese sind allerdings auf einen sehr großen Anstieg der Ausfuhren von Sojabohnen zurückzuführen, der sich im vierten Quartal nicht wiederholen wird.

Der Arbeitsmarkt befindet sich in guter Verfassung. Die Arbeitslosenquote ist weiter gesunken und hat mit 4,6% im November das Vorkrisenniveau aus dem Sommer 2007 erreicht. Zudem liegen die erstmaligen Anträge auf Arbeitslosenunterstützung, die als Indikator für Entlassungen verwendet werden, auf dem niedrigsten Niveau seit mehr als 40 Jahren, als die Erwerbsbevölkerung noch deutlich kleiner war. Zudem ist die Partizipationsquote seit einem Tiefstand im August 2015 wieder leicht angestiegen.

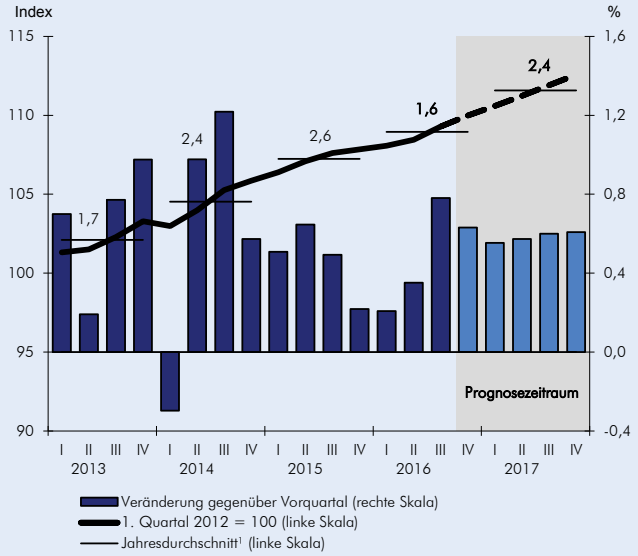
Mit der anziehenden konjunkturellen Dynamik und dem Wegfall des Basiseffektes der stark gesunkenen Energiepreise hat sich auch der Preisauftrieb beschleunigt. Die Konsumentenpreise stiegen im Oktober mit 1,6%; die Kernrate, die Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel herausrechnet, liegt schon seit mehreren Monaten knapp oberhalb der 2%-Marke.

In der Geldpolitik hat die US-Notenbank Fed im Jahr 2016 nach den schwachen ersten beiden Quartalen und internationalen Einflüssen bis Dezember keine weitere Erhöhung der Leitzinsen beschlossen, obwohl die Mitglieder des Zentralbankrats Ende 2015 noch von vier Zinsschritten ausgegangen waren. Unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Erholung, der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt und anziehender Inflation dürfte sie die Zinsen jedoch im Dezember um 25 Basispunkte anheben und den Grad ihrer akkommodierenden Geldpolitik über den Prognosehorizont langsam zurückfahren. Allerdings könnte der vorgesehene Pfad der Zinserhöhungen von der Wirtschaftspolitik des kommenden Präsidenten beeinflusst werden. Dieser hat im Wahlkampf und in den Wochen nach seiner Wahl eine weitreichende Neuausrichtung der amerikanischen Wirtschaftspolitik angekündigt. Sie beinhaltet stark expansive fiskalische Impulse, die die Konjunktur zumindest kurzfristig stimulieren und den Preisauftrieb beschleunigen dürften (vgl. Kasten 1). In Konsequenz könnte die Notenbank gezwungen sein, die Zinsen schneller zu erhöhen als bislang kommuniziert.

Abbildung 5

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA

saisonbereinigter Verlauf



[1] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2016: Prognose des IWH.

Neben der angekündigten Wirtschaftspolitik deuten allerdings auch schon Indikatoren auf eine anziehende konjunkturelle Erholung hin. So liegen die Einkaufsmanagerindizes sowohl für Dienstleistungen als auch für das Verarbeitende Gewerbe im expansiven Bereich, der Immobilienmarkt entwickelt sich gut und die Stimmung der privaten Konsumenten ist äußerst positiv.

Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2016 um 1,6% und in den beiden Folgenjahren, auch gestützt durch die expansive Fiskalpolitik, um 2,4% bzw. 2,5% zunehmen (vgl. Abbildung 5). Für das Jahr 2017 ergibt sich somit ein um zwei Zehntel und für 2018 ein um vier zehntel Prozentpunkte höherer Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts als im Herbst prognostiziert. Bedingt durch die höhere wirtschaftliche Dynamik dürfte die Arbeitslosenquote weiter zurückgehen. Im Schnitt dürfte sie 2016 bei 4,9% liegen und in den Folgenjahren jeweils um 0,1% zurückgehen. Damit liegt sie dann unter ihrem gleichgewichtigen Niveau. Die Teuerungsrate der Verbraucherpreise dürfte 2016 1,3% betragen und 2017 2,3% und 2,5% im Jahr 2018 (vgl. Tabelle 2).

Kasten 1

Zu den wirtschaftspolitischen Plänen des zukünftigen US-Präsidenten

Der gewählte US-Präsident Donald Trump hat im Wahlkampf und in den ersten Wochen nach der Abstimmung die Umsetzung weitreichender wirtschaftspolitischer Initiativen angekündigt.[a] Ein zentrales Element der zukünftigen amerikanischen Wirtschaftspolitik soll demnach eine umfangreiche Steuerreform[b] darstellen, die den Grenzsteuersatz sowohl für Private als auch für Unternehmen deutlich senken würde. So sind bei der privaten Einkommensteuer u. a. eine Reduzierung der Steuergruppen und -sätze sowie eine Erhöhung der Steuerfreibeträge vorgesehen. Für Unternehmen soll die Einkommensteuer von derzeit 35% auf 15% gesenkt werden. Einer Analyse des unabhängigen Forschungsinstituts Tax Policy Center zufolge würde diese Maßnahmen die Einnahmen des Bundes im Verlauf der nächsten zehn Jahre um 6,2 Billionen Dollar und in der folgenden Dekade um weitere 8,9 Billionen Dollar reduzieren (unter Vernachlässigung zusätzlicher Zinskosten und ohne makroökonomische Effekte).[c] Zum Vergleich: Die Einnahmen des Bundes lagen 2015 bei 3,25 Billionen Dollar, d. h. der Plan würde die Einnahmen alleine in den ersten zehn Jahren um einen Betrag reduzieren, der knapp den zweifachen bisherigen Jahreseinnahmen entspricht. In Konsequenz würde die Staatsverschuldung massiv steigen – laut Tax Policy Center um 22,1 Billionen Dollar bis 2036 – falls nicht gleichzeitig entsprechende Kürzungen bei den Ausgabenpositionen vorgenommen werden. Da der designierte Präsident allerdings mit der Sozialversicherung und der Krankenversicherung Medicare bereits zwei große Ausgabenbereiche von etwaigen Kürzungen ausgenommen hat und zudem die Militärausgaben erhöhen möchte, dürfte eine deutliche Erhöhung der Staatsverschuldung kaum zu vermeiden sein. Neben höheren Militärausgaben sind auch zusätzliche Infrastrukturinvestitionen im Umfang von 550 Mrd. Dollar, Deregulierung im Finanzsektor und ein Programm zur Förderung der heimischen Energieindustrie vorgesehen.

In der Handelspolitik hat sich der zukünftige Präsident klar gegen einen weitergehenden Ausbau des internationalen Freihandels ausgesprochen. Zum einen hat er angekündigt, Freihandelsabkommen zu stoppen. So soll das bereits ausgehandelte Abkommen mit mehreren Pazifikanrainern (Trans-Pacific Partnership – TPP) nicht umgesetzt und das transatlantische Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP) nicht abgeschlossen werden. Darüber hinaus sollen die Konditionen des Abkommens mit Kanada und Mexiko (North American Free Trade Agreement – NAFTA) neu verhandelt werden. Zum anderen sollen Strafzölle auf Importe aus Ländern wie Mexiko und China erhoben werden.

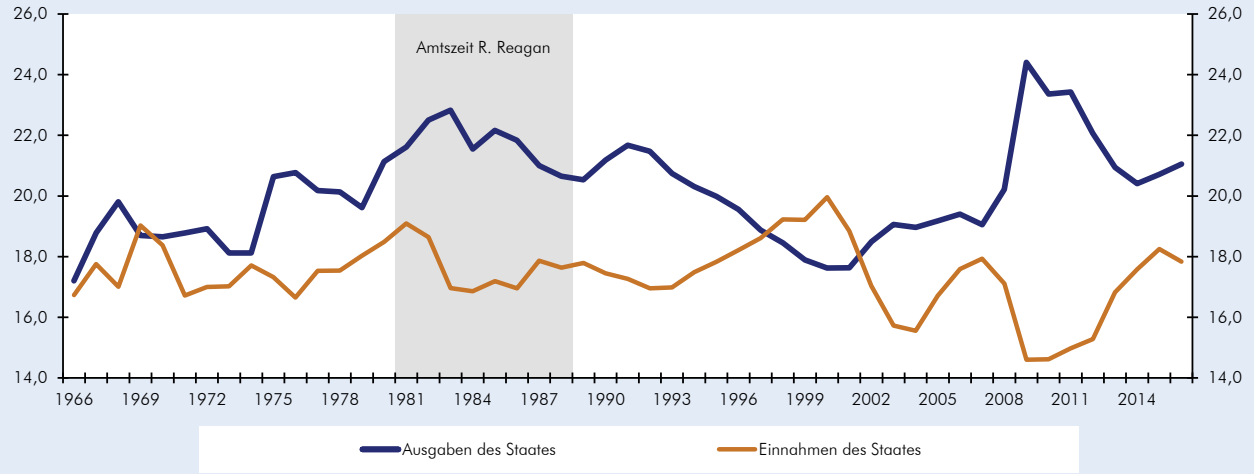
Die beschriebenen Maßnahmen dürften sich kurzfristig stimulierend auf die US-Wirtschaft auswirken. Steuersenkungen für Unternehmen dürften die privaten Investitionen anregen. Diese dürften darüber hinaus auch von der geplanten Förderung der inländischen Energieindustrie mit einhergehenden niedrigeren Energiepreisen profitieren. Gleichzeitig erhöhen die Steuersenkungen für Private deren verfügbare Einkommen und den Konsum. Und die angestrebten Infrastrukturausgaben gehen direkt in das Bruttoinlandsprodukt ein.

Abbildung 6

Die wirtschaftliche Lage in den USA während der Reagan-Präsidentschaft im Vergleich zur aktuellen Lage

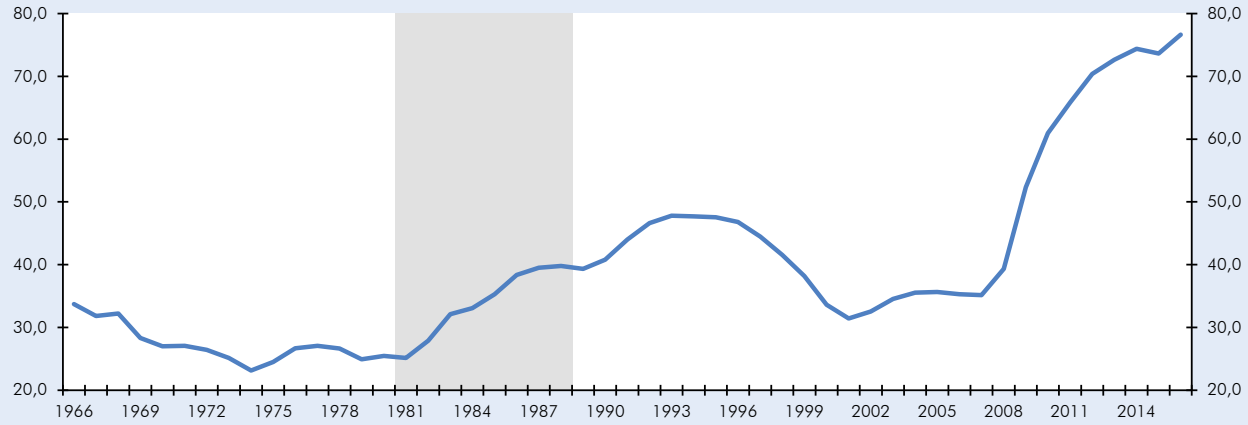
Einnahmen und Ausgaben des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt

in %



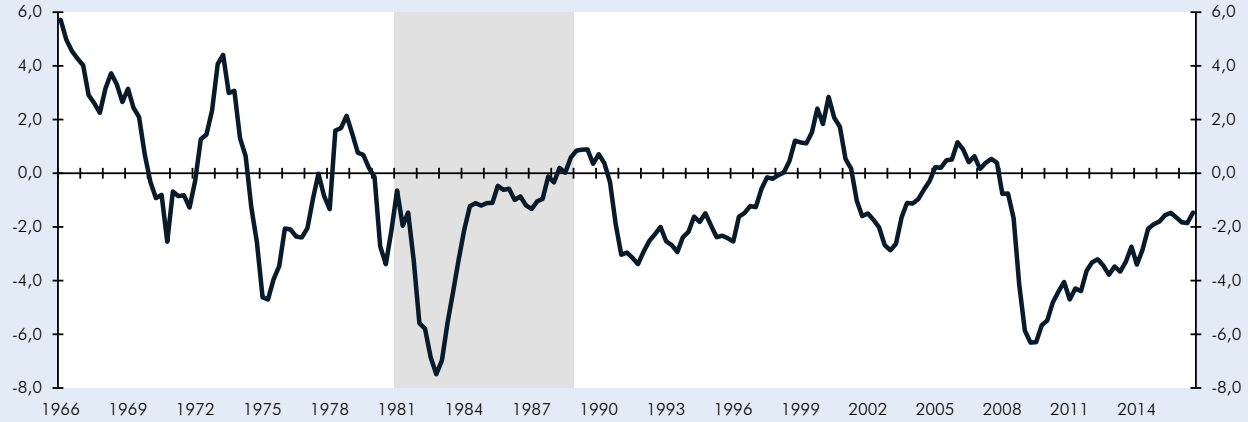
Verschuldung des Staates[1] in Relation zum Bruttoinlandsprodukt

in %



Produktionslücke in Relation zum Produktionspotenzial

in %



[1] Dabei sind nur die Verbindlichkeiten des Staates gegenüber Dritten eingerechnet, d. h. nicht berücksichtigt ist die zwischen verschiedenen öffentlichen Institutionen bestehende Verschuldung.

Quellen: Congressional Budget Office (CBO), Werte für 2016 basierend auf Schätzungen des CBO: Federal Reserve Bank of St. Louis.

Während höhere Investitionen und Infrastrukturausgaben für sich genommen grundsätzlich das Produktionspotenzial anheben, dürften sich gleichzeitig aber auch langfristig negative Effekte für das Wirtschaftswachstum in den USA ergeben. So dürfte die massive Zunahme der Staatsverschuldung die Finanzierungskosten des Staates und auch das allgemeine Zinsniveau erhöhen, was die Unternehmensinvestitionen behindern dürfte. Außerdem müssten die Ausgaben des Staates an anderer Stelle stark zurückgefahren werden. Da der gewählte Präsident die Sozial- und die Krankenversicherung bereits von Kürzungen ausgenommen hat, müssten die Ausgabenreduzierungen in anderen Bereichen, die für langfristiges Wirtschaftswachstum besonders wichtig sind, dann überproportional hoch ausfallen, worunter z. B. Forschung, Bildung und allgemeine Infrastrukturausgaben fallen dürften.

Darüber hinaus befinden sich die USA derzeit in einem Aufschwung ein wesentlicher Unterschied zu der Situation, in der Präsident Reagan in seiner Amtszeit ähnliche Maßnahmen umsetzte. Abbildung 6 zeigt die Einnahmen, Ausgaben und Verschuldung des Staates sowie die Produktionslücke für die USA. Zu Beginn seiner Amtszeit (1981 bis 1989, grau schattiert) sah sich Präsident Reagan mit einer negativen Produktionslücke konfrontiert, die zudem in den ersten beiden Jahren noch deutlich größer wurde. Gleichzeitig war die Verschuldung des Staates auf einem sehr niedrigen Niveau (1981: 25,2% des nominalen Bruttoinlandsprodukts) und damit der Spielraum für expansive Maßnahmen deutlich größer.

[a] Vgl. https://www.donaldjtrump.com/press-releases/fact-sheet-donald-j.-trumps-pro-growth-economic-policy-will-create-25-milli. – [b] Vgl. https://www.donaldjtrump.com/policies/tax-plan/?/positions/tax-reform. – [c] Vgl. http://www.taxpolicycenter.org/publications/analysis-donald-trumps-revised-tax-plan/full.

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2016	2017	2018
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
reales Bruttoinlandsprodukt	1,6	2,4	2,5
privater Konsum	2,7	2,7	2,5
Staatskonsum und -investitionen	0,8	1,6	2,3
private Bruttoanlage-investitionen	−2,2	1,9	4,4
inländische Verwendung	1,5	2,4	2,8
Exporte	0,7	3,1	2,7
Importe	0,8	3,7	4,5
Außenbeitrag[a]	0,0	−0,2	−0,4
Verbraucherpreise	1,3	2,3	2,5
	in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts		
Budgetsaldo[b]	−3,5	−3,5	−3,4
Leistungsbilanzsaldo	−2,7	−2,9	−3,1
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote	4,9	4,8	4,7

[a] Wachstumsbeitrag. – [b] Gesamtstaat (Bund plus Bundesstaaten und Gemeinden).

Quelle: Prognose des IWH.

Europäische Union

Euroraum weiter auf Erholungskurs

Das moderate Tempo der gesamtwirtschaftlichen Expansion im Euroraum hat sich im dritten Quartal fortgesetzt. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm um 0,3% zu. Hoch war erneut die Dynamik in den Niederlanden und in Spanien, aber auch aus Frankreich und in Italien kamen nach einer Stagnation im Sommer wieder positive Impulse. Besonders stark wurde mit jeweils 0,8% die Produktion in den von der Schuldenkrise betroffenen Ländern Portugal und Griechenland ausgeweitet.
Getragen wurde die Expansion im Euroraum von den privaten und öffentlichen Konsumausgaben, die mit Zuwachsraten von 0,3% bzw. 0,5% zunahmen. Hingegen wurden die Investitionsausgaben in einem deutlich geringeren Maße erhöht als noch in den Monaten zuvor. Vom Außenhandel kamen bei nahezu stagnierenden Exporten und geringfügig ausgeweiteten Importen leicht dämpfende Impulse.
Wegen des wieder etwas höheren Ölpreises und des entfallenen Basiseffekts vom vorangegangen starken Rückgang hat die Steigerungsrate der Verbraucherpreise in den vergangenen Monaten kontinuierlich zugenommen und betrug im November 0,6%. Das um Energie und Nahrungsmittel bereinigte Maß der Kerninflation liegt hingegen seit dem Sommer bei 0,8% und deutet auf eine weiterhin nur geringe Auslastung der Produktionskapazitäten hin. Allerdings sind die Produzentenpreise im Verarbeitenden Gewerbe im Oktober deutlich gestiegen; auf Jahressicht sanken sie nach 1,5% im September nur noch um 0,4% und damit so wenig wie seit über drei Jahren nicht mehr. Auch die jüngste Abwertung des Euro – seit Anfang Oktober nominaleffektiv um knapp 3% – dürfte in den kommenden Monaten den Druck auf die Preise weiter erhöhen.
Der seit dreieinhalb Jahren andauernde Rückgang der Arbeitslosigkeit setzte sich im Verlauf des Jahres 2016 fort. So sank die Arbeitslosenquote im Oktober auf 9,8%, den niedrigsten Wert seit dem Sommer 2009. Auf Jahressicht ist der Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen in allen großen Volkswirtschaften außer Italien gesunken. Dies trifft jetzt auch auf Frankreich zu. Auch der Beschäftigungsaufbau im Euroraum zeigt sich robust. Seit sechs Quartalen nimmt die Zahl der Erwerbstätigen jeweils mit knapp 0,4% zu.

Monetäre Rahmenbedingungen im Euroraum: Unkonventionelle Geldpolitik wirkt konjunkturstützend

Die Europäische Zentralbank hat im Dezember 2016 sowohl den Einlagen- als auch den Hauptrefinanzierungszinssatz mit –0,4% bzw. 0% auf ihren jeweiligen historischen Tiefständen belassen. Zudem hat sie das Ankaufprogramm für Anleihen verlängert, wobei allerdings das Volumen der monatlichen Käufe ab April 2017 von 80 Mrd. Euro auf 60 Mrd. Euro reduziert wird. Beide Arten von Maßnahmen sollen die Anreize für die Geschäftsbanken erhöhen, ihre umfangreiche Liquidität in Form von Krediten weiterzugeben.
Tatsächlich ist das Kreditvolumen zuletzt etwas kräftiger angestiegen, nämlich um 2,1% bei Unternehmenskrediten und um 1,8% bei Haushaltskredite (jeweils im Vorjahresvergleich). Neben anderen Nachfragefaktoren dürfte dabei auch die niedrigen Zinsen eine Rolle spielen, die im Oktober für neuaufgenommene Konsumenten- und Wohnungsbaukredite auf einem neuen historischen Tiefstand von 6,1% bzw. 1,8% gefallen sind. Die Zinsen für Unternehmenskredite sind traditionell etwas volatiler. Im Vergleich zum August des Jahres sind sie leicht um 0,1 Prozentpunkte gestiegen, aber mit 1,6% weiterhin sehr günstig.
Ein ähnliches Bild ergibt sich auf den Kapitalmärkten. Die Renditen von Staatsanleihen sowie von Anleihen AAA und auch BBB bewerteter Unternehmen sind zwar

seit ihren historischen Allzeittiefs vom August dieses Jahres gestiegen, lagen aber im November mit 0,1%, 0,7% und 1% weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau.
Die umfangreiche Zurverfügungstellung von Liquidität seitens der Zentralbank macht sich auch auf dem Interbanken-Geldmarkt bemerkbar. Das Volumen der zwischen den Banken gehandelten Kredite hat abgenommen; die zentralen Zinsraten des Interbankenmarktes (EONIA und EURIBOR) befinden sich, anders als in der Zeit vor Beginn der unkonventionellen Maßnahmen, näher am Einlagenzins als an der Hauptrefinanzierungsrate.
Insgesamt wird mit weiter günstigen monetären Rahmenbedingungen für den Euroraum gerechnet.

Finanzpolitik auch im Jahr 2017 leicht expansiv

Im Euroraum sinkt das öffentliche Budgetdefizit nun schon seit sechs Jahren, im Jahr 2016 vermutlich um 0,4 Prozentpunkte auf 1,7% relativ zum Bruttoinlandsprodukt. Dabei werden die öffentlichen Haushalte insgesamt schon seit dem Jahr 2015 nicht mehr konsolidiert. Vielmehr entfallen vom Rückgang reichlich 0,3 Prozentpunkte auf die konjunkturelle Erholung. Ersparnisse im Schuldendienst aufgrund des niedrigen Zinsniveaus und expansive finanzpolitische Maßnahmen gleichen sich mit jeweils 0,2 Prozentpunkten relativ zum Bruttoinlandsprodukt in etwa aus. Über der 3%-Marke liegen immer noch die Defizitquoten in Spanien (etwa 4½%) und Frankreich (etwa 3,3%).
Frankreich ist von den vier großen Ländern im Euroraum das einzige, in dem im Jahr 2017 die Finanzpolitik wohl in etwa neutral ausgerichtet sein wird, in den anderen Ländern ist sie wie im gesamten Euroraum weiter leicht expansiv ausgerichtet. Weil sich die Konjunktur aber wohl nur wenig abschwächt und die Zinsbelastung weiter sinkt, dürfte auch das zusammengefasste Defizit im Euroraum weiter zurückgehen, auf etwa 1,5% relativ zum Bruttoinlandsprodukt. Wichtige Ausnahmen stellen der schrumpfende Überschuss in Deutschland und das Defizit von etwa 2½% in Italien dar. Dieses dürfte auch dann kaum sinken, wenn sich, wie in dieser Prognose unterstellt, die besonderen Risiken für das Land nicht realisieren, nämlich ein Zinsanstieg aufgrund eines neuerlichen Vertrauensverlusts in die politische Stabilität und Sonderlasten für den Staatshaushalt aufgrund einer Schieflage italienischer Banken.

Fortsetzung der Erholung im Euroraum

Ungeachtet einer weiterhin hohen politischen Unsicherheit und erheblicher Risiken im Bankensystem deuten realwirtschaftliche Frühindikatoren auf eine etwas beschleunigte Ausweitung der Produktion in den kommenden Quartalen hin. Sowohl im Verarbeitenden Gewerbe als auch im Dienstleistungssektor hat sich die Auftragslage der Unternehmen deutlich verbessert. In der Folge werden Kapazitäten durch Neueinstellungen erweitert. Noch ein wenig begünstigt wird diese Entwicklung durch eine gestiegene preisliche Wettbewerbsfähigkeit infolge der jüngsten Euro-Abwertung und durch gestiegene Realeinkommen. Die Geldpolitik wirkt über den gesamten Prognosezeitraum stimulierend, leicht expansiv ist zumindest im Jahr 2017 die Finanzpolitik ausgerichtet.
Alles in allem dürfte die Produktion im Jahr 2016 um 1,7%, im Jahr 2017 um 1,6%, und im Jahr 2018 um 1,4% zulegen (vgl. Abbildung 7). Der sich aufbauende Preisdruck bei den Produzenten dürfte sich vor dem Hintergrund anziehender Ölpreise, eines schwächeren Euros und einer steigenden Kapazitätsauslastung langsam auf die Verbraucherpreisinflation übertragen. Diese beschleunigt sich von 0,3% im Jahr 2016 auf 1,3% im Jahr 2017 und 1,5% im Jahr 2018. Die Verbesserung der Lage auf den Arbeitsmärkten wird sich fortsetzen. Hauptsächlich wegen eines weiteren Rückgangs der Arbeitslosenquoten in ehemaligen Krisenländern dürfte die euroraumweite Arbeitslosigkeit weiter sinken und im Jahr 2017 9,6% betragen (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2016	2017	2018
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
reales Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,6	1,4
privater Konsum	1,7	1,4	1,3
öffentlicher Konsum	1,9	1,2	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	2,8	2,3	2,4
inländische Verwendung	2,0	1,5	1,5
Exporte[a]	2,4	3,5	3,5
Importe[a]	3,1	3,6	3,8
Außenbeitrag[b]	−0,2	0,1	0,0
Verbraucherpreise[c]	0,3	1,3	1,5
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt		
Budgetsaldo[e]	1,7	1,5	1,5
Leistungsbilanzsaldo	3,3	2,8	2,6
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote[f]	10,2	9,7	9,4

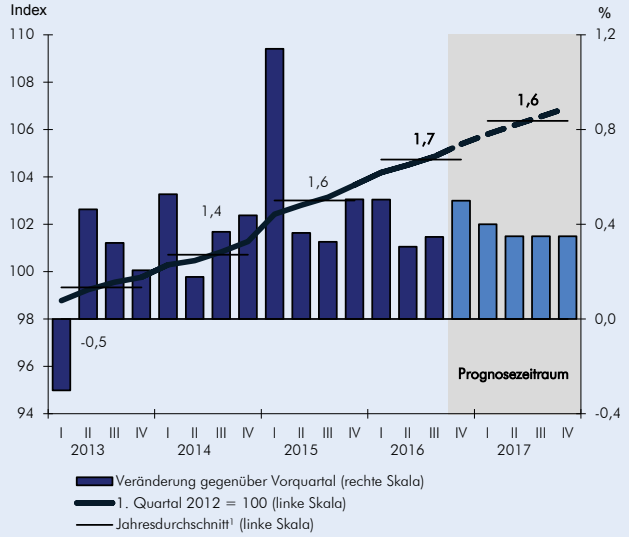
[a] Einschließlich Intrahandel. – [b] Wachstumsbeitrag. – [c] Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – [d] Bruttowertschöpfung je Beschäftigten. – [e] Gesamtstaatlich. – [f] Standardisiert.

Quelle: Prognose des IWH.

Abbildung 7

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum

saisonbereinigter Verlauf



[1] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2016: Prognose des IWH.

Konjunktur in Großbritannien schwächt sich nur allmählich ab

Die Konjunktur im Vereinigten Königreich erweist sich in den Monaten nach dem Votum für einen Austritt des Landes aus der Europäischen Union als insgesamt robust. Das Ergebnis des Referendums löste nur kurzzeitig einen Preisverfall auf den Finanzmärkten und eine deutliche Verschlechterung der Stimmungsindikatoren aus. Die Kursverluste auf den Aktienmärkten sind bereits seit dem Sommer wettgemacht. Realwirtschaftliche Indikatoren deuten seit dem Herbst 2016 auf eine Ausweitung der Aktivität hin, zuletzt sogar beschleunigt. Hierzu dürfte auch beigetragen haben, dass die Bank von England Anfang August den Leitzins gesenkt, eine abermalige quantitative Lockerung ihrer Geldpolitik beschlossen und weitere expansive Maßnahmen in Aussicht gestellt hat.

Im dritten Quartal hat die britische Volkswirtschaft ihre Expansion in einem nahezu unveränderten Tempo fortgesetzt. Nach 0,7% im Frühjahr nahm das reale Bruttoinlandsprodukt in den Monaten von Juli bis September um 0,5% zu. Getragen wurde die Ausweitung der Produktion vom privaten Konsum und von einem erneut starken Anstieg der Investitionen.

Der Wert des Pfunds, gemessen an den Wechselkursen gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner, hat sich nach seinem Tiefstand im Oktober zuletzt stabilisiert. Nichtsdestotrotz schlägt sich die seit dem Referendum über 10 prozentige Abwertung in deutlich gestiegenen Importpreisen nieder. Sowohl im Dienstleistungssektor als auch im Verarbeitenden Gewerbe stieg die Inflation der Produzentenpreise im Oktober auf mehr als fünfjährige Höchststände. Die Verbraucherpreisinflation stieg im November auf 1,2% und ist damit weiterhin deutlich unter der Zielmarke der Bank von England.

Der deutliche Rückgang der Industrieproduktion um 0,9% im Oktober ist zu einem großen Teil auf eine zwischenzeitliche Schließung eines Ölfeldes zurückzuführen. Ansonsten deuten Frühindikatoren auf eine weiterhin robuste Ausweitung der Produktion zum Jahresende hin. Gestiegene Aufträge aus dem Ausland lassen vermuten, dass insbesondere das Verarbeitende Gewerbe vom schwachen Pfund profitiert. Aber auch im Dienstleistungs- und Baugewerbe war die Stimmung zuletzt deutlich aufwärtsgerichtet. Allerdings dürften die infolge der Pfund-Abwertung gestiegenen Einkaufspreise der Unternehmen sich in den kommenden Monaten vermehrt in höheren Verbraucherpreisen widerspiegeln und die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte merklich belasten. Darüber hinaus dürften sich die höheren Kosten auch in einer geringeren Investitions- und Einstellungsbereitschaft niederschlagen. Dies trifft insbesondere auch auf Unternehmen zu, deren mittel- und langfristigen Absatzpotenziale maßgeblich von der konkreten Ausgestaltung des Brexit abhängen. Deshalb ist im Jahr 2017 von einer insgesamt leicht gedämpften inländischen Nachfrage auszugehen. Von der Finanzpolitik sind über die verlangsamte mittelfristige Konsolidierung des Haushaltes hinaus vorerst keine nennenswerten Änderungen zu erwarten, insbesondere auch, weil die niedrigeren mittelfristigen Wachstumsperspektiven infolge des Brexit die Finanzlage des Staates belasten. Gegeben den erwarteten starken Anstieg der Verbraucherpreise und eine nur leicht gedämpfte Ausweitung der Produktion, erscheint auch eine weitere Lockerung der Geldpolitik unwahrscheinlich. Alles in allem dürfte die Produktion im Jahr 2016 um 2%, im Jahr 2017 um 1,5%, und im Jahr 2018 um 1,2% zulegen. Die Verbraucherpreisinflation beschleunigt sich von 0,6% im Jahr 2016 auf 2,5% im Jahr 2017 und 2,8% im Jahr 2018. Die Arbeitslosigkeit dürfte im Prognosezeitraum wieder leicht ansteigen und im Jahr 2017 5% betragen (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

2015 bis 2018

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt[a]				Verbraucherpreise[b]				Arbeitslosenquote[c]			
	(BIP)	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
	in %	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
Deutschland	20,6	1,5	1,8	1,5	1,5	0,1	0,4	1,3	1,5	4,6	4,3	4,3	4,6
Frankreich	14,8	1,2	1,2	1,4	1,4	0,1	0,2	1,2	1,4	10,4	9,8	9,5	9,1
Italien	11,1	0,6	0,9	1,0	1,0	0,1	−0,1	1,3	1,3	11,9	11,6	11,4	11,2
Spanien	7,4	3,2	3,3	2,4	1,8	−0,6	−0,4	1,5	1,6	22,1	19,7	18,1	16,6
Niederlande	4,6	1,9	2,1	1,6	1,4	0,2	0,4	1,6	1,6	6,9	7,5	7,2	7,2
Belgien	2,8	1,5	1,2	1,5	1,2	0,6	2,0	1,8	1,7	8,5	8,1	7,9	7,8
Österreich	2,3	0,8	1,4	1,3	1,1	0,8	0,8	1,2	1,8	5,7	6,1	5,6	5,4
Irland	1,7	26,3	2,8	3,0	2,2	0,0	0,3	2,0	2,0	9,5	8,1	7,1	6,4
Finnland	1,4	0,2	1,5	1,2	1,4	−0,2	0,5	1,6	1,6	9,3	8,9	8,5	7,9
Portugal	1,2	1,6	1,3	1,3	1,1	0,5	0,6	1,0	1,5	12,4	11,0	10,1	9,6
Griechenland	1,2	−0,3	0,3	1,1	1,5	−1,1	−0,7	0,8	1,4	25,0	23,4	22,5	21,6
Slowakei	0,5	3,9	3,4	2,7	3,0	−0,3	−0,4	1,3	2,3	11,5	9,8	9,4	9,1
Luxemburg	0,4	3,6	3,5	3,1	3,3	0,1	0,2	1,0	1,4	6,9	6,4	6,3	6,2
Slowenien	0,3	2,1	2,6	2,2	2,0	−0,8	−0,1	1,5	2,5	9,0	8,2	7,9	7,5
Litauen	0,3	1,7	2,6	3,2	3,3	−0,7	0,8	1,8	2,2	9,1	7,8	7,6	7,4
Lettland	0,2	2,7	0,8	3,3	3,7	0,2	0,0	1,8	2,2	9,9	9,4	9,2	9,0
Estland	0,1	1,6	1,1	3,0	2,9	0,1	0,8	1,8	2,3	6,1	5,6	5,5	5,4
Zypern	0,1	1,6	2,9	2,4	2,3	−1,5	−1,0	1,0	1,5	14,9	13,0	11,6	10,3
Malta	0,1	6,2	3,7	3,1	3,1	1,2	1,2	2,0	2,1	5,4	4,9	4,9	4,9
Euroraum insgesamt	71,1	2,0	1,7	1,6	1,4	0,0	0,3	1,3	1,5	10,9	10,2	9,7	9,4
Euroraum ohne Deutschland	50,5	2,5	1,8	1,7	1,6	0,0	0,3	1,5	1,7	13,1	12,2	11,6	11,1
Großbritannien	17,5	2,2	2,0	1,5	1,2	0,0	0,6	2,5	2,8	5,4	4,8	5,0	5,4
Schweden	3,0	3,9	3,2	2,2	2,0	0,7	1,0	1,5	1,8	7,4	6,9	6,7	6,7
Polen	2,9	3,6	2,4	2,5	2,8	−0,7	−0,7	1,0	1,5	7,5	6,1	5,8	5,6
Dänemark	1,8	1,0	1,0	1,6	1,6	0,2	0,3	1,2	1,5	6,2	6,2	6,3	6,1
Tschechische Republik	1,1	4,6	2,4	2,5	2,6	0,3	0,6	1,6	1,9	5,0	4,0	3,8	3,8
Rumänien	1,1	3,8	4,7	3,3	3,2	−0,4	−1,4	1,9	2,2	6,8	6,0	5,8	5,6
Ungarn	0,7	3,1	1,5	2,4	2,4	0,1	0,2	1,6	1,9	6,8	5,2	5,0	4,9
Bulgarien	0,3	3,6	3,4	2,9	2,8	−1,1	−0,8	1,2	1,5	9,2	7,8	7,1	6,8
Kroatien	0,3	1,6	2,4	2,6	2,1	−0,3	−1,1	1,0	1,3	16,9	13,3	12,5	12,0
MOE-Länder[d]	7,8	3,5	2,7	2,7	2,8	−0,4	−0,4	1,4	1,8	7,9	6,5	6,2	6,0
EU 28[e]	100,0	2,2	1,8	1,6	1,5	0,0	0,3	1,6	1,8	9,5	8,6	8,3	8,1

[a] Die Zuwachsraten sind um Arbeitstageeffekte bereinigt, außer für die Slowakei. – [b] Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – [c] Standardisiert. – [d] Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechische Republik, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien. – [e] Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2015 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2015.

Quellen: Eurostat; IWF; Prognose des IWH.

Verlangsamung der wirtschaftlichen Expansion in den mittel- und osteuropäischen Ländern nur vorübergehend

Die Wirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der Europäischen Union dürfte im Jahr 2016 deutlich langsamer expandiert haben als im Vorjahr. Dies geht vorwiegend auf die Visegrád-Länder (Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn) zurück. In der ganzen Region gab es allerdings einen Rückschlag bei den Bruttoanlageinvestitionen, vor allem, weil in diesem Jahr erstmals nicht mehr EU-Gelder aus den Strukturfonds des Budgetrahmens für die Periode 2007 bis 2013 abgerufen werden konnten (vgl. Kasten 2). Ansonsten blieb die gesamtwirtschaftliche Nachfrage aber deutlich aufwärtsgerichtet. Die Exporte expandierten weiter deutlich, und die privaten Haushalte weiteten ihren Konsum kräftig aus, denn die Reallöhne stiegen – auch wegen gefallener Energiepreise – beträchtlich, ebenso wie die Beschäftigung.

In vielerlei Hinsicht gibt die Wirtschaft Mittelosteuropas derzeit ein robustes Bild: Die Arbeitslosenquoten sind über einige Jahre hinweg sehr deutlich gesunken; das

Kasten 2

Konjunktureffekte der EU-Strukturpolitik in Mittel- und Osteuropa

In fast allen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU dürfte die Produktion im Jahr 2016 langsamer zulegen als im Jahr zuvor. In Polen wird die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts wohl um über einen Prozentpunkt, in der Tschechischen Republik um über zwei und in Ungarn um etwa 1½ Prozentpunkte niedriger ausfallen als im Vorjahr. Ausschlaggebend ist eine deutliche Abschwächung und zum Teil ein regelrechter Einbruch der Bruttoanlageinvestitionen im ersten Halbjahr; die restlichen Nachfragekomponenten legten dagegen weiter deutlich zu (vgl. Abbildung 8). Wichtige Bedingungen für die Investitionstätigkeit sind an sich günstig: die wirtschaftliche Stimmung, wie sie von der Europäischen Kommission gemessen wird, liegt über dem langjährigen Mittel, und Finanzierungskosten sind, ähnlich wie im Euroraum, in den vergangenen Jahren immer weiter gefallen. Die Investitionsschwäche dürfte auf einen wirtschaftspolitischen Dämpfer zurückzuführen sein: Aus vielen Ländern wird von stark verminderten Zuflüssen aus EU-Förderprogrammen etwa im Rahmen der Kohäsionsprogramme berichtet. Wie viele Fördergelder in einem Jahr in ein Land fließen, hängt vom Volumen der genehmigten Förderanträge ab. Die Vergabekriterien sind für Projekte, die im Rahmen des EU-Budgets 2014 bis 2020 gefördert werden, strenger gefasst worden: Es sollen nur noch Projekte mit Potenzial für „messbare soziale oder ökonomische Effekte“ unterstützt werden.[a] Gegenwärtig scheinen nur wenige Förderanträge diese Bedingungen erfüllen zu können. Allerdings konnten noch bis zum Jahr 2015 nicht ausgeschöpfte Gelder aus dem Finanzrahmen 2007 bis 2013 fließen, und zwar nach den für diese Periode geltenden Bedingungen. Deshalb kommt der Rückschlag wohl erst jetzt.

Abbildung 8

Beiträge wichtiger Nachfragekomponenten zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts

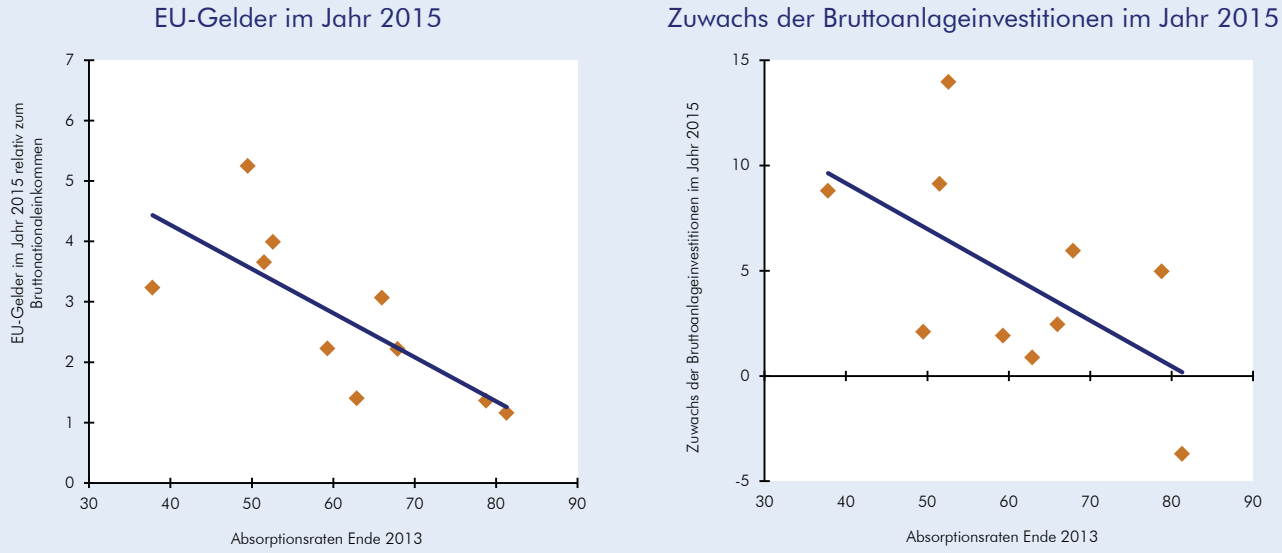
in Prozentpunkten

Quelle: Eurostat.

Zwar ist noch nicht bekannt ist, welche Finanzströme über das EU-Budget im laufenden Jahr fließen, aber es kann vermutet werden, dass der derzeitige konjunkturelle Effekt stark negativ ist. Es kann gezeigt werden, dass der Wechsel der Vergabekriterien wohl schon im Jahr 2015 deutliche konjunkturelle Spuren in Mittel- und Osteuropa hinterlassen hat. Denn einige Länder hatten ihren für die Budgetperiode 2007 bis 2013 festgelegten Finanzrahmen für EU-Beihilfen (ihre „Absorptionsquote") weitgehend ausgeschöpft. Dort konnten schon im Jahr 2015 nur noch wenige Investitionen nach den alten und eingespielten Regeln gefördert werden. Dementsprechend gibt es einen recht engen Zusammenhang zwischen der Absorptionsquote eines Landes am Ende der Budgetperiode 2007 bis 2013 und dem EU-Mittelzufluss im Jahr 2015 und auch der Investitionsdynamik in diesem Jahr (vgl. Abbildung 9).

Abbildung 9

Absorptionsraten der mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU (ohne Kroatien) im Jahr 2013 und …

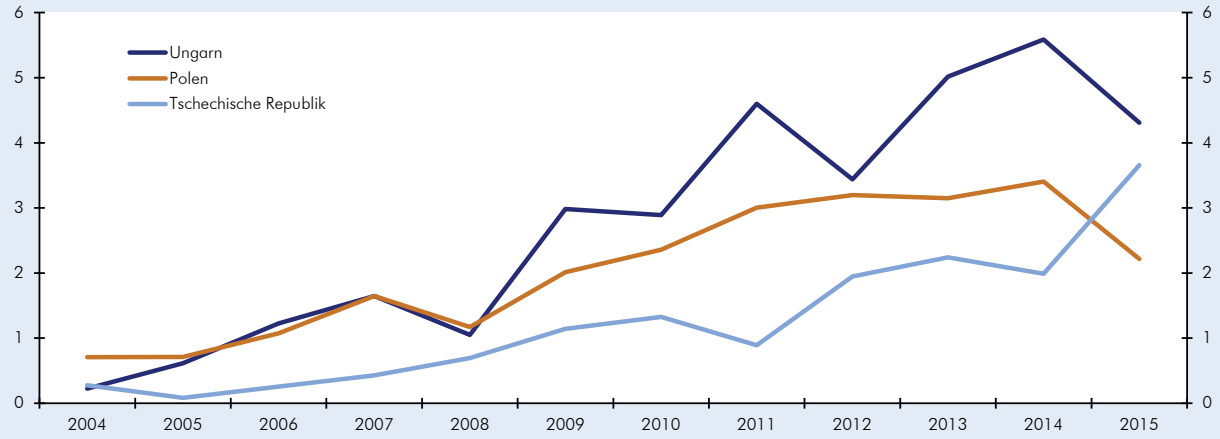


Quellen: Eurostat; European Commission.

Abbildung 10

Nettozuflüsse von EU-Geldern in ausgewählte Länder

relativ zum Bruttonationaleinkommen der Länder in %



Quelle: Webseite der Europäischen Kommission: http://ec.europa.eu/budget/figures/interactive/index_en.cfm.

Solche konjunkturellen Wirkungen der EU-Strukturpolitik sind nicht intendiert; die Konvergenzpolitik der Europäischen Union zielt stattdessen auf eine Stärkung der langfristigen Leistungsfähigkeit ökonomisch schwächerer Regionen ab.[b] Für die EU als Ganzes sind auch keine konjunkturellen Effekte zu erwarten. Schließlich beträgt das EU-Budget nur knapp 1% relativ zum Bruttonationaleinkommen in der EU, und Ausgaben und Einnahmen gleichen sich jährlich in der Summe nahezu aus. Für die Konjunktur in einzelnen auch größeren Ländern, die netto Zahlungen aus Brüssel erhalten, ist die Förder-

politik dagegen durchaus bedeutsam, denn der Zufluss der Gelder kann um mehr als einen Prozentpunkt relativ zum Bruttoinlandsprodukt schwanken (vgl. Abbildung 10). Der statistische Zusammenhang zwischen dem Zufluss an EU-Strukturfördermitteln und der Konjunktur lässt sich für alle mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU[c] nachweisen. Dies geschieht im Rahmen einer Panelschätzung auf Länderebene, bei der die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts auf die Differenz zwischen den erhaltenen Nettozahlungen in diesem und dem vergangenen Jahr, skaliert mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt des vergangenen Jahres, regressiert wird. Mit Dummy-Variablen für jedes Jahr (*time fixed effects*) werden zudem länderübergreifende Entwicklungen berücksichtigt. In den baltischen Staaten kam es im Krisenjahr 2009 zu drastischen Einbrüchen der Nachfrage (von über 10% beim Bruttoinlandsprodukt und über 30% bei den Bruttoanlageinvestitionen), dies wird durch entsprechende Dummy-Variablen aufgefangen.

Die relative Veränderung der Nettozahlungen ist in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowohl mit der Wachstumsrate der Anlageinvestitionen als auch mit der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts statistisch signifikant korreliert (vgl. Tabelle 5). Die Regression sagt an sich noch nichts über die Kausalrichtung aus. Es wäre also auch denkbar, dass nicht EU-Gelder Nachfrage anregen, sondern dass eine gute Konjunktur EU-Gelder anzieht, etwa weil den Empfängerländern die Kofinanzierung in guten Zeiten leichter fällt. Die Regressionskoeffizienten lassen sich daher nicht eindeutig kausal interpretieren.

Tabelle 5

Regressionsanalyse von EU-Finanzhilfen, Anlageinvestitionen und Bruttoinlandsprodukt in mittel- und osteuropäischen EU-Ländern

	Abhängige Variable	
	Wachstumsrate der Anlageinvestitionen	Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts
relative Veränderung der Nettozahlungen	2,025*	0,671**
(Standardabweichung)	(0,899)	(0,224)
Jahresindikatoren	ja	ja
Baltikum 2009	ja	ja
Konstante	8,415***	4,272***
(Standardabweichung)	(2,565)	(0,471)
Beobachtungen	150	150
angepasstes R^2	0,562	0,771

Der Schätzzeitraum umfasst die Jahre 2000 bis 2015. Statistische Signifikanz zum 10%-, 5%- bzw. 1%-Niveau wird angezeigt durch *, **, ***.

Quelle: Berechnungen des IWH.

Alles in allem spricht allerdings einiges dafür, dass die Strukturpolitik der EU die Konjunktur in ihren mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern messbar beeinflusst. Gegenwärtig dürften diese Effekte für die gesamte Region in nicht unerheblichem Ausmaß dämpfend sein.

[a] Vgl. *European Commission:* EU Budget 2014, Financial Report, 5. – [b] Ob die Strukturpolitik das Ziel eines schnelleren Aufholens schwächerer Regionen zum Rest der EU erreicht, ist umstritten. Vgl. etwa *Marzinotto, B.:* The Growth Effects of EU Cohesion Policy, a Meta Analysis. Bruegel Working Paper 2012/14, oder kritisch *Breidenbach, P.; Mitze, T.; Schmidt, C. M.:* EU Structural Funds and Regional Income Convergence: A Sobering Experience. Ruhr Economic Papers, No. 608, 2016. – [c] Mittel- und osteuropäische Länder sind Bulgarien, die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Litauen, Lettland, Polen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien. Kroatien wird nicht berücksichtigt, weil es erst im Jahr 2013 der EU beitrat.

Verbraucherpreisniveau war (auch bedingt durch den Fall des Ölpreises) in den Jahren 2016 und 2017 in etwa unverändert, und in den Ländern, die nicht der Währungsunion beigetreten sind, ist der Wert ihrer Währungen gegenüber dem Euro stabil. Die Zentralbanken ließen die Leitzinsen unverändert auf sehr niedrigem Niveau, und die von nichtfinanziellen Unternehmen zu zahlenden Zinsen sind im Trend fast überall weiter gesunken.

Die Finanzpolitik ist vielfach deutlich expansiv ausgerichtet. Das gilt sowohl für das Jahr 2016 als auch für 2017. Das Vertrauen von Unternehmen und Haushalten in die wirtschaftliche Entwicklung liegt, etwa gemessen an den Indikatoren der Europäischen Kommission, im Allgemeinen etwas über dem langjährigen Durchschnitt. Weil die Verlangsamung der Expansion im Wesentlichen dem vorübergehenden Problem stockender EU-Gelder geschuldet sein dürfte (vgl. Kasten 2), stehen die Chancen gut, dass der Produktionszuwachs in den Visegrád-Ländern im Jahr 2017 wieder etwas höher liegt als im Jahr 2016. In Rumänien und Bulgarien dürfte allerdings das zuletzt besonders rasche

Expansionstempo nicht gehalten werden. Für die Region insgesamt ergibt sich mit 2,7% die gleiche Expansionsrate wie im Jahr 2016.

Ein Risiko für die Wirtschaftsentwicklung der kommenden Jahre ist eine drohende Knappheit des Faktors Arbeit. Die Partizipationsquoten sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen und die Arbeitslosenraten zurückgegangen. Zudem ist die arbeitsfähige Bevölkerung rückläufig, wegen der natürlichen Bevölkerungsbewegung und aufgrund von Abwanderung, vor allem in andere Länder der Europäischen Union. Für Polen erhöht die dort jüngst beschlossene Absenkung des Renteneintrittsalters, die im Herbst 2017 in Kraft treten soll, das Risiko, dass ein Mangel an Arbeitskräften das wirtschaftliche Wachstum bremst.

Deutsche Konjunktur

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt ab dem ersten Quartal 2016 bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,07 US-Dollar/Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dürfte in etwa konstant bleiben. Der Welthandel (Güter) dürfte im Jahr 2016 lediglich um 1% zulegen. Im Jahr 2017 steigt er nach vorliegender Prognose um 2% und im Jahr 2018 um 2,9%. Ferner wird davon ausgegangen, dass der Hauptrefinanzierungssatz der EZB bis zum Jahresende 2017 bei 0% liegen wird. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2016 bei 43,5 US-Dollar je Barrel, im Jahr darauf bei 51 US-Dollar, und im Jahr 2018 bei 54 US-Dollar.

Deutsche Wirtschaft holt Tempoverlust vom Sommer wieder auf

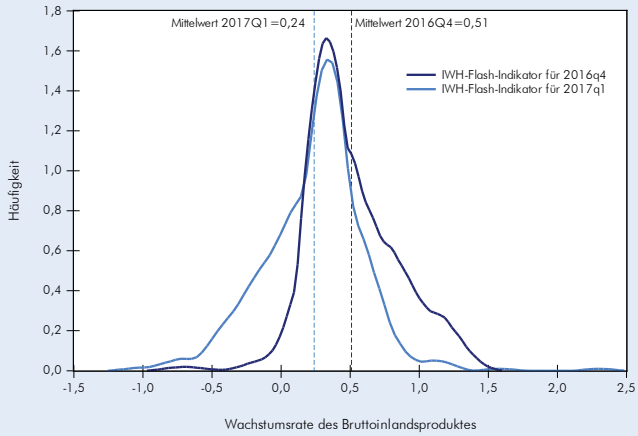
Das Bruttoinlandsprodukt expandierte im dritten Quartal 2016 mit einer Rate von 0,2% und damit weniger kräftig als noch in den ersten beiden Quartalen des Jahres. Die Antriebskräfte der Konjunktur haben sich dabei weiter vom Ausland auf das Inland verlagert. Die Impulse kamen hauptsächlich vom privaten und staatlichen Konsum sowie von den Bauinvestitionen. Die Exporte, die in den Quartalen zuvor noch positive Beiträge zur wirtschaftlichen Entwicklung leisteten, sind im Herbst sogar gesunken, und die Unternehmen hielten sich mit Investitionen zurück.

Die deutsche Wirtschaft dürfte den Tempoverlust vom Herbst allerdings schnell wieder aufgeholt haben. Nach dem IWH-Flash-Indikator hat sie im Schlussquartal 2016 mit einem Zuwachs von 0,5% überdurchschnittlich zugenommen (vgl. Abbildung 11).[5] Die Indikatoren für das Verarbeitende Gewerbe signalisieren derzeit eine überwiegend günstige Lage: Die Industrieproduktion im Oktober liegt – wenn auch nur geringfügig – über dem Vorquartalsniveau. Deutlich aufwärtsgerichtet ist dabei die Produktion von Vorleistungsgütern, ein für die Industrieproduktion insgesamt vorlaufender Indikator. Außerdem sind die Auftragseingänge für Industriegüter ohne Großaufträge seit zwei Monaten wieder aufwärtsgerichtet. Auch der Markit/BME-Einkaufsmanager-Index (EMI) und das ifo Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft halten sich trotz leichter Verluste im November auf hohem Niveau. Auch die Weltwirtschaft hat sich im Herbst belebt; so haben zuletzt insbesondere die Bestellungen aus dem Ausland wieder zugelegt. Im Einzelhandel, wo die Stimmung in den vergangenen Monaten etwas labil war, stiegen sowohl die Umsätze als auch das Geschäftsklima zuletzt wieder. Entscheidend dürfte hierfür sein, dass sich der Arbeitsmarkt nach wie vor in einer guten Verfassung zeigt und die verfügbaren Einkommen steigen. Auch die Bauproduktion ist nach einem schwächeren Sommerhalbjahr wieder auf ihren Wachstumspfad zurückgekehrt.

Abbildung 11

Einzelindikatorprognosen für das Winterhalbjahr 2016/2017

Verteilung nach Wachstumsraten



Quellen: Statistisches Bundesamt; IWH-Flash-Indikator 4/2016.

[5] Zur Methodik des IWH-Flash-Indikators vgl. IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 17 (1), 2011, 13.

Tabelle 6

Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung[a]

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2015				2016				2017			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,4	0,4	0,6	0,4	0,6	0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
öffentlicher Konsum	0,4	1,0	0,7	1,2	1,1	1,2	1,0	0,5	1,0	0,3	0,3	0,3
Ausrüstungen	−0,1	1,8	0,4	1,8	1,1	−2,3	−0,6	0,6	0,8	1,0	1,0	1,0
Bauten	0,9	−1,2	-0,2	1,9	2,3	−1,9	0,3	0,8	0,8	0,8	0,8	0,7
sonstige Anlagen	0,8	0,4	0,6	0,4	0,9	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Vorratsinvestitionen[b]	−0,1	−0,5	0,2	0,2	−0,2	−0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	0,3	0,0	0,8	1,0	0,7	−0,1	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4
Außenbeitrag[b]	−0,1	0,6	−0,5	−0,6	0,0	0,5	−0,3	0,1	−0,2	0,0	0,0	0,0
Exporte	1,0	1,6	0,0	−0,7	1,4	1,2	−0,4	1,4	0,8	1,1	1,1	1,0
Importe	1,4	0,4	1,1	0,6	1,5	0,1	0,2	1,5	1,5	1,3	1,3	1,3
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,5	0,2	0,4	0,7	0,4	0,2	0,5	0,3	0,5	0,5	0,4

[a] Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – [b] Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponente).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2016: Prognose des IWH.

Im Prognosezeitraum dürfte die deutsche Wirtschaft ihren moderaten, vor allem von der inländischen Nachfrage getriebenen Aufschwung fortsetzen (vgl. Tabelle 6). Vor dem Hintergrund eines anhaltenden Beschäftigungsaufbaus und stabiler Einkommenssteigerungen wird insbesondere der private Konsum weiter robust zulegen. Von diesen Fundamentalfaktoren gehen zusammen mit dem Niedrigzinsumfeld und der verbesserten Finanzlage der Gebietskörperschaften zudem positive Impulse auf die Bauinvestitionen aus; so ist im Prognosezeitraum weiterhin mit kräftigen Investitionen im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau zu rechnen. Die Exporte sind angesichts der weltwirtschaftlichen Belebung wieder aufwärtsgerichtet und ziehen mit zunehmender Kapazitätsauslastung auch eine Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen nach sich. Gleichwohl werden die Ausfuhren wegen einer insgesamt eher gemächlichen Expansion des Welthandels und die Unternehmensinvestitionen wegen der nur schwach überdurchschnittlich ausgelasteten Kapazitäten nicht an die Dynamik früherer Aufschwünge anknüpfen können. Der Staatsverbrauch wird im Prognoseverlauf auch etwas an Schwung verlieren, da die Ausgaben im Zusammenhang mit der Fluchtmigration nicht weiter ansteigen. Insgesamt bleibt die Binnennachfrage mit Zuwachsraten von 0,4% anhaltend kräftig und stimuliert die Importe nach Deutschland, sodass der Wachstumsbeitrag des Außenhandels in allen drei Prognosejahren negativ ist (vgl. Tabelle 7). Der Überschuss der deutschen Leistungsbilanz, der im Durchschnitt des Jahres 2016 wohl bei etwa 9% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen wird, dürfte somit bis zum Jahr 2018 leicht, auf etwa 8½% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, sinken (vgl. Tabelle „Gesamtwirtschaftliche Eckdaten“ und Kasten 3).

Tabelle 7

Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts[a]

in Prozentpunkten

	2015	2016	2017	2018
Konsumausgaben	1,6	1,8	1,2	1,1
private Konsumausgaben	1,1	1,0	0,7	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,5	0,8	0,5	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,3	0,4	0,3	0,6
Ausrüstungen	0,2	0,1	0,1	0,2
Bauten	0,0	0,2	0,2	0,2
sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	−0,5	−0,3	0,0	0,0
inländische Verwendung	1,5	2,0	1,6	1,6
Außenbeitrag	0,2	−0,1	−0,3	−0,1
Exporte	2,4	1,2	1,4	1,9
Importe	−2,1	−1,3	−1,7	−2,0
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,9	1,3	1,5

[a] Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2016: Prognose des IWH.

Insgesamt steigt nach vorliegender Prognose das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2016 um 1,9%, in den Jahren darauf um 1,3% bzw. 1,5% (vgl.

Kasten 3

Zur Entwicklung des deutschen Leistungsbilanzüberschusses

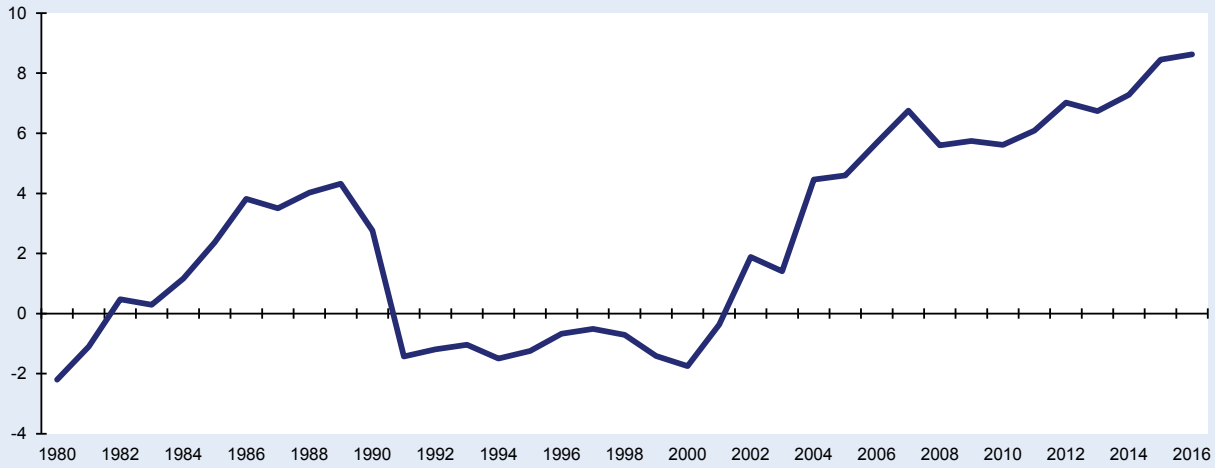
Gemäß der vorliegenden Prognose wird der Überschuss der deutschen Leistungsbilanz im Jahr 2016 um 0,7 Prozentpunkte steigen und im Jahresdurchschnitt 9% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betragen. Nur wenige Länder weisen einen vergleichbar hohen Überschuss relativ zur gesamtwirtschaftlichen Produktion aus,[a] und absolut dürfte er im Jahr 2016 wie schon in den Jahren 2011 bis 2014 der weltweit höchste werden. In Wissenschaft und Politik gibt es seit Längerem Stimmen, die diesen Überschuss für schädlich halten, etwa weil er Wachstumschancen zunichte mache.[b] Der Leistungsbilanzsaldo ist allerdings keine Größe, die direkt wirtschaftspolitisch gesteuert werden könnte. Vielmehr ist es erforderlich, die Determinanten des Leistungsbilanzsaldos zu verstehen, um wirtschaftspolitische Handlungsoptionen abzuleiten. Dabei ist zwischen langfristigen strukturellen Determinanten und konjunkturellen Entwicklungen zu unterscheiden.

Es muss wohl schon sehr lange strukturelle Gründe für den Anstieg des Leistungsbilanzsaldos geben, denn einen steigenden Trend gab es schon in den 1980er Jahren (vgl. Abbildung 12). Dieser Trend wurde durch die deutsche Vereinigung unterbrochen, als ein großer Teil der Produktion in Deutschland von der sprunghaft gestiegenen inländischen Nachfrage absorbiert und der Saldo negativ wurde. Nach dem Platzen der Internetblase um die Jahrtausendwende drehte sich der Saldo wieder, einhergehend mit einer deutlichen Reduktion der Nettoinvestitionsquote. Seitdem steigt der Überschuss wieder trendmäßig.

Abbildung 12

Deutscher Leistungsbilanzsaldo relativ zum Bruttoinlandsprodukt in %

vor 1991: westdeutscher Saldo



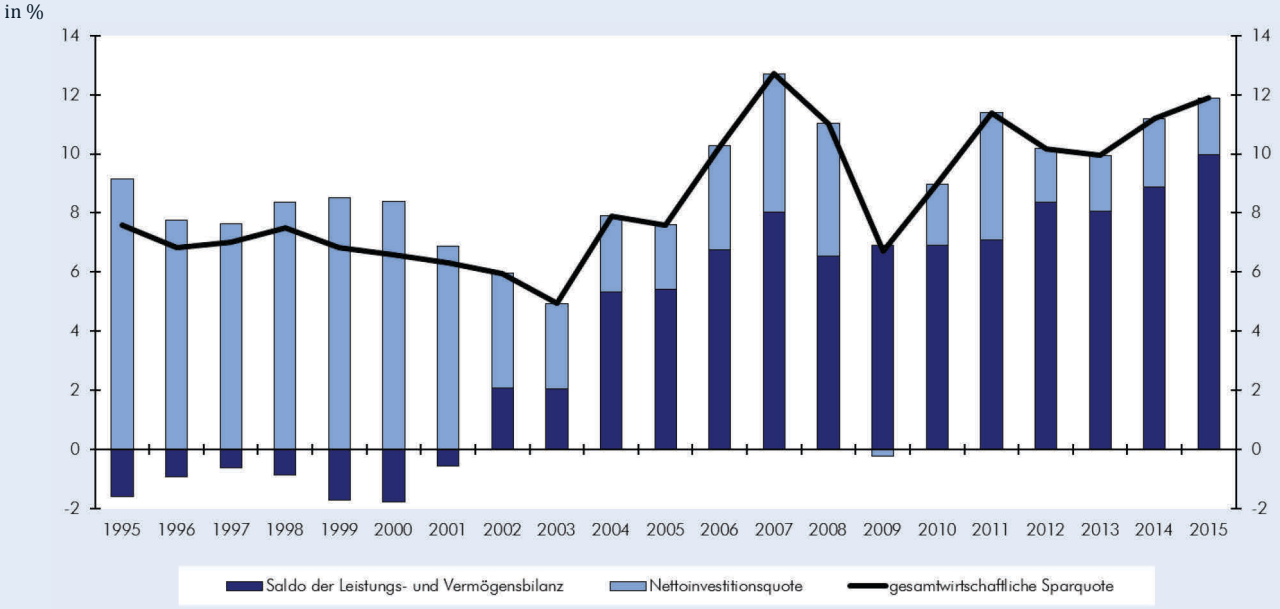
Quellen: IMF world economic outlook data base.

Dem positiven Leistungsbilanzsaldo steht ein negativer Kapitalbilanzsaldo gegenüber, und beide Salden können nur zusammen verstanden werden. Auf der Leistungsbilanz-Seite weist der Überschuss von Exporten gegenüber Importen auf eine hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft hin. Freilich müssen Unternehmen und Haushalte auch bereit sein, die mit dem Überschuss erworbenen Forderungen gegenüber dem Ausland zu halten. Das ist die Perspektive der Kapitalbilanz. Wären sie dazu nicht bereit, würden sie versuchen, diese Forderungen abzustoßen und stattdessen inländische Vermögenstitel zu erwerben, realwirtschaftliche Investitionen im Inland zu tätigen, oder auch die Erlöse aus den Nettoexporten für Konsumzwecke zu verwenden. Dies hätte Preisreaktionen zur Folge: Die Preise heimischer Vermögenstitel oder der heimischen Konsumgüter würden steigen, bis Unternehmen und Haushalte bereit wären, die aus dem Leistungsbilanzsaldo entstandenen Forderungen gegenüber dem Ausland zu halten. Zugleich würden die Ausgaben für Investitions- und Konsumzwecke den Leistungsbilanzüberschuss tendenziell verringern, denn ein Teil der erworbenen Güter käme wohl aus dem Ausland. Auch verschlechtert sich mit dem steigenden inländischen Preisniveau die Wettbewerbsposition der heimischen Wirtschaft, was ebenfalls den Leistungsbilanzüberschuss mindern würde. In Deutschland scheinen Unternehmen und Haushalte dagegen gern bereit zu sein, die ihnen zufließenden Forderungen

gegenüber dem Ausland zu halten. Ein immer kleinerer Teil ihres Vermögenszuwachses fließt in heimische realwirtschaftliche Investitionen, und ein immer größerer Teil in die Verbesserung der Vermögensposition gegenüber dem Rest der Welt (vgl. Abbildung 13).[c] Das ist kein gutes Zeichen für das Vertrauen von Unternehmen und Haushalten in den Wirtschaftsstandort Deutschland. Gründe dafür mögen in den ungünstigen demographischen Perspektiven hierzulande oder auch in regulatorischen Investitionshemmnissen liegen. Der Wirtschaftspolitik stellt sich die Aufgabe, diese Probleme zu bewältigen; der Leistungsbilanzsaldo ist dabei ein Warnsignal, aber nicht das Problem an sich.

Abbildung 13

Gesamtwirtschaftliches Sparen, Nettoinvestitionen und Leistungsbilanz relativ zum Bruttoinlandsprodukt



Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Bemerkenswert ist, dass der Saldo in den vergangenen Jahren bis zuletzt noch ausgeweitet wurde.[d] Schließlich dürfte der Standort Deutschland aufgrund der guten Wirtschaftsentwicklung an Attraktivität gewonnen haben. Ein gutes Zeichen dafür ist die positive Entwicklung an den Immobilienmärkten: Die Häuserpreise ziehen seit etwa 2014 stärker an, zuletzt laut Eurostat mit einer Jahresrate von reichlich 5%. Wenn sich die gestiegenen Erwartungen bezüglich des Wirtschaftsstandorts Deutschland auch in einer Aufwertung der Währung niederschlügen, ginge der Leistungsbilanzsaldo tendenziell zurück, denn die Aufwertung würde die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft senken. Allerdings orientiert sich der Außenwert des Euro an der Wirtschaftslage im Euroraum insgesamt. Weil der Euroraum nach wie vor von den Folgen der Schulden- und Vertrauenskrise gekennzeichnet ist,, hält die EZB ihre Leitzinsen an der Null-Prozent-Marke. Dadurch wird der Euro-Wechselkurs gedrückt und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft bleibt hoch.

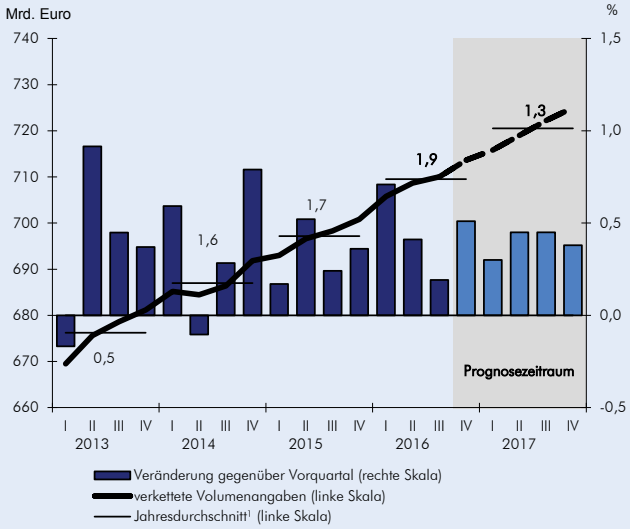
Die Anpassung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit über die Änderung von Preisen, Löhnen und Mieten in Deutschland ist langwierig. Denn Mieten und Löhne und auch viele Güterpreise passen sich träge an Änderungen von Angebot und Nachfrage an, und im Leistungsbilanzsaldo schlägt sich diese Anpassung erst im Laufe von Jahren nieder. Ein anhaltender Aufschwung der Immobilienwirtschaft dürfte den Leistungsbilanzüberschuss dämpfen: über höhere Importe von Vorleistungsgütern und Dienstleistungen für den Bau, aber auch über den Abzug von Produktionsfaktoren aus exportorientierten Unternehmen in die Bauwirtschaft sowie über höhere Lohnkosten.

[a] Ähnlich hohe Überschüsse gab es in den vergangenen Jahren etwa in den Niederlanden, der Schweiz und in Taiwan. – [b] Vgl. European Commission Alert Mechanism Report 2017, November 2016, 22-23. – [c] Eine besondere Rolle spielen dabei die nichtfinanziellen Unternehmen: In Deutschland besteht seit der Jahrtausendwende, anders als in vergleichbaren europäischen Volkswirtschaften, ein enger Zusammenhang zwischen dem aggregierten Nettobetriebsüberschuss des nichtfinanziellen Unternehmenssektors und dem Leistungsbilanzsaldo. – [d] Der jüngste Anstieg des Leistungsbilanzüberschusses kann auch nur teilweise mit der niedrigeren Ölrechnung erklärt werden, denn dieser stehen Einbußen bei den Exporten in die erdölexportierenden Volkswirtschaften gegenüber.

Abbildung 14

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2016: Prognose des IWH.

Tabelle 8

Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate

in % bzw. Prozentpunkten

	2015	2016	2017	2018
statistischer Überhang[a]	0,7	0,5	0,6	0,6
Jahresverlaufsrate[b]	1,3	1,8	1,6	1,5
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	1,5	1,8	1,5	1,5
Kalendereffekt[c]	0,2	0,1	−0,3	0,0
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich[d]	1,7	1,9	1,3	1,5

[a] Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – [b] Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – [c] In % des realen BIP. – [d] Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2016: Prognose des IWH.

Abbildung 14). Die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion hat sich damit im Jahr 2016 deutlich beschleunigt. Für die Jahre 2017 und 2018 entspricht die Jahresverlaufsrate unter Ausschluss der unterschiedlichen Anzahl von Arbeitstagen mit 1½% in etwa der Potenzialwachstumsrate (vgl. Tabelle 8). Die Kapazitäten der deutschen Wirtschaft dürften im Prognosezeitraum leicht überausgelastet sein, die Produktionslücke wird sich wohl erst im Verlauf des Jahres 2018 wieder schließen (vgl. Abbildung 15). Für das Jahr 2016 reicht das 66%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von 1,6% bis 2,1%, für das Jahr 2017 von 0,2% bis 2,3% bzw. für das Jahr 2018 von −0,1% bis 3,2% (vgl. Abbildung 16).[6] Die Verbraucherpreise nehmen nach einem schwachen Zuwachs im Jahr 2016 in den kommenden Jahren wieder kräftiger zu; ausschlaggebend sind die anziehenden Energiepreise.

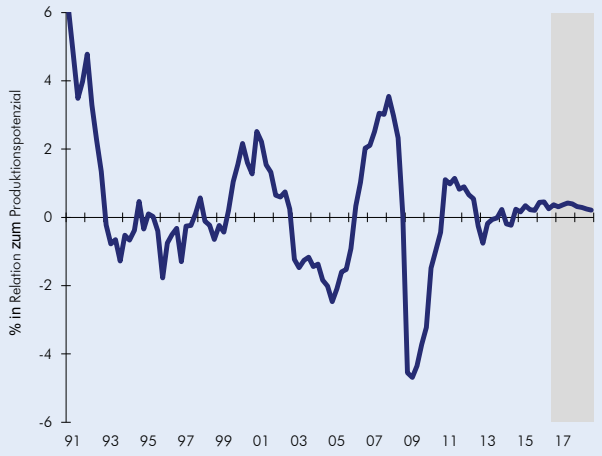
Die Beschäftigung legt im Jahresdurchschnitt 2016 um 1,0% zu. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt dabei erneut deutlich schneller als die Erwerbstätigkeit. Die – auf die Erwerbspersonen bezogene – Arbeitslosenquote liegt bei 5,8%. Im Jahr 2017 dürfte der Beschäftigungsaufbau infolge der etwas schwächeren Zunahme der Produktion geringer sein als im Vorjahr. Die Zahl der Personen im Kontext von Fluchtmigration[7], die erwerbstätig sind, wird insgesamt noch gering sein. Im Verlauf des Jahres 2017 dürfte die Arbeitslosigkeit steigen, da dann die Zahl der als arbeitslos registrierten Flüchtlinge merklich zunehmen dürfte. Die Arbeitslosenquote wird im Jahr 2017 bei 5,8% und im Jahr 2018 bei 6,1% liegen. Das Erwerbspersonenpotenzial wird im Prognosezeitraum weiter deutlich steigen. Ein Risiko für die deutsche Wirtschaft besteht darin, dass es angesichts der lockeren Geldpolitik zu einer Überhitzung kommen könnte. Insbesondere in der Bauwirtschaft sind Engpässe und hohe Preissteigerungen vorstellbar. Zu dem hier prognostizierten kräftigen Produktionsanstieg beim Bau würde es dann gar nicht kommen. Allerdings gibt es für eine solche Entwicklung bisher kaum Anzeichen. Gerade die Bauwirtschaft ist wohl in der Lage, Knappheiten durch die Beschäftigung von Arbeitskräften aus dem EU-Ausland zu mildern.

Höher sind die außenwirtschaftlichen Risiken einzuschätzen. Der Welthandel schwächelt nun schon seit einiger Zeit. Das liegt auch daran, dass vor allem der asiatische Handel an Dynamik verloren hat. Die aus heimischer Sicht wichtigere Nachfrage in der Europäischen Union ist aber in den vergangenen drei Jahren wieder kräftiger geworden, sodass die deutsche Ex-

[6] Das 66%-Prognoseintervall überlagert die tatsächliche Wachstumsrate mit einer Wahrscheinlichkeit von 66% – sofern das Basisszenario zutreffend ist. Zur Berechnung werden die Prognosefehler des IWH aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h., die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben. Darüber hinaus dürfte das Bruttoinlandsprodukt für die Vergangenheit ebenso in den kommenden Jahren revidiert werden, wie Abbildung Prognoseintervall für die Jahre 2012-2015 zeigt. Zur Methode des Backcasting, vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH:* Binnenwirtschaft trägt Konjunktur in Deutschland in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 20 (1), 2014, 18-19.

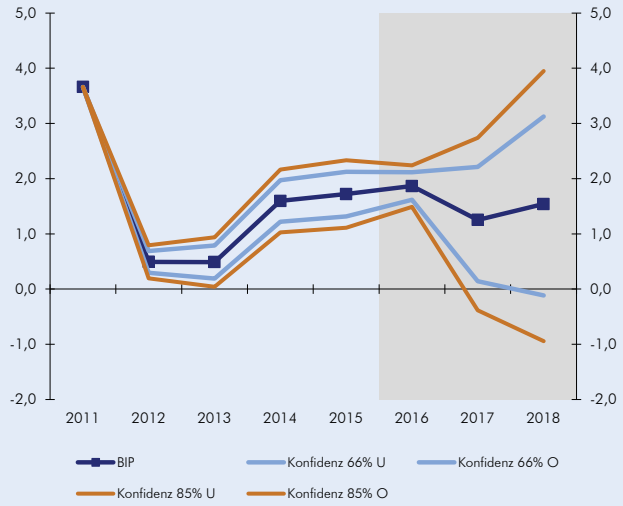
[7] Die Bundesagentur fasst Asylbewerber, anerkannte Schutzberechtigte und geduldete Ausländer zur so genannten Gruppe Personen im Kontext von Fluchtmigration zusammen. Vgl. hierzu Kasten 4 und die dort angegebenen Literaturquellen. Zur besseren Lesbarkeit wird dort auch von „Geflüchteten“ oder „Flüchtlingen“ gesprochen.

Abbildung 15
Produktionslücke in Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2016: Prognose des IWH.

Abbildung 16
Prognoseunsicherheit[1]
Veränderung gegenüber Vorjahr in %



[1] Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h., die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben. Die Revisionswahrscheinlichkeiten des Bruttoinlandsproduktes für die vergangenen Jahre ergeben sich aus früheren Revisionen des Statistischen Bundesamtes.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

portwirtschaft von dem insgesamt schwachen Welthandel bislang nicht allzu stark betroffen war. Es könnte jedoch zu einem Rückschlag kommen: einerseits, wenn die britische Konjunktur doch noch kräftiger von der Brexit-Entscheidung getroffen wird, als es derzeit den Anschein hat, und andererseits, weil die politische Instabilität zusammen mit den ökonomischen Strukturproblemen wichtiger Euroraum-Ländern eine Wiederkehr der Schulden- und Vertrauenskrise aus den Jahren 2011 bis 2013 möglich erscheinen lässt. Generell hat Deutschland als exportorientierte Volkswirtschaft besonders viel zu verlieren, sollten die weltweiten globalisierungsfeindlichen politischen Strömungen an Bedeutung gewinnen.

Monetäre Rahmenbedingungen: Kreditmarkt- und Kapitalmarktzinsen auf weiterhin sehr niedrigem Niveau

Die monetären Bedingungen in Deutschland sind weiterhin günstig. So liegen insbesondere die Zinsen an den Kreditmärkten, aber auch die Umlaufsrenditen an den Kapitalmärkten auf derzeit niedrigem Niveau. Hinsichtlich der Zinsen an den Kreditmärkten sind sowohl für das Neugeschäft bei Konsumentenkrediten als auch bei Wohnungsbaukrediten historische Tiefststände zu verzeichnen. Sie betrugen dort im Oktober 2016 6,0% und 1,7%. Bei Kosten für neue Kredite an Unternehmen ist hingegen ein Seitwärtstrend zu beobachten. Aber auch jene Kredite sind sehr günstig. Der dazugehörige Zins betrug im Oktober etwa 1,2%. Auf den Kapitalmärkten ist es seit September zu einer Gegenbewegung gekommen. So stieg die Rendite zehnjähriger deutscher Staatsanleihen um 0,3 Prozentpunkte auf nun 0,1% (November) an. Die Umlaufsrenditen für Unternehmensanleihen erhöhten sich um 0,4 Prozentpunkte auf nun 2%, Renditen von Bankschuldverschreibungen stiegen um 0,3 Prozentpunkte auf nun 0,4%. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass sich diese Gegenbewegung verstetigen wird. Selbst ein weiteres, potenziell geringes Ansteigen der Renditen dürfte an dem in Deutschland für Firmen, Banken und den Staat gegenwärtig günstigen Finanzierungsumfeld sehr wenig ändern. Insgesamt werden sich somit die in Deutschland zu beobachtenden sehr günstigen monetären Rahmenbedingungen auch im Prognosezeitraum in der Tendenz fortsetzen.

Weniger Impulse von der Finanzpolitik

Im Jahr 2017 schwächt sich der finanzpolitische Expansionsgrad etwas ab. Zusätzliche Impulse gehen vor allem von steuerpolitischen Maßnahmen aus. So führt bei der Einkommensteuer die Tatsache, dass Altersvorsorgeaufwendungen im Rahmen des Alterseinkünftegesetzes in zunehmendem Maße steuermindernd geltend gemacht werden können, erneut zu Entlastungen. Zudem ist geplant, den Grund- und Kinderfreibetrag weiter aufzustocken und die Eckwerte des Einkom-

Tabelle 9

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen[a]

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2016	2017	2018
Alterseinkünftegesetz	–1,2	–1,2	–1,3
Gesetz zum Abbau der kalten Progression und zur Anpassung von Familienleistungen	–4,0	0,2	–0,3
Erhöhung des Kindergeldes sowie des Grund- und Kinderfreibetrags 2017 und 2018, Verschiebung der Eckwerte beim Einkommensteuertarif		–2,1	–3,4
Steueränderungsgesetz 2015	–0,1	0,0	0,0
Kaufprämie für und steuerliche Förderung von Elektroautos	–0,1	–0,2	–0,1
Wegfall der Kernbrennstoffsteuer		–0,4	0,0
Wegfall von Altkapitalerstattungen			2,1
Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes	0,3	0,0	0,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1. Januar 2017 um 0,2 Prozentpunkte auf 2,55%		2,5	0,1
Erhöhung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2018 um 0,1 Prozentpunkt auf durchschnittlich 1,2%			1,2
GKV-Versorgungsstärkungsgesetz	–0,1	0,0	–0,1
Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention	–0,3	0,0	0,0
Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung	–0,2	0,0	0,0
Zweites Pflegestärkungsgesetz		–4,0	1,0
Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung	–0,2	0,0	0,0
Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung	–0,8	–0,8	0,6
Hospiz- und Palliativgesetz	–0,3	0,0	0,0
Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes	–0,1	–0,4	0,0
Reform des Wohngeldrechts und Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes	–0,6	0,0	0,0
Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung	0,0	0,1	0,1
zusätzliche Infrastrukturinvestitionen[b]	–2,5	–2,0	–1,8
Investitionsprogramm zur Mikroelektronik		–0,1	–0,2
Investitionspakt für sozialen Zusammenhalt		–0,2	–0,1
Förderung des sozialen Wohnungsbaus	–0,5	0,0	0,0
Auslaufen der Fluthilfemaßnahmen	0,5	1,0	0,0
Insolvenzgeldumlage	–0,2	0,0	0,0
Integrationsgesetz		–0,2	0,2
insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)[c]	–10,2	–7,7	–1,9
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	–0,3	–0,2	–0,1
nachrichtlich: Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration (Mrd. Euro gegenüber 2015)	9,6	9,8	10,1

[a] Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). [b] investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag sowie zusätzliche Investitionen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsfonds und des Investitionspakets, zusätzliche Mittel für den Ausbau der Kindertagesbetreuung. – [c] Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; eigene Berechnungen und Schätzungen.

mensteuertarifs zum Abbau der kalten Progression zu erhöhen. Auch das Kindergeld soll zum 1. Januar 2017 erneut angehoben werden.[8] Im Unternehmenssektor werden die Betreiber von Kernkraftwerken entlastet, weil die Kernbrennstoffsteuer ab dem Jahr 2017 nicht mehr erhoben wird. Staatliche Mehrausgaben ergeben sich aus den Reformen im Bereich der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Zudem werden die öffentlichen Investitionen durch verschiedene investive Maßnahmen mehr und mehr angeregt.[9] Dämpfend wirkt im Jahr 2017 insbesondere die Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte, die der Finanzierung der Mehrausgaben im Rahmen des zweiten Pflegestärkungsgesetzes dient.

[8] In dieser Prognose ist unterstellt, dass in den Jahren 2017 und 2018 nicht nur die verfassungsmäßig gebotene Anhebung von Grund- und Kinderfreibetrag, sondern auch eine Erhöhung des Kindergeldes sowie eine Verschiebung der Tarifeckwerte bei der Einkommensteuer um 0,73% im Jahr 2017 und um 1,65% im Jahr 2018 erfolgt.

[9] Hierzu zählen vor allem die investiven Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag (u. a. zusätzliche Investitionen in Verkehrsinfrastruktur, Städtebau, Kindertagesbetreuung, Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen), das 10-Milliarden-Euro-Investitionspaket sowie zusätzliche Investitionen im Rahmen der Förderung finanzschwacher Kommunen.

Alles in allem beläuft sich der expansive finanzpolitische Impuls im Jahr 2017 auf 0,2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle 9).[10]

Im Jahr 2018 schwenkt die Finanzpolitik, nach derzeitigem Stand, auf einen nahezu konjunkturneutralen Kurs ein.[11] Zwar ist eine nochmalige Erhöhung von Grund- und Kinderfreibetrag sowie eine weitere Verschiebung der Tarifeckwerte bei der Einkommensteuer geplant, und auch das Alterseinkünftegesetz wirkt erneut entlastend. Auch die verabschiedeten zusätzlichen investiven Maßnahmen liefern im Jahr 2018 nochmals Impulse. Dämpfend wirkt dagegen der Wegfall von Altkapitalerstattungen bei der Körperschaftsteuer, die bisher im Rahmen des Übergangs vom Anrechnungs- zum Teileinkünfteverfahren gewährt wurden. Zudem ist in dieser Prognose unterstellt, dass der Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2018 um 0,1 Prozentpunkte auf 1,2% angehoben wird.

Der strukturelle Primärsaldo verringert sich im Jahr 2017 um 0,3 Prozentpunkte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Dies bestätigt die leicht expansive Ausrichtung der Finanzpolitik. Im Jahr 2018 verringert sich der strukturelle Primärsaldo kaum mehr; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt beträgt der Rückgang 0,1 Prozentpunkt.[12] Damit ist die Finanzpolitik, nach der derzeit geltenden Gesetzeslage, auch nach diesem Indikator im Jahr 2018 nahezu konjunkturneutral ausgerichtet.

Beschäftigungsaufbau wird schwächer

Infolge der recht schwachen Zunahme der Produktion nahm die Zahl der Erwerbstätigen im dritten Quartal des Jahres 2016 nur um 23 000 Personen bzw. 0,1% gegenüber dem Vorquartal zu, nachdem bereits im Vorquartal eine Abschwächung des Beschäftigungsaufbaus zu beobachten war. Einen spürbaren Beschäftigungszuwachs gab es nur im Bereich Öffentliche Dienstleister, Verteidigung, Sozialversicherung, Erziehung, Unterricht. Dazu dürfte auch der zusätzliche Arbeitskräftebedarf im Zuge der Fluchtmigration beigetragen haben. Das Arbeitsvolumen ging um 0,5% zurück. Dabei spielt allerdings ein Basiseffekt eine Rolle, da im zweiten Quartal drei Arbeitstage mehr zur Verfügung standen und das Arbeitsvolumen mit 1,0% ausgesprochen kräftig gestiegen war.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig (SV-pflichtig) Beschäftigten stieg im dritten Quartal saisonbereinigt nur um 0,1%. In einigen Bereichen wie beispielsweise im Verarbeitenden Gewerbe, im Handel sowie bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern wurde Personal sogar abgebaut. Gegenüber dem Vorjahr nahm die SV-pflichtige Beschäftigung um 485 000 Personen bzw. 1,6% zu. Davon waren knapp zwei Fünftel Vollzeitstellen. Etwa zwei Drittel der Zunahme der SV-pflichtigen Beschäftigung entfiel auf Ausländer.[13] Die geringfügige Beschäftigung nahm mit 39 000 bzw. 0,8% ab. Bei der selbstständigen Beschäftigung hat sich der seit dem Jahr 2012 zu beobachtende Rückgang fortgesetzt. Zu vermuten ist, dass der Rückgang vor allem durch Solo-Selbstständige[14] bedingt ist, deren Chancen auf eine SV-pflichtige Beschäftigung wegen der günstigen Arbeitsmarktlage gut sind.[15]

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging saisonbereinigt bis zuletzt zurück. Im dritten Quartal 2016 lag diese um 19 000 Personen unter dem Stand des Vorquartals. Der Rückgang wäre ohne die nunmehr steigende Zahl von arbeitslosen Personen im Kontext von Fluchtmigration noch kräftiger gewesen (vgl. Kasten 4). Im Gegensatz zur registrierten Arbeitslosigkeit nahm die Unterbeschäftigung im dritten Quartal um 36 000 Personen gegenüber dem Vorquartal zu.[16]

Das Erwerbspersonenpotenzial hat weiter stark zugenommen. Dies ist zum einen auf die hohe Nettozuwanderung und zum anderen auf die steigende Erwerbsbeteiligung zurückzuführen. Zwar liegen zur Nettozuwanderung bisher nur Informationen bis Ende 2015 vor. Man kann jedoch davon ausgehen, dass die

[10] Für die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen dürften aufgrund der stark rückläufigen Fluchtmigration ab dem Jahr 2017 keine nennenswerten zusätzlichen Ausgaben mehr anfallen.

[11] Aufgrund der im Herbst 2017 anstehenden Bundestagswahl sind Aussagen zur Ausrichtung der Finanzpolitik im Jahr 2018 mit großen Unsicherheiten behaftet.

[12] Bei dieser Rechnung wurde der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo um Einmaleffekte aus der Versteigerung von Funkfrequenzen bereinigt. Im Jahr 2017 erhöhen diese den Finanzierungssaldo um 3,8 Mrd. Euro, im Jahr 2018 um 0,2 Mrd. Euro.

[13] Vgl. *Bundesagentur für Arbeit:* Hintergrundinformation: Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt. Nürnberg, November 2016, 17.

[14] Unter Solo-Selbstständige werden Selbstständige ohne weitere Mitarbeiter verstanden. Im Jahr 2014 – neuere Daten liegen noch nicht vor – waren 5,4% aller Erwerbstätigen zwischen 15 und 64 Jahren Solo-Selbstständige. Vgl. *Statistisches Bundesamt:* Qualität der Arbeit, 2015, 46.

[15] Vgl. *Fuchs, J.; Gehrke, B.; Hummel, M.; Hutter, C.; Klinger, S.; Wanger, S.; Weber, E.; Weigand, R.; Zika, G.:* IAB-Prognose 2016/2017: Arbeitslosigkeit sinkt weiter, in: IAB-Kurzbericht 20/2016, 5 f. – *Kreß, F.; Weber, E.:* Warum sinkt die Zahl der Selbstständigen?, in: Wirtschaftsdienst, Jg. 96 (9), 2016, 696-698.

[16] Zu den Unterbeschäftigten gehören neben den registrierten Arbeitslosen auch die Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Beim Konzept der Unterbeschäftigung wird angenommen, dass ohne den Einsatz dieser Maßnahmen die Arbeitslosenzahl entsprechend höher ausfallen würde. In der hier verwendeten Abgrenzung sind bei den Unterbeschäftigten die Kurzarbeiter nicht eingerechnet. Vgl. hierzu auch *Bundesagentur für Arbeit:* Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Nürnberg, Mai 2009, 19 ff., sowie Weiterentwicklung des Messkonzepts der Unterbeschäftigung. Nürnberg 2011.

Kasten 4

Erweiterte Darstellung der Fluchtmigration in der Arbeitsmarktstatistik

Die Bundesagentur für Arbeit hat – beginnend im Juni 2016 – die Darstellung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarktstatistiken erweitert. Auf der Grundlage des Aufenthaltsstatus werden dabei Asylbewerber, anerkannte Schutzberechtigte und geduldete Ausländer zur Gruppe *Personen im Kontext von Fluchtmigration* zusammengefasst.[a] Dies erlaubt eine genauere Berichterstattung über Flüchtlinge in der Statistik der Arbeitslosen und Arbeitssuchenden sowie in der Förder-, der Grundsicherungs- und der Ausbildungsstatistik. Zudem werden für die Personen im Kontext von Fluchtmigration verschiedene Merkmale wie beispielsweise Schulbildung, Berufsausbildung und Anforderungsniveau des Zielberufs erhoben. In Tabelle 10 sind die Anteile der Flüchtlinge für ausgewählte Arbeitsmarktindikatoren enthalten.[b]

Tabelle 10

Arbeitsmarktindikatoren im Kontext von Fluchtmigration

	insgesamt	*davon:* Fluchtmigration	
	1000 Personen	1000 Personen	Anteil in %
Arbeitssuchende[a]	4 770	406	8,5
Arbeitslose[a]	2 532	160	6,3
SGB II	1 776	129	7,2
SGB III	756	31	4,1
Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen[b]	814	62	7,6
darunter:			
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	215	48	22,1
Ein-Euro-Jobs[c]	93	3	3,2
Bewerber für Berufsausbildungsstellen insgesamt[d]	548	10	1,9

[a] Stand: November 2016. – [b] Stand: August 2016. – [c] Einschließlich Förderung von Arbeitsverhältnissen. – [d] Stand: September 2016.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Darstellung des IWH.

In der Beschäftigtenstatistik sind derartige Auswertungen zu den beschäftigten Personen im Kontext von Fluchtmigration nicht möglich, weil in den Arbeitgebermeldungen zur Sozialversicherung, die die Grundlage der Beschäftigtenstatistik darstellen, keine Informationen zum Aufenthaltsstatus enthalten sind.[c] Deshalb kann die Zahl der beschäftigten Personen im Kontext von Fluchtmigration nur aus der Entwicklung der beschäftigten Personen mit einer Staatsangehörigkeit aus den zugangsstärksten Asylherkunftsländern abgeschätzt werden. Dabei wird unterstellt, dass Veränderungen in der Zahl der Beschäftigten[d] aus den acht zugangsstärksten Asylherkunftsländern[e] „plausibel im Zusammenhang mit der aktuellen Migration"[f] gesehen werden können. Im September 2016 waren aus diesen Asylherkunftsländern 163 000 Personen beschäftigt. Dies waren 47 000 Personen mehr als im Jahr zuvor. Der Anteil der Beschäftigten aus den Asylherkunftsländern an den Beschäftigten insgesamt betrug 0,4%.

[a] Vgl. *Bundesagentur für Arbeit:* Geflüchtete Menschen in den Arbeitsmarktstatistiken – Erste Ergebnisse. Nürnberg, Juni 2016. – [b] Vgl. hierzu auch *Bundesagentur für Arbeit:* Migrations-Monitor Arbeitsmarkt: Personen im Kontext von Fluchtmigration. Nürnberg, November 2016. – [c] Vgl. ebenda, 4. – [d] Zu den Beschäftigten zählen hier die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie die ausschließlich geringfügig Beschäftigten. – [e] Zu den acht zugangsstärksten Asylherkunftsländern gehören: Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien. Vgl. *Bundesagentur für Arbeit:* Hintergrundinformation: Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt. Nürnberg, November 2016, 4. – [f] Vgl. ebenda, 4.

Nettozuwanderung auch im Jahr 2016 sehr hoch war. Dies ist vor allem auf die anhaltend hohe Zuwanderung von Personen aus den EU-Staaten sowie von Flüchtlingen zurückzuführen. Allerdings wird wegen des drastischen Rückgangs der Flüchtlingszahlen die Nettozuwanderung insgesamt nicht mehr so hoch ausfallen wie im Jahr 2015. Neben der starken Zuwanderung resultiert der Zuwachs des Erwerbspersonenpotenzials auch aus der steigenden Erwerbsbeteiligung. Dies betrifft vor allem ältere Personen. Betrachtet man die Erwerbsbeteiligung über den Zeitraum von 2010 – dem Jahr unmittelbar nach der Krise – bis zum ersten Halbjahr 2016, so zeigt sich folgendes Bild: Die Erwerbsbeteiligung der Frauen im Alter von 60 bis 64 Jahren stieg von 36,2% im Jahr 2010 auf 53,6% im ersten Halbjahr 2016. Bei Männern nahm sie von 54,4% auf

64,4% zu.[17] Diese Zunahme der Erwerbsbeteiligung in dieser Altersgruppe ist insbesondere vor dem Hintergrund der Mitte des Jahres 2014 eingeführten abschlagsfreien Rente ab 63 bemerkenswert.[18]

Im Gefolge der wieder kräftigeren Zunahme der Produktion nahm im vierten Quartal 2016 die Zahl der Erwerbstätigen um 52 000 Personen zu (vgl. Abbildung 17). Die registrierte Arbeitslosigkeit ging im vierten Quartal 2016 erneut leicht zurück.[19] Im Jahresdurchschnitt stieg die Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr um etwa 440 000 Personen bzw. 1,0% (vgl. Tabelle 11). Die registrierte Arbeitslosigkeit lag um 102 000 Personen unter dem Vorjahreswert. Die – auf die Erwerbspersonen bezogene – Arbeitslosenquote lag bei 5,8%.

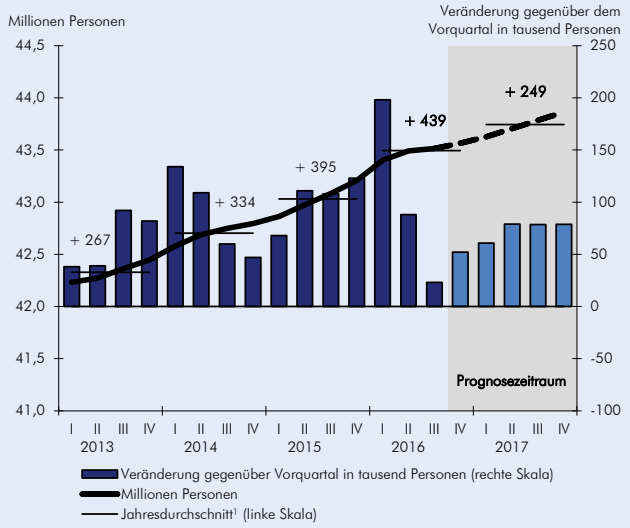
Im Verlauf des Jahres 2017 wird die Beschäftigung wegen der positiven Entwicklung der Produktion sowie der großen Zahl von offenen Stellen[20] weiter zunehmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die zuwanderungsbedingte Ausweitung des Arbeitsangebots.[21] Im Jahresdurchschnitt 2017 dürfte die Zahl der Erwerbstätigen um knapp 260 000 Personen bzw. 0,6% zunehmen. Dabei wird der Anstieg der SV-pflichtigen Beschäftigung erneut deutlich über der Zunahme der Erwerbstätigkeit liegen. Die Jahresarbeitszeit der Erwerbstätigen wird wie im Vorjahr abnehmen. Dabei resultiert der Rückgang vor allem aus einem negativen Arbeitstageeffekt.[22] Insgesamt stehen im Jahr 2017 drei Arbeitstage weniger zur Verfügung. Im Verlauf des Jahres 2017 dürfte die Arbeitslosigkeit steigen, da dann die Zahl der arbeitslos registrierten Flüchtlinge deutlich zunehmen dürfte. Die Arbeitslosenquote wird im Jahr 2017 bei 5,8% und im Jahr 2018 bei 6,1% liegen. Das Erwerbspersonenpotenzial wird im Prognosezeitraum weiter deutlich steigen.[23]

Bei der Prognose muss beachtet werden, dass die Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit und der Erwerbstätigkeit in hohem Maße von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beeinflusst werden dürfte: Sollten Asylbewerber verstärkt durch Maßnahmen wie beispielsweise Ein-Euro-Jobs gefördert werden, wird der Anstieg der Arbeitslosigkeit geringer ausfallen, da Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht zu den registrierten Arbeitslosen zählen. Zudem zählen Teilnehmer in einigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (z. B. Ein-Euro-Jobs) als Erwerbstätige, sodass bei einer Ausweitung derartiger Maßnahmen auch die Zahl der Erwerbstätigen beeinflusst wird.

Abbildung 17

Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2016: Prognose des IWH.

[17] Vgl. hierzu: http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=lfsq_ergan&lang=de.

[18] Vgl. *Bundesagentur für Arbeit:* Hintergrundinformation – Auswirkungen der Rente ab 63 Jahren nach langjährigen Beitragszeiten auf den Arbeitsmarkt. Nürnberg, November 2015.

[19] Die Teilkomponente Arbeitslosigkeit des IAB-Arbeitsmarktbarometers für den Monat November signalisiert für die nächsten drei Monate eine leicht sinkende Arbeitslosigkeit. Dieser Indikator beruht auf den Erwartungen der lokalen Arbeitsagenturen zur kurzfristigen Entwicklung der Arbeitslosigkeit und wird seit Oktober 2013 monatlich veröffentlicht. Vgl. *IAB:* IAB-Arbeitsmarktbarometer: Arbeitslosigkeit sinkt bis in Jahr 2017. Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 28.11.2016.

[20] Darauf weisen verschiedenen Indikatoren hin: Nach Angaben des IAB gab es im dritten Quartal des Jahres 2016 in Deutschland 961 000 offene Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Dies waren 9,3% mehr als im Vorjahresquartal. Vgl. *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg (IAB):* IAB-Stellenerhebung: Neun Prozent mehr Stellen als ein Jahr zuvor. Pressemitteilung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 8.11.2016. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit lag im November 2016 zwar um einen Prozentpunkt unter dem Vormonatswert; die Grundtendenz ist jedoch weiter stark aufwärtsgerichtet. Vgl. *Bundesagentur für Arbeit:* Der BA-X im November 2016: Kräftenachfrage weiterhin auf hohem Niveau. Der Bestand der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Arbeitsstellen ist saisonbereinigt um 0,4% gegenüber dem Vormonat gestiegen. *Bundesagentur für Arbeit:* Saisonbereinigte Daten. Das ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands (inklusive des Dienstleistungsgewerbes) war im November 2016 ebenfalls gestiegen. Vgl. *ifo München:* Deutsche Firmen suchen immer mehr Mitarbeiter. November 2016.

[21] In der Prognose des IWH ist für das Jahr 2016 eine Nettozuwanderung von ca. 700 000, für 2017 von 460 000 und für das Jahr 2018 von 350 000 Personen unterstellt. Zudem wird angenommen, dass die Zahl der im EASY-Verfahren registrierten Flüchtlinge im Jahr 2017 120 000 und im Jahr 2017 100 000 betragen wird. Im Jahr 2016 waren es noch 320 000 Personen.

[22] Vgl. *Fuchs, J. et al.,* a. a. O., 8 ff.

[23] Nach Schätzungen des IAB wird das Erwerbspersonenpotenzial im Jahr 2017 um 360 000 Personen zunehmen, im Jahr 2016 waren es 380 000 Personen. Vgl. *Fuchs, J., et al.,* a. a. O., 7 f.

Tabelle 11
Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2015 und 2016

	2015	2016	Veränderung	
			1 000 Personen	in %
Arbeitnehmer	38 721	39 197	476	1,2
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30 822	31 369	547	1,8
geförderte[a]	94	108	14	14,9
nicht geförderte	30 728	31 261	533	1,7
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 856	4 806	−50	−1,0
Ein-Euro-Jobs (Variante: Mehraufwandsentschädigung)	95	89	−6	−6,3
sonstige	2 948	2 933	−15	−0,5
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	4 336	4 299	−37	−0,9
geförderte Selbstständigkeit	32	30	−2	−6,3
Gründungszuschuss	26	25	−1	−3,8
Leistungen zur Eingliederung von Selbstständigen	3	3	0	0,0
Einstiegsgeld (Variante: Selbstständigkeit)	3	2	−1	−33,3
nicht geförderte Selbstständigkeit	4 304	4 269	−35	−0,8
Erwerbstätige (Inland)	43 057	43 496	439	1,0
darunter:				
staatlich subventionierte Erwerbstätige	309	312	3	1,0
geförderte Erwerbstätige[b]	221	227	6	2,7
Kurzarbeit	88	85	−3	−3,4
ungeförderte Erwerbstätigkeit	42 748	43 184	436	1,0
nachrichtlich: Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland)	0,7	0,7		

[a] Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger sozialversicherungspflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss nach § 16e SGB II; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen; Ein-Euro-Jobs (Entgeltvariante). – [b] Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Ein-Euro-Jobs (Variante: Mehraufwandsentschädigung) sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2016: Prognose des IWH.

Moderate Lohnsteigerungen halten an

Die Tarifverdienste sind im Jahr 2016 weniger kräftig gestiegen als im Jahr zuvor. Nachdem in der zweiten Jahreshälfte 2015 der Tariflohnanstieg noch bei 2½% lag, konnte dieser im ersten Halbjahr 2016 die Zwei-Prozent-Marke nur gerade noch überspringen. In dieser Größenordnung dürfte sich auch der weitere Anstieg der Tariflöhne bis zum Ende des Jahres 2017 bewegen, da die niedrigen Tarifanhebungen aus zweiten Stufen früherer Lohnrunden, aber auch die vorwiegend eher moderaten aktuellen Tariflohnabschlüsse den Lohnanstieg drücken. Zudem wurden wieder häufiger Nullmonate vereinbart, in denen es noch keine Tariflohnerhöhung gibt. So wurden zuletzt beispielsweise im Bankengewerbe fünf Nullmonate vereinbart, danach ein Tariflohnanstieg um 1,5%, auf den der nächste Lohnanstieg in Höhe von 1,1% erst nach 14 Monaten folgt.[24]

Alles in allem dürften sich bei den Tarifverhandlungen sowohl der bislang noch niedrige Verbraucherpreisanstieg als auch die aktuelle allgemeine und die branchenspezifische Wirtschaftslage niedergeschlagen haben. All dies dürfte in den Jahren 2016 und 2017 zu einem Tariflohnanstieg von jeweils 2,1% führen. Auch danach deuten die bisherigen Lohnabschlüsse, die bis in das Jahr 2018 laufen, auf einen weiterhin moderaten Tariflohnanstieg hin.

Der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten, der im zweiten Quartal 2016 etwas an Fahrt verloren hatte, legte im dritten Quartal wieder stärker zu. Insgesamt stiegen die Effektivlöhne je Beschäftigten im Jahr 2016 um 2,4%. Sie nahmen damit etwas schneller zu als die Tariflöhne. Angesichts der guten Konjunktur dürften die Löhne im Verlauf des Prognosezeitraums kräftiger zulegen. Dem entgegen wirkt die dann stärker wirksam werdende Integration Geflüchteter in den

[24] Insgesamt läuft der Tarifvertrag der Banken über 33 Monate und drei Erhöhungsstufen: nach fünf Nullmonaten (Mai bis September) 1,5/1,1/1,1% Erhöhung ab 01.10.16/01.01.18/01.11.18, Laufzeit bis 31.01.19. http://www.boeckler.de/wsi-tarifarchiv_62039.htm#cont_66398.

Arbeitsmarkt, von denen wohl viele eher geringere Löhne zu Beginn ihrer Beschäftigung in Deutschland bekommen dürften. Insgesamt werden die Effektivlöhne im Jahr 2017 etwas stärker als im Jahr zuvor zulegen, im Jahr 2018 steigen sie dann nochmals um 2,7%.

Mit Beginn des Jahres 2017 beträgt der gesetzliche Mindestlohn 8,84 (zuvor 8,50) Euro pro Stunde. Damit steigt der Mindestlohn (+4,0%) kräftiger als der Durchschnitt der Stundenlöhne im Jahr 2017, der bei 2,7% liegt. Die Stundenlöhne dürften auch insgesamt im Vergleich zu den Effektivlöhnen je Beschäftigten deutlich schneller steigen, da im kommenden Jahr weniger Arbeitstage anfallen, jedoch zumeist feste Monatsverdienste gezahlt werden. Auch im Jahr 2018 werden die Stundenlöhne wohl nochmals ähnlich schnell zulegen. Die Lohnstückkosten sind im Jahr 2016 um 1,4% gestiegen und werden in den beiden Jahren danach wohl um 1,8% und 1,7% zunehmen.

Ausfuhren zum Jahresende wieder aufwärtsgerichtet

Die Ausfuhren stiegen in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres kalender- und saisonbereinigt kräftig an, während sie im dritten Quartal leicht rückläufig waren. Die Einfuhren legten ab dem zweiten Quartal deutlich schwächer zu als die Ausfuhren, im dritten Quartal belebten sie sich kaum. Die verhaltenere Entwicklung der Warenexporte im dritten Quartal ist Ausdruck schwächer gestiegener Warenlieferungen (Spezialhandel) vor allem ins nichteuropäische Ausland. Insbesondere nach Südostasien, in den Nahen Osten sowie in die Vereinigten Staaten wurden in den Sommermonaten weniger Waren exportiert. Ihre Schwäche überwunden haben hingegen die Ausfuhren nach China und Japan, aber auch in Schwellenländer wie Russland und Brasilien. Die Exporte in die Länder der Europäischen Union legten weiter zu, allerdings mit geringerer Dynamik. Überdurchschnittlich stark waren die Ausfuhrzuwächse in die Niederlande, nach Frankreich und Italien, Deutschlands wichtige europäische Handelspartner, ebenso nach Spanien und nach Portugal, wohingegen nach Großbritannien ein moderater Rückgang zu verzeichnen war. Der Außenhandel hat die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts zuletzt rechnerisch gedämpft, nachdem sein Beitrag noch im ersten Halbjahr positiv war.

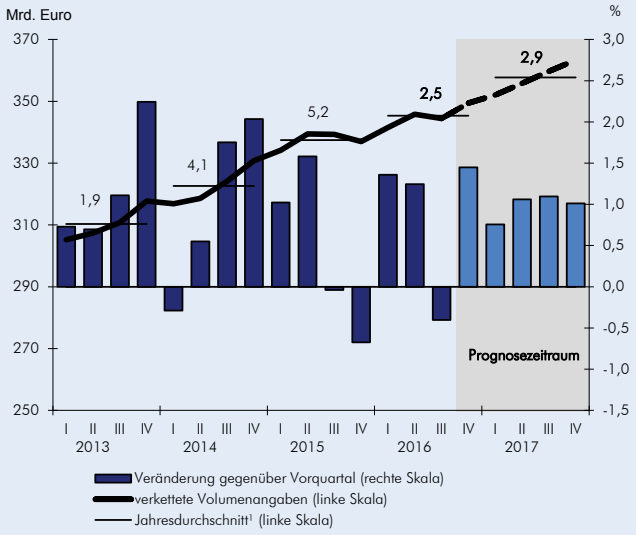
Für die nächsten Monate deuten die Auftragseingänge für das Verarbeitende Gewerbe auf eine wieder kräftigere Ausweitung der Exporte hin. Der Index der Auftragseingänge aus dem Ausland ohne Berücksichtigung von Großaufträgen ist sowohl in den Monaten des 3. Quartals als auch im Oktober stark gestiegen. Während im Juli und im August ein deutlicher Anstieg für Aufträge aus dem Euroraum zu verzeichnen war, haben sich im September und im Oktober die Auftragseingänge aus Drittstaaten deutlich verbessert. Die Abwertung des Euro im Herbst stützt die Wettbewerbsfähigkeit. Vor allem wegen der kräftigen Ausfuhren im ersten Halbjahr dürfte der Exportzuwachs im Jahr 2016 2,5% betragen (vgl. Tabelle 12 und Abbildung 18). Zum Jahresende 2016 dürften die Exporte unterstützt durch die Belebung der Weltkonjunktur wieder anziehen; sie werden ihr Tempo im weiteren Prognosezeitraum in etwa halten.

Tabelle 12
Indikatoren zur Außenwirtschaft

	2015	2016	2017	2018
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	5,2	2,5	2,9	4,0
Importe, real	5,5	3,2	4,4	5,0
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Exporte, nominal	46,8	45,9	46,6	47,5
Importe, nominal	39,2	38,1	39,1	40,2
	Außenbeitrag			
Mrd. Euro, nominal	229,5	244,4	238,4	241,5

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2016: Prognose des IWH.

Abbildung 18
Reale Exporte
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2016: Prognose des IWH.

Die Einfuhren profitieren zunächst von den im vierten Quartal wieder anziehenden Ausfuhren sowie im weiteren Verlauf 2017 von der sich positiv entwickelnden Binnennachfrage, vor allem im Zuge der anziehenden Ausrüstungsinvestitionen. Im Jahr 2016 werden die Importe mit 3,2% wie auch in den kommenden beiden Jahren etwas stärker steigen als die Exporte. Zu Beginn des Jahres 2017 dürften die Einfuhren dabei kräftiger zulegen und ab der zweiten Jahreshälfte mit in etwa konstantem Tempo expandieren.

Die Terms of Trade werden 2016 nach einer starken Verbesserung zu Jahresbeginn im Durchschnitt nochmals steigen, obwohl sie sich ab dem 2. Quartal zunehmend verschlechtert haben. Im Prognosezeitraum dürften die Ausfuhrpreise wieder etwas stärker als die Einfuhrpreise zulegen, weshalb sich die Terms of Trade in den Jahren 2017 und 2018 weiter leicht verbessern bzw. stagnieren.

Unternehmensinvestitionen: Erholung bei schwacher Grundtendenz

Die Anlageinvestitionen haben nach einer kräftigen Ausweitung im Winterhalbjahr 2015/2016 und einem deutlichen Rückschlag im Frühjahr zuletzt stagniert. Die schwächeren Absatzaussichten im Ausland haben die Investitionstätigkeit der Exportbetriebe und ihrer Zulieferer nochmals gedämpft, auch wenn der Rückgang zuletzt nur noch gering ausfiel. Die Kapazitätsauslastung ist zwar im Verarbeitenden Gewerbe gestiegen, gemessen an den eingegangenen Aufträgen reichten die vorhandenen Kapazitäten aber noch weitgehend aus.[25] Erheblich weniger haben zudem die öffentlichen Haushalte im Sommerhalbjahr investiert; so nahmen die Ausgaben des Staates für Ausrüstungen und Wohnbauten nochmals ab. Zuwächse konnten zuletzt der private Wohnungsbau, die Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie die staatlichen Investitionen in Tief- und sonstige Hochbauten verbuchen.

Im bevorstehenden Winterhalbjahr werden sich die Anlageinvestitionen wohl aus der Verharrung lösen und in eine moderat aufwärtsgerichtete Grundtendenz münden. Nach der Schwäche im Sommerhalbjahr dürfte wieder mehr in Ausrüstungen investiert werden. Die inländischen Auftragseingänge bei den Investitionsgüterproduzenten sind zuletzt zweimal in Folge gestiegen, und die Umsätze der Investitionsgüterhersteller im Inland weisen trotz Stagnation im Oktober auf einen Zuwachs im Schlussquartal hin. Insbesondere die Exportaussichten scheinen sich am aktuellen Rand verbessert zu haben. Die Produktionserwartungen der Unternehmen, die mit ihren starken Schwankungen in den letzten Monaten bei Investitionsentscheidungen wohl mehr zu Buche geschlagen haben als die niedrigen Zinsen, stellen sich ebenfalls wieder günstiger dar.[26] Dies dürfte die Unternehmen veranlassen, geplante, aber zunächst zurückgestellte Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen wieder auf die Tagesordnung zu stellen. Im späteren Prognoseverlauf dürften die Unternehmen angesichts überausgelasteter Kapazitäten, die auch wegen einer guten Konjunktur in den konsum- und unternehmensnahen Dienstleistungsbereichen zu erwarten ist, zudem wieder mehr Erweiterungsinvestitionen tätigen. Neben den niedrigen Zinsen wird dies von steigenden Gewinnerwartungen gestützt. Alles in allem ist die Grundtendenz bis Ende 2018 aber wegen der etwa dem Potenzial entsprechenden Produktionszuwächse als eher moderat zu bezeichnen.

Die Investitionen der Unternehmen in Bauten dürften nach der Sommerflaute gleichfalls zunehmen; dafür sprechen die außerordentlich hohen Auftragsbestände sowohl für gewerbliche Hoch- als auch für Tiefbaubauten. Anregungen kommen dabei von den öffentlichen Förderprogrammen für den Breitbandausbau sowie dem Investitionsprogramm der Deutschen Bahn. Zudem signalisieren die Baugenehmigungen aus den auslaufenden Sommermonaten, dass im späteren Verlauf Impulse von den Dienstleistungsbereichen zu erwarten sind; so wurden zuletzt vor allem vermehrt Baugenehmigungen für Büro- und Verwaltungsgebäude sowie für Handels- und Lagergebäude beantragt.

Die Investitionen in Ausrüstungen nehmen nach schwachen Zuwächsen von lediglich 1,2% und 1% in den Jahren 2016 und 2017 im Jahr darauf wohl mit 3,7% wieder kräftiger zu (vgl. Abbildung 19); bei den gewerblichen Bauten ergibt sich nach einer rückläufigen Entwicklung in den Jahren 2016 und 2017 ein Zuwachs von 2% im Jahr 2018 (vgl. Tabelle 13).[27] Die Investitionen in Forschung und Entwicklung tragen im

[25] Das Übergewicht der Betriebe mit ausreichenden gegenüber denen mit nicht ausreichenden Kapazitäten hat sich im Verarbeitenden Gewerbe inzwischen von 16% im Frühjahr 2016 auf 7% zum Jahresende 2016 zurückgebildet. Außerordentlich hoch bleibt allerdings dieser Saldo mit 23% im gewichtigen Maschinenbau und mit 13% bei den Herstellern von Metallerzeugnissen. Vgl. ifo Konjunkturperspektiven, 10/2016.

[26] Die Streuung der Produktionserwartungen der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes bildet das ifo Unsicherheitsmaß ab. Dieses hat sich nach einer kräftigeren Zunahme in den Sommermonaten zuletzt wieder deutlich zurückgebildet.

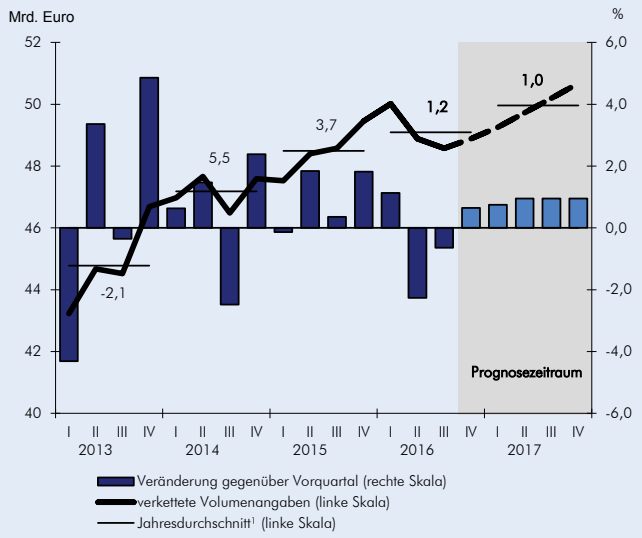
[27] Bereinigt um die geringere Anzahl von Arbeitstagen werden die Investitionen in Ausrüstungen im Jahr 2017 mit 1% etwa ebenso so stark ausgeweitet wie im Jahr 2016, bei den gewerblichen Bauten könnte sich nach der rückläufige Entwicklung im Jahr 2016 ein leichter Zuwachs von 0,2% ergeben.

gesamten Prognosezeitraum mit etwa 0,1 Prozentpunkten zur Expansion des Bruttoinlandsprodukts bei.

Abbildung 19

Reale Investitionen in Ausrüstungen

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2016: Prognose des IWH.

Tabelle 13

Reale Anlageinvestitionen in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2015	2016	2017	2018
Anlageinvestitionen insgesamt	1,7	2,1	1,5	2,8
Ausrüstungen	3,7	1,2	1,0	3,7
sonstige Anlagen	1,9	2,7	2,5	2,6
Bauinvestitionen insgesamt	0,3	2,5	1,6	2,4
Wohnbauten	1,5	3,7	2,5	2,5
Nichtwohnbauten insgesamt	−1,4	0,6	0,1	2,1
gewerbliche Bauten	−1,8	−0,7	−0,8	2,0
öffentliche Bauten	−0,4	3,6	2,2	2,4

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2016: Prognose des IWH.

Aufschwung bei Wohnbauten und öffentlichen Bauten setzt sich fort

Die Baukonjunktur wird vor allem vom florierenden Wohnungsbau und von kräftigen Bauinvestitionen des Staates getrieben. Im Wohnungsbau haben sich außergewöhnlich hohe Auftragsbestände angestaut, auch wenn der Zufluss neuer Aufträge zuletzt eher zögerlich verlief. In der Zeit von Jahresmitte 2015 bis Februar 2016 ist es zu sehr hohen Zuwächsen bei den Baugenehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser gekommen.[28] Ein Großteil dieser Bauprojekte dürfte nun noch als Bestände auf ihre Überleitung in die Bauphase warten. Für eine fortgesetzt gute Wohnungsbaukonjunktur sprechen auch die günstigen Rahmenbedingungen von Seiten des Arbeitsmarkts, der real verfügbaren Einkommen und der historisch niedrigen Zinsen, wodurch Wohneigentum trotz gestiegener Kaufpreise im Schnitt immer noch erschwinglich ist. Darüber hinaus führt die schwache Wohnungsausweitung in der Vergangenheit und die erhebliche Zuwanderung in den vergangenen Jahren zu einer Renaissance des Mehrfamilienhausbaus. So spielen Mietwohnungsneubau, Ausbau und Modernisierung des vorhandenen Wohnungsbestandes bzw. Umbau von gewerblichen Gebäuden in Wohngebäude eine zunehmende Rolle, nicht zuletzt auch weil sie als Anlageobjekte für Investoren attraktiv sind. Die zeitliche Umsetzung der Investitionspläne dürfte aber stark von den Kapazitäten des Baugewerbes und bei Neubau von der Baulandbereitstellung und -erschließung abhängen. In der vorliegenden Prognose ist deshalb eine zeitliche Streckung anstehender Wohnungsbaumaßnahmen bis in das Jahr 2018 unterstellt, die mit deutlich anziehenden Baupreisen einhergeht. Alles in allem steigen die Wohnungsbauinvestitionen im Jahr 2016 um 3,7%, in den Jahren 2017 und 2018 dürfte der Zuwachs bei etwa 2½% liegen.

Der öffentliche Bau bleibt im Prognosezeitraum aufwärtsgerichtet. Die Auftragsbestände sind bis zuletzt gestiegen und befinden sich auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Die zeitlich weiter reichenden Baugenehmigungen für öffentliche Hochbauten sind zuletzt ebenfalls gestiegen. Die von der Bundesregierung bereits seit längerem eingeleiteten Maßnahmen zum Ausbau von Bildungseinrichtungen und der Verkehrsinfrastruktur sowie zur Förderung der Investitionstätigkeit finanzschwacher Kommunen kommen immer stärker zum Tragen. Erste Impulse dürften auch von dem ab dem Jahr 2016 wirkenden Investitionspaket ausgehen, das auf die Schwerpunkte Verkehrsinfrastruktur, digitale Infrastruktur, Energieeffizienz, Klimaschutz und Städtebauförderung ausgerichtet ist. Alles in allem dürfte es nach der Investitionsschwäche im Jahr 2015 nun zu einem kräftigen Zuwachs der öffentlichen Bauinvestitionen von 3,6% im Jahr 2016 sowie von 2,2% bzw. 2,4% in den beiden Folgejahren kommen.

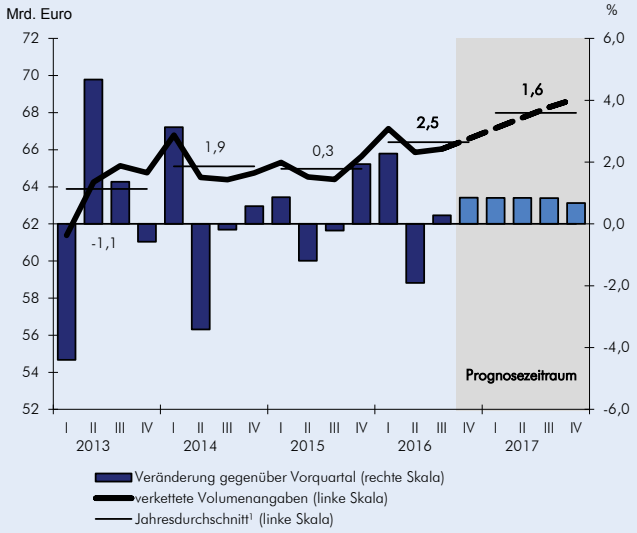
[28] Der Anstieg dürfte zu einem Teil der Verschärfung der Energiesparverordnung im Jahr 2016 zuzurechnen sein. Mit den vorgezogenen Baugenehmigungen sichern sich Bauherren die alte, kostengünstige Bauweise.

Insgesamt werden die Bauinvestitionen nach der Stagnation im Jahr 2015 um 2,5% zunehmen, auch in den Jahren 2017 und 2018 werden die Zuwächse mit 1,6%[29] bzw. 2,4% kräftig bleiben (vgl. Abbildung 20).

Abbildung 20

Reale Bauinvestitionen

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2016: Prognose des IWH.

Anziehende Preise dämpfen privaten Konsum

Der Konsum der privaten Haushalte nahm im dritten Quartal 2016 mit 0,4 % kräftiger zu als im Vorquartal. Vor allem am Anfang des Quartals stiegen die Umsätze im Einzelhandel kräftig, denn hier gab es eine mit 4½% außergewöhnlich kräftige Rentenanpassung und eine Nachzahlung im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen aufgrund einer Tariflohnerhöhung. Auch dürften wohl die im Durchschnitt der Bundesländer etwas früher beginnenden Schulferien die Kauflust der privaten Haushalte gesteigert haben. Im Verlauf des dritten Quartals zogen dann auch die Kfz-Umsätze deutlich an. Für das vierte Quartal deuten die Kfz-Neuzulassungen im Oktober und November auf eine leichte Dämpfung hin. Die Einzelhandelsumsätze sind im Oktober hingegen auf Allzeithoch gestiegen. Dies spiegelt sich nur zum Teil in der Einschätzung der befragten Konsumenten in der GfK-Konsumklimastudie wider, die ihre Einkommensaussichten im Sommer als sehr positiv einschätzten und dementsprechend auch eine hohe Anschaffungsneigung bekundeten, jedoch im Oktober und November etwas pessimistischer urteilten. Damit dürfte der private Verbrauch im vierten Quartal wohl mit der gleichen Rate wie im Vorquartal ausgeweitet werden.

Letztlich dürften die nach wie vor positiven Einkommens- und Arbeitsmarktperspektiven den Konsum der privaten Haushalte weiterhin günstig beeinflussen, wenngleich weniger kräftig als in den Jahren zuvor. So stiegen die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten im Jahr 2016 unter anderem durch die geringeren Tariflohnabschlüsse nur noch mit 2,4% (2,7% im Jahr 2015). Mit der Erhöhung des flächendeckenden Mindestlohns zu Beginn des Jahres 2017 ziehen die Stundenlöhne im Niedriglohnbereich kräftiger an als im Durchschnitt aller Bereiche. Alles in allem dürften die effektiven Monatslöhne durch eine tendenzielle Verknappung am Arbeitsmarkt und ein dem entgegenwirkendes zusätzliches Arbeitsangebot durch die Fluchtmigration im Jahr 2017 etwas schneller steigen als im Jahr 2016 und danach nochmals anziehen. Die Summe der Bruttolöhne und -gehälter wird im Jahr 2016 um 3,7%, im Jahr 2017 um 3,2% und danach wieder etwas kräftiger zulegen (vgl. Tabelle 14).

Die monetären Sozialleistungen nahmen im Jahr 2016 wie schon im Vorjahr überdurchschnittlich zu. Insbesondere hat die nochmalige kräftige Ausweitung der gesetzlichen Rentenleistungen dazu beigetragen. Auch die ausgezahlten Sozialleistungen infolge der Fluchtmigration dürften zum starken Anstieg der monetären Sozialleistungen geführt haben. In den Jahren 2017 und 2018 werden die monetären Sozialleistungen wohl weiter kräftig zulegen.

Tabelle 14:

Verfügbare Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte[a] in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2015	2016	2017	2018
verfügbare Einkommen, nom.	3,1	2,5	2,6	2,9
darunter:				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	3,6	3,3	3,0	3,2
monetäre Sozialleistungen	3,8	3,1	3,4	3,4
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	1,8	1,8	1,7	1,9
Sparen	6,1	2,8	2,5	2,5
private Konsumausgaben, nominal	2,6	2,5	2,6	2,9
nachrichtlich: Bruttolöhne und –gehälter (Summe)	3,9	3,7	3,2	3,5
Sparquote (in %)	9,7	9,7	9,7	9,7
Preisindex des privaten Konsums	0,6	0,5	1,3	1,4
private Konsumausgaben, real	2,0	1,9	1,3	1,4

[a] Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2016: Prognose des IWH.

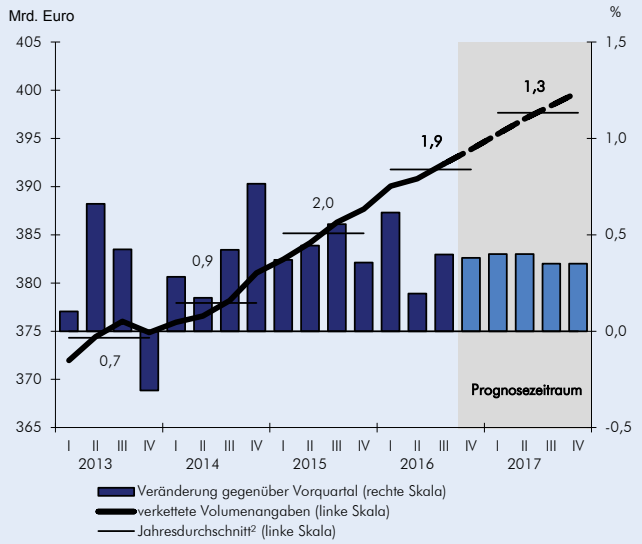
[29] Dieser Zuwachs fällt nur wegen der geringeren Zahl von Arbeitstagen niedriger aus; unter Ausschluss dieser Verzerrung ergäbe sich für das Jahr 2017 mit 2,4% eine vergleichbare Expansion wie in den Jahren 2016 und 2018.

Die Einkommen der Selbstständigen stiegen im Jahr 2016 mit 4,6% nochmals schneller als zuvor (vgl. Anhang: Tabelle Sektorenrechnung), der Rückgang der Vermögenseinkommen durch die niedrigen Zinsen hat sich mittlerweile weiter abgeschwächt; per saldo sind die übrigen Primäreinkommen um 1,8% gestiegen. Im Jahr 2017 werden sie ein wenig langsamer zulegen und sich im Jahr danach wieder beschleunigen, was vor allem an einer stärkeren Zunahme der Selbstständigeneinkommen liegt.

Abbildung 21

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte[1]

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – [2] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2016: Prognose des IWH.

Insgesamt sind die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2016 um 2,5% gestiegen, wobei der Anteil der Erwerbseinkommen und Transfereinkommen zunahm und der Anteil der Vermögenseinkommen weiter zurückging. Im Jahr 2017 werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dann nochmals um 2,6% zunehmen. Im Jahr 2018 dürfte sich der Anstieg mit 2,9% etwas beschleunigen. Die Verbraucherpreisinflation schmälert die Kaufkraft der privaten Haushalte bislang kaum. Im weiteren Verlauf der Jahre 2017 und 2018 dürften die Preise jedoch wieder etwas stärker zunehmen, sodass sich der um die Inflation bereinigte Zuwachs der Verfügbaren Einkommen in etwa halbieren dürfte.

Die Sparquote ist trotz der niedrigen Zinsen relativ konstant geblieben und wird sich auch im Prognosezeitraum wohl nicht verändern. Alles in allem dürfte der private Konsum im Jahr 2016 um 1,9% steigen (vgl. Abbildung 21). In den beiden Folgejahren nimmt er aufgrund der gestiegenen Verbraucherpreise mit 1,2% und 1,4% etwas weniger zu. Damit trägt er einen Prozentpunkt im Jahr 2016 und im Jahr danach 0,7 und 0,8 Prozentpunkte zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bei.

Inflation zieht etwas an

Nachdem die Inflation zu Beginn des Jahres 2016 rückläufig war, nahm sie im Frühjahr des Jahres – auch bedingt durch einen Anstieg der Ölpreise – wieder zu. Nach einer vorübergehenden Abschwächung im Sommer gab es zuletzt wieder etwas kräftigere Preissteigerungen bei Mineralölprodukten im Gefolge der höheren Rohölpreise. Auch Bekleidung und Schuhe verteuerten sich merklich, da die ausgeprägten Preissenkungen vom Sommer rückgängig gemacht wurden. Die Verteuerung der Mieten verstärkte sich leicht. Im November 2016 lag die Inflationsrate bei 0,8%. Insgesamt dürfte die Inflation im Jahr 2016 bei 0,4% liegen.

Mit der Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns um 4% zu Beginn des Jahres 2017 sind weitere Preissteigerungen bei einigen binnenwirtschaftlich orientierten Dienstleistungsbereichen wie der Gesundheitspflege und den Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen zu erwarten.

Damit dürfte die Teuerung in den nächsten Quartalen weiter anziehen. Zudem dürfte der Erdölpreis langsam steigen und die Verbraucherpreise in Deutschland erhöhen. Auch von den anderen Importpreisen ist ein leichter Preisauftrieb zu erwarten. Alles in allem werden die Verbraucherpreise im Jahr 2016 wohl um 0,4% steigen, im Jahr 2017 dann um 1,3% und im Jahr 2018 um 1,5%.

Produktion nimmt robust zu

Das Bruttoinlandsprodukt hat im dritten Quartal 2016 um 0,2% gegenüber dem Vorquartal zugenommen. Der Anstieg der Wertschöpfung lag mit 0,1% etwas niedriger (vgl. Tabelle 15). Der geringe Zuwachs resultierte vor allem aus dem Rückgang der Produktion in einigen Dienstleistungsbereichen. Von dem höheren privaten Konsum profitierte nur der Verkehrsbereich, während die Produktion im Handel und im Gastgewerbe zuletzt rückläufig war. Auch im Grundstücks- und Wohnungswesen sowie bei den Unternehmensdienstleistern ging die Produktion zurück. Hingegen

Tabelle 15

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen[a]

Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

	2016		2017
		Prognose	Prognose
	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,5	0,3
darunter			
Bruttowertschöpfung	0,1	0,5	0,3
darunter			
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	0,4	0,5	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	0,3	0,5	0,2
Energie- und Wasserversorgung	1,5	0,2	0,2
Baugewerbe	0,2	0,5	0,4
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	−0,2	0,5	0,3
Information und Kommunikation	0,3	0,6	0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister	1,0	0,0	0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	−0,3	0,6	0,3
Unternehmensdienstleister	−0,3	0,8	0,4
öffentliche Dienstleister	0,5	0,5	0,3
sonstige Dienstleister	−0,1	0,8	0,5

[a] Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2016: Prognose des IWH.

nahm die Wertschöpfung bei den öffentlichen Dienstleistern kräftig zu. Dazu dürfte auch die Betreuung und Versorgung der Flüchtlinge beigetragen haben. Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich um 0,3%. Dabei konnten die Investitionsgüterproduzenten ihre Produktion leicht ausdehnen, während die Produzenten von Vorleistungs- und Konsumgütern Produktionsrückgänge zu verzeichnen hatten. Die Produktion im Baugewerbe war – wenn auch nur schwach – aufwärtsgerichtet. Vor allem die Produktion im Bauhauptgewerbe nahm infolge der guten Auftragslage deutlich zu.

Im vierten Quartal 2016 dürfte die Produktion wohl wieder kräftiger zugenommen haben.[30] Im Verarbeitenden Gewerbe dürfte die Wertschöpfung um 0,5% gestiegen sein. Zwar gab der ifo Geschäftsklimaindex für das Verarbeitende Gewerbe zuletzt leicht nach, nachdem er drei Monate in Folge gestiegen war. Die Auftragseingänge haben jedoch wieder zugenommen, wobei die Impulse zuletzt sowohl wieder aus dem Inland als auch aus dem Ausland kamen. Die Wertschöpfung im Baugewerbe dürfte deutlich kräftiger steigen als im Vorquartal. Dafür sprechen die positive Entwicklung des ifo Geschäftsklimaindex für das Bauhauptgewerbe sowie die wieder anziehenden Auftragseingänge. Zudem wurde im vierten Quartal die Bauproduktion durch die milde Witterung begünstigt. Die Bruttowertschöpfung im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe dürfte infolge des kräftigen Anstiegs des privaten Verbrauchs zunehmen. Die Unternehmensdienstleister werden wohl von der Expansion des Produzierenden Gewerbes profitieren. Auch die übrigen Dienstleistungsbereiche dürften ihre Leistung ausweiten. Dafür sprechen vor allem die positiven Umfrageergebnisse des ifo Instituts. Alles in allem dürfte die Bruttowertschöpfung im vierten Quartal um 0,5% zunehmen.

Im ersten Quartal des Jahres 2017 wird sich die Dynamik des Produktionswachstums wohl geringfügig verlangsamen. Die Abschwächung resultiert sowohl aus dem Produzierenden Gewerbe als auch aus den Dienstleistungsbereichen. Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe wird aufgrund der dann wieder etwas abflachenden Ausfuhren wohl etwas langsamer zunehmen. Zugleich werden die Impulse, die die Unternehmensdienstleister vom Produzierenden Gewerbe erhalten, wohl etwas schwächer. Im Baugewerbe wird die Pro-

[30] Die Prognose der Bruttowertschöpfung der Hauptwirtschaftsbereiche basiert auf zwei Ansätzen: In der sehr kurzen Frist, d. h. für zwei Quartale, kommen vor allem die Flash-Schätzungen mit kombinierten Einzelindikatorprognosen (Pooling) zum Einsatz. Für die anschließenden Quartale des ersten Prognosejahres erfolgt die Schätzung durch eine Erweiterung des makroökonometrischen Deutschlandmodells des IWH. Zu den Pooling-Ansätzen vgl. *Heinisch, K.; Scheufele, R.:* Bottom-up or Direct? Forecasting German GDP in a Data-rich Environment, in: Empirical Economics, 2016, im Erscheinen. Zur Schätzung der Produktion mit dem makroökonometrischen Deutschlandmodell des IWH. Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH:* Konjunktur aktuell: Binnenwirtschaft trägt Konjunktur in Deutschland, in: IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 2 (1), 2014, 31.

duktion dagegen wohl weiter robust zulegen; die Auftragsbestände sind sehr hoch und zuletzt sogar nochmals kräftig angestiegen, und auch die Baugenehmigungen sind deutlich gestiegen. Im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe wird die Produktion angesichts steigender Einkommen weiter zulegen. Der Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen wird vor allem von der hohen Nachfrage nach Wohnimmobilien profitieren. Dabei spielen auch die öffentlichen und privaten Ausgaben im Zusammenhang mit der Fluchtmigration eine beträchtliche Rolle. Insgesamt wird die Produktion im ersten Quartal des Jahres 2017 um 0,3% steigen.

Öffentliche Finanzen: Haushaltsüberschüsse gehen zurück

Im Jahr 2016 erzielt der deutsche Staat das dritte Jahr infolge einen Haushaltsüberschuss, er dürfte sich auf 0,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt belaufen. Dies ist zum einen der guten Konjunktur geschuldet, die zu einem spürbaren Anstieg der Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen führt und den Zuwachs der monetären Sozialleistungen dämpft. Zum anderen profitiert der deutsche Staat erneut von den günstigen Refinanzierungskonditionen, wodurch sich die Zinsausgaben weiter reduzieren. Die leichte Verschlechterung des Finanzierungssaldos gegenüber dem Vorjahr geht in erster Linie auf den starken Anstieg des Staatsverbrauchs zurück, der vor allem durch die hohe Fluchtmigration bedingt ist.

Im Prognosezeitraum gehen die Haushaltsüberschüsse spürbar zurück. Im Jahr 2017 wird sich der Zuwachs der öffentlichen Einnahmen deutlich verlangsamen. Weil sich der Beschäftigungsaufbau abschwächt, legen die Bruttolöhne und -gehälter verhaltener zu als in den vergangenen Jahren. Dies dämpft den Anstieg des Lohnsteueraufkommens. Zudem wirken hier die Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags sowie die Verschiebung der Eckwerte beim Einkommensteuertarif einnahmemindernd.[31] Insbesondere die gewinnabhängigen Steuern, die im Jahr 2016 sehr kräftig expandierten, werden im Jahr 2017 bei kaum mehr zunehmenden Unternehmensgewinnen deutlich verlangsamt zulegen. Die Einnahmen aus der Kernbrennstoffsteuer, die ab dem Jahr 2017 nicht mehr erhoben wird, entfallen vollständig. Auch die Sozialbeiträge nehmen im Jahr 2017 mit der schwächer expandierenden Lohnsumme weniger zu als im Vorjahr, wenngleich die Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung stabilisierend wirkt. Die empfangenen Vermögenseinkommen des Staates dürften im Jahr 2017 wieder zulegen, insbesondere weil die Gewinnabführung der Bundesbank höher ausfallen wird als im Vorjahr. Auch die staatlichen Verkäufe nehmen nochmals kräftig zu, weil die Haushaltslage vieler Kommunen nach wie vor angespannt ist und diese gezwungen sein werden, Gebühren zu erhöhen. Dagegen gehen die empfangenen Vermögenstransfers, die im Jahr 2016 durch Vorzieheffekte bei der Erbschaftsteuer überzeichnet waren, im Jahr 2017 zurück. Alles in allem erhöhen sich die Einnahmen des Staates im Jahr 2017 um 2,6%, nach 4,1% im Vorjahr.

Auch die öffentlichen Ausgaben werden im Jahr 2017 verlangsamt expandieren. Insbesondere die staatlichen Vorleistungskäufe, die im Jahr 2016 aufgrund der hohen Fluchtmigration kräftig ausgeweitet wurden, legen im Jahr 2017 deutlich langsamer zu. Die sozialen Sachleistungen werden schwächer zunehmen als zuletzt, weil sich zum einen der Zuzug von Flüchtlingen spürbar verringert hat und zum anderen ein immer größerer Teil der Asylbewerber anerkannt wird und vermehrt monetäre Sozialleistungen bezieht. Ausgabesteigernd wirkt sich bei den sozialen Sachleistungen allerdings die zweite Stufe der Pflegereform aus. Die Arbeitnehmerentgelte nehmen im Jahr 2017 etwas weniger zu als im Vorjahr, in dem in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes Personalaufstockungen erfolgt sind. Dagegen werden die monetären Sozialleistungen im Jahr 2017 wieder beschleunigt ausgeweitet. Dies geht zum einen auf die hohe Rentenanpassung zur Mitte des Jahres 2016 zurück, die bis in das erste Halbjahr 2017 hineinwirkt. Zum anderen erhöhen sich mit der zunehmenden Zahl anerkannter Asylbewerber deren Ansprüche auf monetäre Sozialleistungen. Schließlich geht die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2017 nicht mehr zurück. Die Zinsausgaben des Staates werden sich im Jahr 2017 erneut verringern, allerdings in deutlich geringerem Umfang als in den Jahren zuvor. So ist die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen seit Oktober 2016 wieder gestiegen. Die öffentlichen Investitionen nehmen auch im Jahr 2017 nochmals zu, allerdings schwächt sich der Zuwachs etwas ab. Während sich die Dynamik bei den öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen abschwächt, werden die öffentlichen Bauinvestitionen durch die Umsetzung der zusätzlichen investiven Maßnahmen des Bundes sowie die insgesamt verbesserte Finanzlage der Gebietskörperschaften angeregt. Die

[31] In dieser Prognose ist unterstellt, dass der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer zum 1. Januar 2017 auf 8 820 Euro und zum 1. Januar 2018 auf 9 000 Euro angehoben wird; für den Kinderfreibetrag wird von einer Erhöhung auf 4 716,- Euro zum 1. Januar 2017 und auf 4 788 Euro zum 1. Januar 2018 ausgegangen. Zudem ist unterstellt, dass die Tarifgrenzen zum 1. Januar 2017 um 0,73% und zum 1. Januar 2018 nochmals um 1,65% verschoben werden.

Kasten 5:

Zum "Gesamtkonzept zur Alterssicherung" des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom November 2016

Im November 2016 wurde vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) ein „Gesamtkonzept zur Alterssicherung" vorgelegt.[a] Im Wesentlichen sieht das Konzept eine Sicherung des Rentenniveaus, eine Stabilisierung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung, die Einführung eines weiteren Bundeszuschusses zur Gesetzlichen Rentenversicherung („Demografiezuschuss"), eine gesetzliche Solidarrente für Geringverdiener, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, die Angleichung des aktuellen Rentenwerts in Ostdeutschland an den westdeutschen sowie die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge vor. Vereinbart wurde von der Regierungskoalition jedoch lediglich die Angleichung des aktuellen Rentenwerts in Ostdeutschland, die Verbesserungen für Erwerbsgeminderte sowie die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge. Es ist geplant, diese Maßnahmen noch in der laufenden Legislaturperiode umzusetzen. Im Folgenden sollen die vom finanziellen Volumen her umfangreichsten Maßnahmen (Sicherung des Rentenniveaus, Demografiezuschuss in Verbindung mit einer Haltelinie für den Beitragssatz, Angleichung des aktuellen Rentenwerts (Ost) und Solidarrente) näher betrachtet werden.

Ursprünglich galt die Sicherung des Lebensstandards im Alter als Ziel der Gesetzlichen Rentenversicherung. Aufgrund des sich abzeichnenden demografischen Wandels wurde jedoch bereits im Jahr 2001 mit dem Altersvermögens- und dem Altersvermögensergänzungsgesetz ein Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik vollzogen: Um den Anstieg der Beitragssätze und damit die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit zu begrenzen, wurde die Sicherung des Lebensstandards als Ziel der gesetzlichen Rentenversicherung aufgegeben.[b] Stattdessen werden seither bei der jährlichen Rentenanpassung über den Nachhaltigkeitsfaktor demografische Veränderungen berücksichtigt. Zudem wird die private, kapitalgedeckte Altersvorsorge staatlich gefördert.

Aufgrund des demografischen Wandels würde über den Nachhaltigkeitsfaktor das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente, welches das Verhältnis der Standardrente[c] zum durchschnittlichen Jahresarbeitsentgelt angibt, in den kommenden Jahren kontinuierlich sinken.[d] Berechnungen des BMAS zufolge läge, bei Beibehaltung der geltenden gesetzlichen Regelungen, das Sicherungsniveau im Jahr 2030 bei 44,5% und der Beitragssatz würde bis dahin auf 21,8% steigen.[e] Um ein zu starkes Absinken des Sicherungsniveaus zu verhindern, soll dieses nach Plänen des BMAS ab dem Jahr 2028 bei 46% gehalten werden. Zur Gewährung dieses Sicherungsniveaus müsste der Beitragssatz bis zum Jahr 2030 auf 22% und in den Folgejahren darüber hinaus angehoben werden.[f] Um dies zu verhindern, soll der Beitragssatz ab dem Jahr 2030 bei 22% fixiert und dafür ein Demografiezuschuss eingeführt werden. Letzterer wäre, neben dem allgemeinen und dem zusätzlichen, ein weiterer aus Steuern finanzierter Bundeszuschuss an die Gesetzliche Rentenversicherung.

Das Hauptproblem umlagefinanzierter Rentensysteme, nämlich die Anfälligkeit gegenüber demografischen Risiken, wird durch eine steuerfinanzierte Stabilisierung von Rentenniveau und Beitragssatz nicht gelöst. Hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitskosten scheint eine Stabilisierung der Beitragssätze nur auf den ersten Blick vorteilhaft, weil mittelfristig auch die Steuerfinanzierung eine Verringerung der Nettolöhne und -gehälter bedeutet und zu höheren Lohnforderungen und Arbeitskosten führt. Trotz der partiellen Finanzierung über Steuern führt die Fixierung des Sicherungsniveaus zu einem deutlich schnelleren Anstieg des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung als dies bei Beibehaltung des gesetzlichen Status quo ohnehin der Fall wäre. Den Berechnungen des BMAS zufolge läge dieser bei einer Fixierung des Sicherungsniveaus bei 46% im Jahr 2030 um 0,8 Prozentpunkte, im Jahr 2040 bereits um 2 Prozentpunkte höher als bei Verzicht auf diese Maßnahme. Damit würde die kumulierte Beitragsbelastung der Einkommen, ceteris paribus, bis zum Jahr 2040 auf über 45% steigen.[g] Insgesamt beliefen sich die Mehrausgaben der Gesetzlichen Rentenversicherung im Jahr 2030 auf über 10 Mrd. Euro, im Jahr 2040 auf über 25 Mrd. Euro. Eine Einbeziehung Selbstständiger in die Gesetzliche Rentenversicherung würde diese nur kurzfristig entlasten, weil die zusätzlichen Beitragszahler mittel- bis langfristig Rentenansprüche erwerben.

Der Anstieg der Kosten der gesetzlichen Rentenversicherung je Arbeitnehmer kann angesichts des demografischen Wandels nur durch eine kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters begrenzt werden.[h] Die Sicherung des Lebensstandards im Alter wird im Rahmen der gesetzlichen Pflichtversicherung jedoch selbst dann finanziell kaum möglich sein. Die Lücke zwischen gesetzlicher Basisrente und individuellen Ansprüchen an den Lebensstandard kann durch freiwillige Vorsorge geschlossen werden. Dies könnte sowohl innerhalb eines staatlichen Rahmens (z. B. freiwillige Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung), mithilfe von privaten Rentenversicherungsprodukten oder auch durch den Erwerb eines Eigenheims zur Mieteinsparung im Alter geschehen. Staatliche Förderung freiwilliger Altersvorsorge ist grundsätz-

lich sinnvoll, weil die Notwendigkeit langfristig orientierten Sparens für das Alter von großen Teilen der Bevölkerung unterschätzt werden könnte. Grundsätzlich spricht dabei viel für einen Mix aus umlagefinanzierter und kapitalgedeckter Altersvorsorge.

Bereits vereinbart wurde, den aktuellen Rentenwert in Ostdeutschland bis zum Jahr 2025 an den aktuellen Rentenwert in den alten Ländern anzugleichen. Der aktuelle Rentenwert stellt, neben den Entgeltpunkten, die wesentliche Größe zur Berechnung des individuellen monatlichen Rentenanspruchs dar. Er gibt den monatlichen monetären Wert eines Entgeltpunktes in der Gesetzlichen Rentenversicherung an.[i] Isoliert betrachtet scheint eine Angleichung des aktuellen Rentenwerts Ost an den aktuellen Rentenwert West gerechtfertigt. Problematisch ist die Angleichung jedoch in Kombination mit der Hochwertung der ostdeutschen Arbeitsentgelte. Aufgrund der deutlich niedrigeren Arbeitsentgelte in der DDR und den im Vergleich zu Westdeutschland bis heute im Durchschnitt geringeren Arbeitsentgelten in Ostdeutschland ergäbe sich in Ostdeutschland ein geringerer durchschnittlicher Rentenzahlbetrag als in Westdeutschland. Um dies zu verhindern, werden bei der Berechnung der Entgeltpunkte in jedem Kalenderjahr die Arbeitsentgelte in Ostdeutschland auf das durchschnittliche westdeutsche Niveau angehoben. Dies geschieht auch für die Zeit vor der deutschen Vereinigung. Für in den 1980er Jahren in der DDR erzielte Arbeitseinkommen ist der Hochrechnungsfaktor größer als drei.

Bei einer Angleichung des aktuellen Rentenwerts Ost würden ostdeutsche Rentner aufgrund der Hochwertung ihrer Arbeitsentgelte systematisch bessergestellt. Bereits seit den 1990er Jahren liegt der durchschnittliche monatliche Rentenzahlbetrag in Ostdeutschland, bei deutlich geringeren Lebenshaltungskosten, über demjenigen in Westdeutschland.[j] Folglich geht, anders als oft suggeriert, die Angleichung des aktuellen Rentenwerts nicht mit einer Angleichung der Renten in Ostdeutschland einher, sondern mit einem weiteren Auseinanderlaufen der Rentenbezüge in den neuen und alten Bundesländern. Künftige ostdeutsche Rentnergenerationen werden jedoch schlechter gestellt, weil mit der Angleichung des Rentenwerts die Hochstufung der Arbeitsentgelte in Ostdeutschland in Zukunft entfallen soll. Eine Angleichung des aktuellen Rentenwerts in Ostdeutschland an das westdeutsche Niveau vergrößert zudem die Diskrepanzen bei den Rentenzahlbeträgen zwischen Ost- und Westdeutschland und konterkariert das Äquivalenzprinzip, nach dem die Rentenbezüge von der Höhe der im Erwerbsleben geleisteten Beiträge abhängen sollen[k], weiter. Dies könnte dadurch vermieden werden, dass die Hochstufung der Arbeitseinkommen in Ostdeutschland nach Angleichung des Rentenwerts auch rückwirkend gestrichen wird.

Schließlich sieht das Konzept der Solidarrente vor, die Rentenbezüge von Geringverdienern und Personen mit längeren Unterbrechungen des Erwerbslebens mit einem steuerfinanzierten Zuschlag anzuheben, sodass diese 10% über dem regionalen durchschnittlichen Grundsicherungsbedarf liegen. Gewährt werden soll die Solidarrente nach 35, ab 2023 nach 40 Beitragsjahren. Die vorgesehene Finanzierung aus Steuermitteln ist geboten, weil die Gewährung einer Mindestrente eine verteilungspolitische Maßnahme darstellt. Eine Finanzierung über Beiträge würde gegen das Äquivalenzprinzip verstoßen. Was die Arbeitsanreize der Geringverdiener betrifft, kann die Solidarrente diese erhöhen. Gleichwohl dürfte der Anspruch auf die Solidarrente nach bereits 35 (bzw. 40) Beitragsjahren, die viele Geringqualifizierte in einem noch recht jungen Lebensalter erreicht haben dürften, ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben fördern, obwohl bei längerer Arbeitszeit ein auskömmlicher Anspruch auf die reguläre Rente wegen Alters entstanden wäre.

---

[a] Vgl. *Bundesministerium für Arbeit und Soziales:* Gesamtkonzept zur Alterssicherung, Berlin 2016. – [b] Im Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz aus dem Jahr 2004 wurde lediglich eine Untergrenze für das Rentenniveau von 43% im Jahr 2030 festgelegt. Der Beitragssatz darf bis dahin auf maximal 22% steigen. – [c] Die Standardrente ist diejenige Rente, die ein Versicherter erhält, der 45 Jahre lang das durchschnittliche Arbeitsentgelt (West) erzielt und Beiträge darauf entrichtet hat. – [d] Folglich führt ein Absinken des Sicherungsniveaus nicht automatisch zu einem Rückgang der Rentenzahlbeträge. – [e] Vgl. *Bundesministerium für Arbeit und Soziales,* a. a. O., 55. Berechnungen des IWH zufolge ergäbe sich bei einem Absinken des Sicherungsniveaus bis zum Jahr 2030 auf 43,5% ein Beitragssatz von 22%. Vgl. *Holtemöller, O.; Pohle, F.; Zeddies, G.:* Was Änderungen beim Rentenniveau die Beitragszahler kosten, IWH-Online 2/2016. – [f] Berechnungen des BMAS zufolge müsste der Beitragssatz bis zum Jahr 2045 auf 25% steigen. – [g] Da davon auszugehen ist, dass auch die anderen Sozialbeiträge aufgrund des demographischen Wandels weiter angehoben werden müssen, dürfte sich der kumulierte Beitragssatz auf die 50%-Marke zubewegen. – [h] Das Rentenpaket aus dem Jahr 2014 hat mit der Abschlagsfreien Rente mit 63 und der Mütterrente jedoch das Gegenteil bewirkt. Vgl. *Deutsche Rentenversicherung:* Rentenversicherung in Zeitreihen 2016, 137. – [i] Die monatliche Rente im Zeitpunkt *t* errechnet sich im Wesentlichen aus dem Produkt aus aktuellem Rentenwert (in Periode *t*) und Entgeltpunkten. Die Entgeltpunkte werden über das gesamte Erwerbsleben hinweg gesammelt; die Summe der Entgeltpunkte ergibt sich aus der Höhe des versicherten Arbeitsentgelts und der Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung. Sofern das individuelle Arbeitsentgelt in einem Kalenderjahr dem durchschnittlichen westdeutschen Arbeitsentgelt entspricht, wird dem Versicherten für dieses Jahr genau ein Entgeltpunkt gutgeschrieben. – [j] Dies gilt nicht nur für ostdeutsche Frauen, deren Lebensarbeitszeit zumeist länger ist als die der westdeutschen Frauen. Auch bei ostdeutschen Männern ist der durchschnittliche Rentenzahlbetrag höher als bei westdeutschen. – [k] Aufgrund des demographischen Wandels kann keine vollständige Beitragsäquivalenz, sondern nur eine Teilhabeäquivalenz garantiert werden, die sicherstellt, dass die Versicherten zu einem bestimmten Zeitpunkt durch gleich hohe Beiträge identische Rentenansprüche erwerben. Vgl. *Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung:* Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Bericht der Rürup-Kommission. Berlin 2003, 69.

laufenden Transfers legen im Jahr 2017, nicht zuletzt aufgrund der Zuweisungen zur Bekämpfung von Fluchtursachen an das Ausland und steigender Abführungen an die EU, wieder geringfügig zu.[32] Nach einem spürbaren Anstieg um 4,3% im Jahr 2016 erhöhen sich die Ausgaben des Staates im Jahr 2017 um 3,1%.[33]

Im Jahr 2018 legen die Einnahmen des Staates wieder beschleunigt zu. Bei guter Konjunktur steigen die Steuereinnahmen deutlich stärker als im Vorjahr. Während das Lohn- und Umsatzsteueraufkommen bei nahezu unverändert expandierenden Bruttolöhnen und -gehältern und weiteren Entlastungen bei der Lohnsteuer ähnlich zunimmt wie im Vorjahr, steigen die Einnahmen aus den gewinnabhängigen Steuern bei merklich anziehenden Unternehmens- und Vermögenseinkommen beschleunigt.[34] Die Nettosozialbeiträge legen in ähnlichem Maße zu wie im Vorjahr. Während im Jahr 2017 die Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung einnahmesteigernd wirkte, dürfte im Jahr 2018 der Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung im Durchschnitt steigen. Die empfangenen Vermögenseinkommen dürften, bei einer im Vergleich zum Vorjahr unveränderten Gewinnabführung der Bundesbank, im Jahr 2018 nahezu stagnieren. Alles in allem erhöhen sich die öffentlichen Einnahmen im Jahr 2018 um 3,4%.

Auch die Ausgaben des Staates werden im Jahr 2018 beschleunigt zunehmen. Zwar werden die Vorleistungskäufe mit dem Wegfall migrationsbedingter Mehrausgaben verlangsamt expandieren. Gleiches gilt für die sozialen Sachleistungen, bei denen im Jahr 2017 insbesondere Leistungsausweitungen im Pflegebereich ausgabesteigernd wirken. Die Arbeitnehmerentgelte dürften im Jahr 2018 bei einer nochmaligen geringfügigen Personalaufstockung im öffentlichen Dienst mit einer ähnlichen Rate zunehmen wie im Vorjahr. Die monetären Sozialleistungen werden im Jahr 2018 ähnlich expandieren wie im Jahr zuvor. Zwar dürfte die Rentenanpassung zum 1. Juli 2017 und zum 1. Juli 2018, die den Zuwachs der Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung im Jahr 2018 je zur Hälfte bestimmen, deutlich geringer ausfallen als im Jahr 2016. Ausgabesteigernd wirkt dagegen die beschleunigt zunehmende Zahl der Arbeitslosen.[35] Die Zinsausgaben des Staates werden aufgrund des zu erwartenden allmählichen Anstiegs der Renditen deutscher Staatsanleihen im Jahr 2018 nur noch wenig zurückgehen. Deutlich zunehmen werden, insbesondere aufgrund stark steigender Abführungen an die EU, die sonstigen laufenden Transfers. Die öffentlichen Investitionen werden auch im Jahr 2018 nochmals durch die zusätzlichen investiven Maßnahmen stimuliert. Alles in allem nehmen die Ausgaben des Staates im Jahr 2018 um 3,9% zu.

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo verringert sich, insbesondere aufgrund von Steuererleichterungen und geringeren Einsparungen beim Schuldendienst, von 0,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2016 über 0,4% im Jahr 2017auf 0,1% im Jahr darauf. Der um konjunkturelle Einflüsse bereinigte gesamtstaatliche Finanzierungssaldo verringert sich von 0,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2016 auf 0% im Jahr 2018. Dennoch verbleibt nach Vorgabe der maßgeblichen Schuldenregeln ein gewisser zusätzlicher finanzpolitischer Spielraum (vgl. Kasten 6).

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Leiter der Abteilung Makroökonomik
Stellvertretender Präsident des IWH
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Hans-Ulrich Brautzsch, Andrej Drygalla, Katja Heinisch, Martina Kämpfe, Konstantin Kiesel, Axel Lindner, Brigitte Loose, Jan-Christopher Scherer, Birgit Schultz, Matthias Wieschemeyer, Götz Zeddies
Arbeitskreis Konjunktur des IWH

[32] Im Jahr 2016 dürften die sonstigen laufenden Transfers gesunken sein, weil sich die Transfers an die EU reduziert haben und die Bankenabgabe ab dem Jahr 2016 nicht mehr im Staatskonto gebucht wird.

[33] Im Jahr 2017 steigen die öffentlichen Ausgaben auch deshalb weniger stark, weil dann der Großteil der Erlöse aus der Versteigerung von Funklizenzen im Jahr 2015 in den VGR gebucht wird. Buchungstechnisch verringern sich dadurch über die Position "Veräußerung von nichtproduzierten Vermögensgegenständen" die Ausgaben des Staates im Jahr 2017 um 3,8 Mrd. und im Jahr 2018 um 0,2 Mrd. Euro.

[34] Das Körperschaftsteueraufkommen erhöht sich im Jahr 2018 zusätzlich durch den Wegfall von Altkapitalerstattungen.

[35] Allerdings sind im „Gesamtkonzept für Alterssicherung" Maßnahmen geplant, die mit Mehrausgaben bei der gesetzlichen Rentenversicherung verbunden wären (vgl. Kasten 5).

Kasten 6:

Zur Nutzung des finanzpolitischen Spielraums in Deutschland

Angesichts der nach wie vor bestehenden negativen Produktionslücke im Euroraum hat sich die Europäische Kommission im November 2016 in einer offiziellen Mitteilung für eine expansivere Finanzpolitik im Euroraum ausgesprochen. Dabei werden Länder mit entsprechendem finanzpolitischen Spielraum, darunter Deutschland, zu einer expansiveren Finanzpolitik, insbesondere über höhere Investitionen, ermuntert.[a] Ähnlich haben sich auch der IWF[b], die Europäische Zentralbank[c] und die OECD[d] geäußert.

Was bedeutet finanzpolitischer Spielraum? Der europäische Fiskalpakt verpflichtet die Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt anzustreben. Konkret legt er als Obergrenze für die strukturelle Neuverschuldung 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt fest. Die unterzeichneten Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, auf nationaler Ebene Schuldenbremsen verfassungsrechtlich zu verankern. In Deutschland erlaubt die Schuldenbremse dem Bund eine strukturelle Nettokreditaufnahme in Höhe von 0,35% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Nach dieser Prognose liegt der zusätzliche finanzpolitische Spielraum für den Bund, bei voller Ausschöpfung der maximal zulässigen strukturellen Nettokreditaufnahme, derzeit bei ungefähr 10 Mrd. Euro jährlich und für den Gesamtstaat bei ungefähr 20 Mrd. Euro pro Jahr.

Aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt der Europäischen Union ergibt sich zudem eine Schuldenabbauregel, um eine Schuldenstandsquote von unter 60% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu erreichen. Davon abgeleitet gibt der S1-Indikator der EU-Kommission an, um wie viel der staatliche strukturelle Primärsaldo über die nächsten fünf Jahren angepasst werden müsste, damit im Jahr 2030 die Schuldenstandsquote auf 60% vermindert werden kann.[e] Ist keine Anpassung des Primärsaldos nötig, interpretiert die EU-Kommission den entsprechenden Puffer als finanzpolitischen Spielraum.[f]

Die Diskussion über den Expansionsgrad der deutschen Finanzpolitik sollte sich an diesen Regeln orientieren. Die Parallelität von Defizit- und Schuldenabbauregeln auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene kann nur so gelöst werden, dass die jeweils bindende (strengere) Regel angewendet wird.[g] In diesem Rahmen zulässige expansivere Finanzpolitik und eine damit einhergehende etwaige Verschuldung sind mit einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik durchaus vereinbar.

Mehrausgaben im Rahmen des finanziellen Spielraums könnten insbesondere in die wachstumsfördernden Bereiche Bildung und Forschung[h] sowie in Infrastrukturprojekte fließen. Zusätzliche finanzpolitische Impulse würden dabei den Auslastungsgrad in Deutschland weiter erhöhen, die Lohn- und Preisanpassungen beschleunigen und auch das Zinsniveau steigen lassen. Es käme zu einer realen Aufwertung. Der Kapitalabfluss sowie der Exportüberschuss, und damit der Leistungsbilanzsaldo, würden sinken. Eine solche Politik ginge mit dem Risiko einer langsameren Reduktion der öffentlichen Schuldenquote Deutschlands und einer Überhitzung einzelner Branchen in Deutschland einher. Im Gegenzug würden sich die durchschnittliche Inflationsrate und der durchschnittliche Auslastungsgrad im Euroraum erhöhen, sodass die Geldpolitik ihren Expansionsgrad reduzieren könnte.[i]

Für die deutsche Wirtschaftspolitik gilt es also, die Risiken einer Überauslastung in Deutschland und einer Fortführung der unkonventionellen Geldpolitik gegeneinander abzuwägen.[j] Risiken für die Tragfähigkeit der deutschen Staatsschulden dürften hingegen aus einem höheren finanzpolitischen Expansionsgrad nicht resultieren, solange die einschlägigen fiskalischen Regeln eingehalten werden.

---

[a] *Europäische Kommission:* Hin zu einem positiven fiskalischen Kurs für das Eurowährungsgebiet. Com(2016) 727 final. Brüssel, 16.11.2016. – [b] *IWF:* Germany. Country report 16/202, Juni 2016. – [c] *Europäische Zentralbank:* Introductory statement to the press conference (with Q&A), 8. September 2016. – [d] *OECD:* Using the fiscal levers to escape the low growth trap. Global Economic Outlook, November 2016. – [e] Zusätzlich berücksichtigt der S1-Indikator die impliziten Kosten der Bevölkerungsalterung. *Europäische Kommission:* Fiscal sustainability report 2015. – [f] *European Political Strategy Center:* Towards a Positive Euro Area Fiscal Stance. Supporting public investments that increase economic growth. EPSC Strategic Notes. Issue 20. 23. November 2016. Der aus dem S1-Indikator abgeleitete finanzielle Spielraum für Deutschland wird dort mit 0,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt angeben und ist damit im Vergleich zu den Regeln des Fiskalpakts großzügiger. – [g] Veröffentlichungen aus der EU-Kommission beschränken sich dagegen lediglich auf den S1-Indikator. (*European Political Strategy Center:* Towards a positive Euro area fiscal stance. Supporting public investments that increase economic growth. EPSC Strategic Notes. Issue 20. 23. November 2016) oder zeigen dagegen unterschiedliche Regeln parallel anstatt sich auf die jeweils bindende zu konzentrieren (*Buti M.; Carnot N.:* Fiscal space and low interest rates: A Eurozone perspective. Voxeu.com 28. November 2016). – [h] Siehe *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose:* Deutsche Konjunktur stabil – Wachstumspotenziale heben. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2015. – [i] Lässt die Europäische Zentralbank ein höheres Zinsniveau im Euroraum infolge der fiskalischen Expansion zu, sind von einer expansiven Fiskalpolitik jedoch keine positiven Ausstrahlungseffekte auf das Wachstum im restlichen Euroraum zu erwarten. Dieser Befund zeigt sich übergreifend in Studien sowohl von Befürwortern als auch Kritikern einer expansiveren deutschen Fiskalpolitik (*Elekdag S., Muir, D.:* Das public Kapital: how much would higher German public investment help Germany and the Euro Area?. IMF Working Paper 14/227. – *Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:* Auswirkungen höherer öffentlicher

Investitionen in Deutschland auf die Wirtschaft des Euroraums. Monatsbericht 7-2015. – *Deutsche Bundesbank:* Zu den internationalen Ausstrahlwirkungen einer Ausweitung der öffentlichen Investitionen in Deutschland. Monatsbericht August 2016. – *In 't Veld, J.:* Public investment stimulus in surplus countries and their Euro area spillovers. European Economy Economic Brief 16. – Hält die Zentralbank das Zinsniveau dagegen konstant, ergäben sich laut den genannten Studien aus einem 2-jährigen Anstieg der Investitionen in Deutschland um 1% in Relation zum BIP Ausstrahlungseffekte in der Größenordnung von 0,1 bis 0,3% des BIP des Euroraums. – [j] Als Risiken unkonventioneller Geldpolitik in Europa werden in der öffentlichen Diskussion genannt: Verzerrungen am Kapitalmarkt für Firmen, sodass unproduktive Firmen nicht aus dem Markt ausscheiden; Verzerrungen auf dem Staatsanleihemarkt und das Verschleppen von Strukturreformen; Vermögenspreisblasen und Instabilität auf den Finanzmärkten; Finanzmarktinstabilität aufgrund sinkender Ertragslage von Banken und Versicherern. Siehe *Gern; KJ., Jannsen, N.; Kooths, S.; Wolters M.:* Quantitative Easing in the Euro Area: Transmission Channels and Risks. Intereconomics 50: 206. Deutsche Bundesbank (2016b) Finanzstabilitätsbericht 2016, November 2016.

Hauptaggregate der Sektoren

in Mrd. Euro

	2015					2016					2017					2018				
	Gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	Priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt	Gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	Priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt	Gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	Priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt	Gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	Priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
= Bruttowertschöpfung	2729,7	1844,4	292,1	593,1	-	2820,0	1902,9	300,5	616,6	-	2898,6	1953,2	308,6	636,8	-	2993,6	2018,0	317,0	658,6	-
– Abschreibungen	535,7	308,4	66,7	160,5	-	551,4	316,8	68,5	166,0	-	567,4	325,3	70,4	171,7	-	585,0	337,0	70,4	177,6	-
= Nettowertschöpfung1	2193,9	1536,0	225,4	432,6	-229,5	2268,6	1586,1	232,0	450,5	-244,4	2331,2	1628,0	238,1	465,1	-238,4	2408,6	1681,0	246,6	481,0	-241,5
– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1537,0	1095,5	228,6	212,9	13,6	1591,0	1133,7	235,7	221,5	14,4	1643,5	1172,4	242,1	229,1	14,7	1700,9	1214,6	248,9	237,4	14,9
– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	21,9	12,8	0,2	8,9	-	22,2	13,5	0,2	8,5	-	22,0	13,4	0,2	8,4	-	22,2	13,5	0,2	8,5	-
+ Empfangene sonstige Subventionen	24,4	22,6	0,2	1,5	-	26,4	24,6	0,2	1,6	-	26,8	25,0	0,2	1,6	-	27,1	25,3	0,2	1,6	-
= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	659,4	450,4	-3,2	212,3	-243,2	681,8	463,4	-3,7	222,1	-258,8	692,5	467,3	-3,9	229,1	-253,1	712,7	478,2	-2,2	236,8	-256,5
+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1539,9	-	-	1539,9	10,7	1594,1	-	-	1594,1	11,3	1646,7	-	-	1646,7	11,6	1704,0	-	-	1704,0	11,8
– Geleistete Subventionen	27,5	-	27,5	-	4,7	28,6	-	28,6	-	5,4	29,2	-	29,2	-	5,4	29,6	-	29,6	-	5,4
+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	327,4	-	327,4	-	5,4	336,3	-	336,3	-	7,2	343,3	-	343,3	-	7,2	351,2	-	351,2	-	7,2
– Geleistete Vermögenseinkommen	727,8	650,4	47,3	30,1	176,2	726,0	653,3	43,5	29,2	178,9	723,9	653,2	41,6	29,1	179,3	718,8	649,1	40,7	29,0	178,2
+ Empfangene Vermögenseinkommen	791,7	374,4	21,8	395,4	112,3	794,4	380,2	19,3	394,9	110,4	794,4	377,1	19,7	397,5	108,9	791,5	369,9	19,9	401,7	105,5
= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2563,1	174,4	271,3	2117,4	-295,6	2652,1	190,4	279,8	2181,9	-314,2	2723,6	191,1	288,2	2244,3	-310,2	2811,1	199,0	298,6	2313,6	-315,6
– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	362,7	71,7	-	291,1	10,2	384,4	80,9	-	303,5	10,1	391,0	81,5	-	309,5	11,1	405,0	85,9	-	319,1	12,1
+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	372,6	-	372,6	-	0,4	394,1	-	394,1	-	0,4	401,6	-	401,6	-	0,4	416,7	-	416,7	-	0,4
– Geleistete Nettosozialbeiträge2	619,5	-	-	619,5	3,6	641,4	-	-	641,4	3,7	663,0	-	-	663,0	3,7	686,1	-	-	686,1	3,8
+ Empfangene Nettosozialbeiträge2	620,4	118,8	500,8	0,8	2,7	642,3	119,6	522,0	0,8	2,8	664,0	122,2	541,0	0,8	2,7	687,1	125,2	561,1	0,8	2,7
– Geleistete monetäre Sozialleistungen	533,2	61,5	471,0	0,8	0,5	549,3	61,0	487,6	0,8	0,4	568,0	60,9	506,3	0,8	0,4	587,1	60,9	525,4	0,8	0,4
+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	526,0	-	-	526,0	7,7	542,5	-	-	542,5	7,2	561,0	-	-	561,0	7,4	579,9	-	-	579,9	7,6
– Geleistete sonstige laufende Transfers	303,5	156,2	75,2	72,1	50,3	307,7	158,1	74,8	74,9	50,5	317,1	159,1	76,0	82,0	50,9	328,6	159,7	84,0	85,0	51,2
+ Empfangene sonstige laufende Transfers	261,6	139,7	19,5	102,4	92,3	265,6	142,9	19,7	103,0	92,6	275,2	150,9	20,0	104,3	92,8	285,5	159,9	20,3	105,3	94,3
= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2524,6	143,7	617,8	1763,1	-257,1	2613,8	152,8	653,3	1807,7	-275,9	2686,4	162,8	668,5	1855,1	-272,9	2773,6	177,5	687,3	1908,7	-278,0
– Konsumausgaben	2219,7	-	583,7	1636,0	-	2293,9	-	617,8	1676,1	-	2363,3	-	643,7	1719,6	-	2432,8	-	663,7	1769,1	-
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-48,1	-	48,1	-	-	-48,5	-	48,5	-	-	-49,0	-	49,0	-	-	-49,5	-	49,5	-
= Sparen	304,9	95,6	34,1	175,2	-257,1	319,9	104,3	35,5	180,1	-275,9	323,1	113,8	24,8	184,5	-272,9	340,7	128,0	23,6	189,1	-278,0
– Geleistete Vermögenstransfers	45,6	8,0	29,7	7,9	4,7	48,1	7,1	32,4	8,6	4,9	47,8	10,8	30,0	6,9	5,4	43,8	6,9	30,1	6,8	5,9
+ Empfangene Vermögenstransfers	41,7	18,4	12,2	11,1	8,6	44,4	19,7	13,7	11,0	8,6	44,1	22,4	10,9	10,9	9,0	40,5	18,8	10,8	10,9	9,2
– Bruttoinvestitionen	583,6	332,3	64,3	187,0	-	595,3	333,2	67,5	194,7	-	617,6	345,3	69,7	202,5	-	647,7	364,0	72,3	211,4	-
+ Abschreibungen	535,7	308,4	66,7	160,5	-	551,4	316,8	68,5	166,0	-	567,4	325,3	70,4	171,7	-	585,0	337,0	70,4	177,6	-
– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	-2,1	-1,2	-1,8	0,9	2,1	-2,4	-2,1	-1,2	0,9	2,4	-2,4	1,6	-5,0	0,9	2,4	-2,4	-1,7	-1,7	0,9	2,4
= Finanzierungssaldo	255,3	83,2	20,9	151,1	-255,3	274,6	102,6	19,0	153,0	-274,6	271,7	103,6	11,4	156,7	-271,7	277,1	114,5	4,1	158,5	-277,1
nachrichtlich:																				
Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2524,6	143,7	617,8	1763,1	-257,1	2613,8	152,8	653,3	1807,7	-275,9	2686,4	162,8	668,5	1855,1	-272,9	2773,6	177,5	687,3	1908,7	-278,0
– Geleistete soziale Sachtransfers	377,9	-	377,9	-	-	403,5	-	403,5	-	-	424,7	-	424,7	-	-	440,0	-	440,0	-	-
+ Empfangene soziale Sachtransfers	377,9	-	-	377,9	-	403,5	-	-	403,5	-	424,7	-	-	424,7	-	440,0	-	-	440,0	-
= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2524,6	143,7	240,0	2140,9	-257,1	2613,8	152,8	249,8	2211,1	-275,9	2686,4	162,8	243,8	2279,8	-272,9	2773,6	177,5	247,3	2348,7	-278,0
– Konsum3	2219,7	-	205,8	2013,8	-	2293,9	-	214,3	2079,6	-	2363,3	-	219,0	2144,3	-	2432,8	-	223,7	2209,1	-
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-48,1	-	48,1	-	-	-48,5	-	48,5	-	-	-49,0	-	49,0	-	-	-49,5	-	49,5	-
= Sparen	304,9	95,6	34,1	175,2	-257,1	319,9	104,3	35,5	180,1	-275,9	323,1	113,8	24,8	184,5	-272,9	340,7	128,0	23,6	189,1	-278,0

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – [2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – [3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Jahreswerte 2015, 2016, 2017, 2018: Prognose des IWH.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016, 2017 und 2018

	2015	2016	2017	2018	2016		2017	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Erwerbstätige	0,9	1,0	0,6	0,7	1,2	0,8	0,5	0,7
Arbeitsvolumen	0,9	0,6	0,4	0,8	1,3	0,0	0,6	0,1
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	0,0	- 0,4	- 0,2	0,1	0,1	- 0,8	0,1	- 0,6
Produktivität[1]	0,8	1,2	0,9	0,8	1,0	1,5	0,7	1,1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,7	1,9	1,3	1,5	2,3	1,4	1,4	1,1
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen								
a) in Mrd. Euro								
Konsumausgaben	2 219,7	2 293,9	2 363,3	2 432,8	1 118,8	1 175,1	1 153,3	1 210,0
Private Haushalte[2]	1 636,0	1 676,1	1 719,6	1 769,1	819,6	856,5	840,1	879,5
Staat	583,7	617,8	643,7	663,7	299,2	318,7	313,1	330,5
Anlageinvestitionen	603,8	625,2	646,1	677,0	302,8	322,4	311,0	335,1
Ausrüstungen	200,2	204,2	207,8	217,2	98,7	105,6	99,4	108,4
Bauten	295,0	307,9	320,7	337,2	149,0	159,0	154,3	166,4
Sonstige Anlageinvestitionen	108,6	113,0	117,6	122,6	55,1	57,9	57,3	60,3
Vorratsveränderung[3]	- 20,2	- 29,8	- 28,5	- 29,3	- 5,7	- 24,1	- 5,5	- 23,0
Inländische Verwendung	2 803,3	2 889,3	2 980,9	3 080,5	1 415,9	1 473,4	1 458,8	1 522,1
Außenbeitrag	229,5	244,4	238,4	241,5	127,7	116,7	125,7	112,7
Exporte	1 418,8	1 439,1	1 497,6	1 575,5	712,7	726,4	740,5	757,0
Importe	1 189,3	1 194,7	1 259,2	1 334,0	585,0	609,7	614,9	644,3
Bruttoinlandsprodukt	3 032,8	3 133,7	3 219,3	3 322,1	1 543,5	1 590,1	1 584,4	1 634,8
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	3,0	3,3	3,0	2,9	3,7	3,1	3,1	3,0
Private Haushalte[2]	2,6	2,5	2,6	2,9	2,8	2,1	2,5	2,7
Staat	4,0	5,8	4,2	3,1	6,1	5,6	4,7	3,7
Anlageinvestitionen	3,2	3,5	3,3	4,8	5,1	2,1	2,7	3,9
Ausrüstungen	4,6	2,0	1,7	4,5	5,2	- 0,8	0,7	2,7
Bauten	2,2	4,4	4,1	5,1	5,5	3,4	3,6	4,7
Sonstige Anlageinvestitionen	3,5	4,0	4,1	4,2	3,9	4,1	4,0	4,2
Inländische Verwendung	2,6	3,1	3,2	3,3	3,6	2,6	3,0	3,3
Exporte	6,3	1,4	4,1	5,2	1,7	1,1	3,9	4,2
Importe	3,9	0,5	5,4	5,9	0,5	0,5	5,1	5,7
Bruttoinlandsprodukt	3,7	3,3	2,7	3,2	3,9	2,8	2,7	2,8
Nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Außenbeitrag	7,6	7,8	7,4	7,3	8,3	7,3	7,9	6,9
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)								
a) in Mrd. Euro								
Konsumausgaben	2 069,8	2 121,9	2 157,2	2 189,1	1 040,8	1 081,1	1 059,9	1 097,3
Private Haushalte[2]	1 540,1	1 569,6	1 590,2	1 613,2	769,2	800,4	779,2	810,9
Staat	529,6	551,9	566,4	575,2	271,4	280,5	280,3	286,1
Anlageinvestitionen	555,2	566,7	575,4	591,8	274,8	291,9	277,6	297,8
Ausrüstungen	194,7	197,1	199,0	206,3	94,8	102,4	94,8	104,2
Bauten	260,4	266,9	271,1	277,5	129,8	137,1	131,3	139,8
Sonstige Anlageinvestitionen	100,4	103,0	105,6	108,4	50,4	52,7	51,6	54,0
Inländische Verwendung	2 596,6	2 652,1	2 697,5	2 745,3	1 310,5	1 341,6	1 332,7	1 364,8
Exporte	1 353,0	1 386,7	1 427,6	1 485,1	687,9	698,8	708,6	719,0
Importe	1 157,1	1 194,7	1 247,3	1 310,2	586,9	607,8	610,9	636,4
Bruttoinlandsprodukt	2 791,1	2 843,2	2 878,8	2 923,1	1 410,8	1 432,4	1 430,2	1 448,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	2,2	2,5	1,7	1,5	2,8	2,2	1,8	1,5
Private Haushalte[2]	2,0	1,9	1,3	1,5	2,3	1,5	1,3	1,3
Staat	2,7	4,2	2,6	1,6	4,3	4,2	3,3	2,0
Anlageinvestitionen	1,7	2,1	1,5	2,8	3,7	0,6	1,0	2,0
Ausrüstungen	3,7	1,2	1,0	3,7	4,2	- 1,4	0,0	1,8
Bauten	0,3	2,5	1,6	2,4	3,8	1,3	1,2	2,0
Sonstige Anlageinvestitionen	1,9	2,7	2,5	2,6	2,6	2,7	2,5	2,5
Inländische Verwendung	1,6	2,1	1,7	1,8	2,7	1,6	1,7	1,7
Exporte	5,2	2,5	2,9	4,0	3,0	2,0	3,0	2,9
Importe	5,5	3,2	4,4	5,0	4,1	2,5	4,1	4,7
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,9	1,3	1,5	2,3	1,4	1,4	1,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016, 2017 und 2018

	2015	2016	2017	2018	2016 1.Hj.	2016 2.Hj.	2017 1.Hj.	2017 2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Private Konsumausgaben[2]	0,6	0,5	1,3	1,4	0,5	0,6	1,2	1,4
Konsumausgaben des Staates	1,3	1,6	1,5	1,5	1,7	1,4	1,4	1,7
Anlageinvestitionen	1,5	1,4	1,8	1,9	1,4	1,5	1,7	1,9
Ausrüstungen	0,9	0,8	0,8	0,8	1,0	0,6	0,7	0,8
Bauten	1,9	1,9	2,5	2,7	1,7	2,1	2,4	2,6
Exporte	1,1	- 1,0	1,1	1,1	- 1,2	- 0,9	0,9	1,3
Importe	- 1,4	- 2,7	1,0	0,9	- 3,5	- 2,0	1,0	0,9
Bruttoinlandsprodukt	2,0	1,4	1,5	1,6	1,6	1,3	1,3	1,7
5. Einkommensentstehung und -verteilung								
a) in Mrd. Euro								
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	2 117,4	2 181,9	2 244,3	2 313,6	1 076,1	1 105,8	1 104,3	1 140,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	279,2	287,3	297,8	308,1	139,0	148,4	143,7	154,0
Bruttolöhne und -gehälter	1 260,6	1 306,8	1 348,9	1 395,9	624,6	682,2	644,1	704,8
Übrige Primäreinkommen[4]	577,6	587,8	597,6	609,5	312,5	275,2	316,4	281,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	445,7	470,2	479,3	497,5	216,9	253,3	222,3	257,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 563,1	2 652,1	2 723,6	2 811,1	1 293,0	1 359,0	1 326,6	1 397,0
Abschreibungen	535,7	551,4	567,4	585,0	274,4	277,0	282,4	285,0
Bruttonationaleinkommen	3 098,8	3 203,5	3 291,0	3 396,1	1 567,4	1 636,0	1 609,0	1 682,0
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 263,2	2 344,4	2 409,6	2 489,4	1 141,5	1 202,9	1 172,2	1 237,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	723,4	750,2	762,9	785,4	377,9	372,3	384,4	378,5
Arbeitnehmerentgelt	1 539,9	1 594,1	1 646,7	1 704,0	763,6	830,6	787,8	858,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	3,2	3,0	2,9	3,1	3,6	2,5	2,6	3,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,5	2,9	3,6	3,5	2,8	3,0	3,4	3,8
Bruttolöhne und -gehälter	3,9	3,7	3,2	3,5	4,0	3,4	3,1	3,3
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,7	2,4	2,5	2,7	2,5	2,4	2,5	2,5
Übrige Primäreinkommen[4]	1,8	1,8	1,7	2,0	3,1	0,3	1,2	2,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	7,2	5,5	2,0	3,8	7,8	3,6	2,5	1,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,8	3,5	2,7	3,2	4,3	2,7	2,6	2,8
Abschreibungen	2,9	2,9	2,9	3,1	3,0	2,9	2,9	2,9
Bruttonationaleinkommen	3,7	3,4	2,7	3,2	4,0	2,8	2,7	2,8
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3,8	3,6	2,8	3,3	4,3	2,9	2,7	2,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	4,2	3,7	1,7	3,0	5,5	2,0	1,7	1,7
Arbeitnehmerentgelt	3,7	3,5	3,3	3,5	3,8	3,3	3,2	3,4
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte[2]								
a) in Mrd. Euro								
Masseneinkommen	1 252,0	1 292,2	1 331,9	1 375,6	622,6	669,7	642,0	689,9
Nettolöhne und -gehälter	836,6	864,5	890,4	919,3	409,6	454,9	421,6	468,8
Monetäre Sozialleistungen	526,0	542,5	561,0	579,9	269,8	272,7	279,9	281,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	110,5	114,8	119,6	123,6	56,9	58,0	59,6	60,0
Übrige Primäreinkommen[4]	577,6	587,8	597,6	609,5	312,5	275,2	316,4	281,1
Sonstige Transfers (Saldo)[5]	- 66,6	- 72,3	- 74,3	- 76,5	- 36,3	- 36,0	- 36,8	- 37,5
Verfügbares Einkommen	1 763,1	1 807,7	1 855,1	1 908,7	898,8	908,9	921,6	933,5
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	48,1	48,5	49,0	49,5	24,0	24,6	24,2	24,8
Konsumausgaben	1 636,0	1 676,1	1 719,6	1 769,1	819,6	856,5	840,1	879,5
Sparen	175,2	180,1	184,5	189,1	103,1	77,0	105,7	78,8
Sparquote (%)[6]	9,7	9,7	9,7	9,7	11,2	8,2	11,2	8,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Masseneinkommen	3,7	3,2	3,1	3,3	3,4	3,0	3,1	3,0
Nettolöhne und -gehälter	3,6	3,3	3,0	3,2	4,0	2,7	2,9	3,0
Monetäre Sozialleistungen	3,8	3,1	3,4	3,4	2,5	3,8	3,7	3,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,5	3,9	4,1	3,3	3,2	4,6	4,7	3,6
Übrige Primäreinkommen[4]	1,8	1,8	1,7	2,0	3,1	0,3	1,2	2,2
Verfügbares Einkommen	3,1	2,5	2,6	2,9	2,9	2,1	2,5	2,7
Konsumausgaben	2,6	2,5	2,6	2,9	2,8	2,1	2,5	2,7
Sparen	6,1	2,8	2,5	2,5	3,4	1,9	2,5	2,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016, 2017 und 2018

	2015	2016	2017	2018	2016		2017	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates[7]								
a) in Mrd. Euro								
Einnahmen								
Steuern	700,0	730,4	744,9	767,9	365,7	364,7	372,0	372,9
Nettosozialbeiträge	500,8	522,0	541,0	561,1	253,3	268,7	262,0	279,0
Vermögenseinkommen	21,8	19,3	19,7	19,9	10,7	8,7	11,0	8,7
Sonstige Transfers	19,5	19,7	20,0	20,3	9,2	10,5	9,4	10,6
Vermögenstransfers	12,2	13,7	10,9	10,8	7,1	6,6	5,5	5,4
Verkäufe	100,4	104,6	109,3	114,4	49,3	55,3	51,5	57,9
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
insgesamt	1 354,8	1 409,9	1 446,0	1 494,6	695,3	714,7	711,4	734,6
Ausgaben								
Vorleistungen[8]	392,1	422,1	444,6	461,3	202,6	219,5	214,9	229,7
Arbeitnehmerentgelt	228,6	235,7	242,1	248,9	113,3	122,4	116,2	125,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	47,3	43,5	41,6	40,7	21,7	21,8	20,6	21,0
Subventionen	27,5	28,6	29,2	29,6	14,0	14,6	14,3	14,9
Monetäre Sozialleistungen	471,0	487,6	506,3	525,4	242,4	245,2	252,6	253,7
Sonstige laufende Transfers	75,2	74,8	76,0	84,0	39,3	35,4	40,0	36,0
Vermögenstransfers	29,7	32,4	30,0	30,1	15,4	17,0	12,9	17,1
Bruttoinvestitionen	64,3	67,5	69,7	72,3	28,9	38,5	29,9	39,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,8	- 1,2	- 5,0	- 1,7	- 0,5	- 0,6	- 4,3	- 0,6
insgesamt	1 333,9	1 390,9	1 434,6	1 490,5	677,0	713,9	697,1	737,6
Finanzierungssaldo	20,9	19,0	11,4	4,1	18,3	0,7	14,3	- 3,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	4,7	4,3	2,0	3,1	5,0	3,7	1,7	2,2
Nettosozialbeiträge	3,9	4,2	3,6	3,7	4,3	4,2	3,4	3,8
Vermögenseinkommen	- 12,9	- 11,4	1,9	0,8	- 14,5	- 7,2	3,3	0,3
Sonstige Transfers	2,1	1,1	1,5	1,4	2,5	0,0	1,6	1,4
Vermögenstransfers	0,0	12,5	- 20,4	- 0,8	36,3	- 5,2	- 22,1	- 18,6
Verkäufe	0,8	4,2	4,5	4,6	4,0	4,4	4,3	4,7
Sonstige Subventionen	–	–	–	–	–	–	–	–
insgesamt	3,7	4,1	2,6	3,4	4,5	3,6	2,3	2,8
Ausgaben								
Vorleistungen[8]	4,7	7,6	5,3	3,7	7,9	7,4	6,1	4,6
Arbeitnehmerentgelt	2,0	3,1	2,7	2,8	3,2	3,0	2,6	2,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 9,1	- 8,0	- 4,3	- 2,1	- 10,2	- 5,6	- 5,1	- 3,5
Subventionen	5,8	4,1	2,2	1,1	1,2	7,0	2,3	2,0
Monetäre Sozialleistungen	4,1	3,5	3,8	3,8	2,8	4,3	4,2	3,5
Sonstige laufende Transfers	4,1	- 0,6	1,7	10,4	- 4,7	4,3	1,7	1,8
Vermögenstransfers	- 20,2	9,0	- 7,3	0,1	21,7	- 0,3	- 16,1	0,6
Bruttoinvestitionen	5,4	5,0	3,3	3,7	7,7	3,0	3,3	3,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–	–	–	–	–	–	–	–
insgesamt	2,7	4,3	3,1	3,9	4,0	4,5	3,0	3,3
Nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Finanzierungssaldo des Staates	0,7	0,6	0,4	0,1	1,2	0,0	0,9	- 0,2

[1] Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – [2] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – [3] Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. – [4] Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. – [5] Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. – [6] Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). – [7] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. – [8] Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.
Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2016: Prognose des IWH.